



**SCHWERPUNKT:**

Soziale Arbeit



**An alle TV-H-Beschäftigten in den Schulen weitergeben!**

Am 31. Juli 2023 endet die Frist für Anträge zur Überleitung in den Tarifvertrag Entgeltordnung Lehrkräfte (TV EGO-L-H), der vielen TV-H-beschäftigten Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften zum Teil erhebliche Gehaltssteigerungen bietet. Seit Sommer 2022 hat auch die HLZ in zahlreichen Artikeln informiert, wer einen Anspruch auf Verbesserungen hat, worauf man bei der Antragstellung achten muss und wo Mitglieder der GEW eine kompetente Beratung erhalten.

Jetzt läuft die Zeit! Deshalb bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen, Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte mit einem TV-H-Vertrag auf die Frist bis zum 31.7.2023 hinzuweisen!

**Das HLZ-Titelbild findet man auch auf der Startseite des Internetportals der GEW Hessen mit allen allgemein zugänglichen Informationen zum TV EGO: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)**

**Weitere Infos findet man unter [www.gew-hessen.de/tarifbesoldung](http://www.gew-hessen.de/tarifbesoldung) und im Mitgliederbereich.**

**Die Kontaktadressen zum Beratungsnetzwerk der GEW erhält man unter anderem mit einer Mail an: [rechtsstelle@gew-hessen.de](mailto:rechtsstelle@gew-hessen.de)**

**Die Mitgliedschaft in der GEW kann man auch online beantragen: <https://www.gew.de/anmeldeformular>**

**HLZ** Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 971 2930  
Fax (069) 97 129393  
E-Mail: [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)  
Homepage: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

**Verantwortlicher Redakteur:**  
Harald Freiling  
Klingenger Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 636269  
E-Mail: [freiling.hlz@t-online.de](mailto:freiling.hlz@t-online.de)

**Mitarbeit:**  
Christoph Baumann (Bildung), Simone Claar (Hochschule), Stefan Edelmann (Bildung), Andrea Gergen (Aus- und Fortbildung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Dana Lüddemann (Gewerkschaftliche Bildung), Andreas Werther (Sozialpädagogische Berufe), Peter Zeichner (Mitbestimmung)

**Gestaltung:** Harald Knöfel, Michael Heckert †

**Titelthema:** Anna Elsässer und Steve Kothe (Fachgruppe Sozialpädagogik), Harald Freiling (HLZ)

**Illustrationen:** Dieter Tonn (Titel, S.2), Ruth Ullenboom (S.4)

**Fotos, soweit nicht angegeben:** GEW Hessen

**Verlag:**  
Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

**Anzeigenverwaltung:**  
Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Peter Vollrath-Kühne  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172)9583-21  
E-Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

**Erfüllungsort und Gerichtsstand:**  
Bad Homburg

**Bezugspreis:**  
Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

**Zuschriften:**  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

**Redaktionsschluss:**  
Jeweils am 5. des Vormonats

**Nachdruck:**  
Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

**Druck:**  
Druck- und Verlagshaus Thiele & Schwarz GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Aus dem Inhalt

**Rubriken**

- 4 Spot(t)light
- 5 Meldungen (Fortsetzung S.21)
- 34 Recht: Dürfen Beamte streiken?
- 36 Jubilarinnen und Jubilare | Magazin

**Titelthema: Soziale Arbeit**

- 7 Im Gespräch: GEW-Mitglieder aus Kitas, Familienhilfe und Jugendarbeit
- 10 Kinder und Jugendliche in Zeiten von Pandemie und Krieg
- 12 Das Verschwinden der Empathie
- 14 Arbeitsplatz Jugendwohngruppe
- 16 40 Jahre Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik
- 18 Genesene begleiten psychisch Kranke

**Einzelbeiträge**

- 6 Tarifrunde 2023 für Beschäftigte des Bundes und der Kommunen
- 20 GEW fordert bessere Bedingungen und mehr Geld für Weiterbildung
- 22 TVStud: Jetzt oder nie!
- 24 Hochschule: Lehrbeauftragte fordern höhere Honorare
- 25 Black Box Mentoring in Schulen
- 26 Hürden für das Lehramtsstudium
- 28 Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung: Blindflug ins Scheitern?
- 30 Wie Inklusion in Hessen begann
- 32 1933: Gewerkschaften zerschlagen

**40 Fortbildungsangebote von lea**



# TV EGO-L-H: Endlich mehr Geld

Oder brauche ich das vielleicht gar nicht? Das könnte man meinen, wenn man sich die Reaktionen auf die neue Lehrkräfteentgeltordnung anschaut. Sie bietet vielen Lehrkräften und auch sozialpädagogischen Fachkräften mit einem TV-H-Vertrag die Möglichkeit, eine höhere Eingruppierung oder eine Zulage zu beantragen. Mehr Geld gibt es nicht für alle, aber doch für viele. In einigen Fällen kann die Höhergruppierung bis zu drei Entgeltgruppen ausmachen. Die Rückmeldungen über die Beratungsanfragen aus den GEW-Kreisverbänden und den Schulämtern bleiben jedoch weit hinter der von der GEW geschätzten Zahl der Personen zurück, die einen Anspruch auf eine bessere Bezahlung haben könnten. Viele Beschäftigte wissen offensichtlich immer noch nichts über ihren Anspruch auf Höhergruppierung oder sie scheuen sich, einen Antrag zu stellen. Woran kann das liegen?

## Die Antragsfrist endet am 31. Juli

Zugegeben, die offizielle Bezeichnung des Tarifvertrags ist ausgeschrieben ein Dreizeiler, den ich mir an dieser Stelle schenke. Die mehr als 70 Seiten umfassende Bleiwüste verlockt auch nicht dazu, sich mit dem Text zu beschäftigen. Aber: Das Werk ist gut strukturiert und nach Schulformen gegliedert (Grundschule, Förderschule, Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Berufliche Schulen und Unterrichtsunterstützung), so dass man keinesfalls alles lesen muss. Trotzdem ist nicht alles auf Anhieb verständlich. Was ist der Unterschied zwischen einer wissenschaftlichen Hochschulbildung und einer Hochschulbildung? Und warum braucht man in manchen Fällen ein Gutachten der Schulleitung? Aber dafür gibt es an jeder Schule nette GEW-Kolleginnen und GEW-Kollegen und kompetente Schulpersonalräte, die den Kontakt zur GEW herstellen können, denn die hat für diese Fragen speziell geschulte Rechtsberaterinnen und Rechtsberater.

## Aber ich bin doch befristet beschäftigt...

Aber muss ich da nicht befürchten, dass die Schulleitung meinen Antrag ablehnt oder dass er sich negativ auf meine Weiterbeschäftigung auswirkt? Diese

Andrea Zeiter ist Berufsschullehrerin im Angestelltenverhältnis, Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Schule im Schulamt für die Stadt Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg und Mitglied des Referats Tarif, Besoldung, Beamtenrecht im GEW-Landesvorstand.

Befürchtungen können aus der Praxis nicht bestätigt werden. Über die Eingruppierung entscheidet das Schulamt und nicht die Schulleitung. Und die meisten Schulleitungen freuen sich, wenn die Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren und Jahrzehnten gute Arbeit leisten, endlich eine bessere, leistungsgerechtere Bezahlung bekommen, gerade auch die, die kein Lehramt haben und in den niedrigsten Entgeltgruppen feststecken.

## Eine Bitte an die Beamtinnen und Beamten

Welche Entgeltgruppe steht mir denn jetzt wirklich zu? Und wie ist das mit der Stufenlaufzeit? Welche Unterlagen muss ich dem Antrag beifügen und wie schreibe ich den richtig? Das ist nicht immer ganz einfach zu beantworten. Die GEW ist hier die richtige Adresse. Aber sie darf nur ihre Mitglieder beraten. Deshalb bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen: Sprecht die Lehrkräfte und Sozialpädagoginnen mit einem TV-H-Vertrag an und weist sie auf den TV EGO-L-H und die Vorteile einer Mitgliedschaft in der GEW hin.

Die Antragsfrist endet am 31.7.2023. Danach geht nichts mehr. Wird der Antrag genehmigt, gilt die Höhergruppierung rückwirkend zum 1.8.2022. Der Antrag kann abgelehnt werden, wenn der Anspruch nicht besteht, eine Schlechterstellung ist durch die Besitzstandsregelung ausgeschlossen. Bis dahin müssen sich die TV-H-Beschäftigten in den Schulen schlau gemacht haben! Weitere Informationen findet man in dieser HLZ auf Seite 2 und auf den Internetseiten der GEW Hessen unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Tarif/Besoldung.

Andrea Zeiter



Andrea Zeiter

# Kinderarbeit

Ich musste mir als Kind mühsam was dazu verdienen. Zum Beispiel gab ich für die Familie Konzerte und war Platzanweiserin und Pianistin in einem. Die Preise waren günstig: 20 Pfennig für Erwachsene, 5 Pfennig für Kinder. Meine Eltern spielten wohlwollend mit und grinsten, wenn ich für Besucher auf dem Klo Trinkgeldschälchen und Schilder aufstellte. „Toilettenbenutzung: 10 Pfennig, Händewaschen 20 Pfennig“. Die Gäste trugen es mit Humor und zahlten. Als ich etwas älter war, half ich manchmal im Schreibwarengeschäft. Für zwei Mark die Stunde durfte ich Formulare und Postkarten sortieren, Spielzeuge abstauben und manchmal auch bedienen. Es gab noch keine „sozialen Medien“.

Die junge Frau drei Häuser weiter hat ihren Job gekündigt. Sie verwaltet jetzt den Instagram-Kanal ihrer Tochter. Mia-Tajana ist 12, bildhübsch und sportlich. Sie hat jede Menge Fans im Internet. Je mehr Menschen ihre Bilder und Videos ansehen, ihr „followen“ und sie „ liken“, desto mehr Werbeangebote bekommt Mia-Tajana. Influencer ist der neue Traumberuf! Es gibt mittlerweile

Influencer wie Sand am Meer. Neidische Kritiker spotten über die „lebenden Litfasssäulen“. Mia lädt täglich ein neues Bild oder ein kurzes Video von sich ins Netz. Darauf „tanzt“ sie, lächelt verführerisch oder macht 'ne Schnute (Fachbegriff: „Duckface“), singt zum Playback oder hält volle Einkaufstüten hoch. Egal, was sie tut: Sie wirft dabei ihre lange Mähne zurück oder wühlt lasziv darin herum. Sie kann drei Gesichtsausdrücke, das ist bei Beauty-Influencerinnen schon eine Menge. Meist zeigt sie sich sexy in bauchfreien Tops oder kurzen Röckchen. Den anzüglichen Kommentaren nach folgen ihr nicht nur Gleichaltrige... Mia verschont ihre Follower mit Problemen und tiefgründigen Gedanken. Sie zeigt ihnen süße kleine Handtaschen, Modeschmuck und Pickelcreme. Wobei ein Pickel natürlich schon ein existenzielles Problem sein kann!

Mia ist ein Glücksfall für die Werbe-Industrie. Durch sie erreicht man die Kinder auf dem Schulhof, an die man sonst nicht so ohne weiteres rankommt. Wenn Mia im Clip einen bestimmten

Pullover trägt, rennen andere Mädels los und wollen genau den gleichen. Da kann die Modefirma der jungen Werbe-Ikone schon mal 'ne Tüte Klamotten im Wert von 1.000 Euro schenken.

Laut einer Doku verdient Mia im Monat eine fünfstelligen Summe. Da muss die Mama wirklich nicht mehr arbeiten gehen. Ein Teil des Geldes kommt aufs Sparkonto. Vielleicht will Mia ja mal studieren, falls sie nicht Deutschlands Top-Influencerin wird. Dann braucht sie das Geld für Silikon in Brust und Hintern. Ältere Influencer haben Agenturen und Manager, bekommen jede Menge Werbe-Angebote und kostenlose Produkte, sind ständig unterwegs und dürfen teure Hotels testen. Ihren Empfehlungen glaubt und vertraut – je nach Reichweite – eine riesige Community. Erfolg hat, wer „authentisch“ ist. Was immer das in der Welt der Influencer heißt. Erfolg hat jedoch auch seinen Preis.

„Es ist ein Fulltime-Job“, klagt eine junge Frau im Internet. Kein Mensch könne sich vorstellen, wie hart die Influencer-Arbeit ist. Immer muss man online sein, täglich muss man was posten, liken und kommentieren und bis zu 30 Hashtags erfinden, um die Reichweite zu erhöhen. Eine Influencerin weint ins Mikro, weil ihr Account 24 Stunden lang gesperrt war. Eine wahre Katastrophe! Die ersten Spitzen-Influencerinnen steigen wegen Burn-out und Depressionen schon wieder aus ihrem Traumjob aus. Aber Mias geschäftstüchtige Mutter wird sicher darauf achten, dass ihr Kind von solchen Dingen verschont bleibt!

Was hätten meine Eltern mit ihren vier Kindern für Geld machen können, wenn es damals Instagram schon gegeben hätte. Aber es ist ja noch nicht zu spät. Bei TikTok hat eine 80-Jährige mit ihren Sportaktivitäten eine halbe Million Follower! Ich weiß noch nicht, was für einen Kanal ich betreiben werde, aber kurz nach meiner Anmeldung bei Instagram hatte ich schon einen Follower! Der hat mich sicher über meine einzigartigen Hashtags gefunden:

#denkenhilft  
#hirnfüralle  
#grützestattsilikon  
#ismitbregen  
#brainisgeil

Gabriele Frydrych





## **X** Arbeitsbelastung: GEW-Fachtag für Schulleitungen

Am Mittwoch, dem 14. Juni, lädt die GEW Hessen von 10 bis 16 Uhr zu einer Fachtagung für Schulleitungen in die Werner-Heisenberg-Schule in Rüsselsheim ein. Dabei geht es um Strukturen und die Ressourcen für ein erfolgreiches Agieren der hessischen Schulleitungen. Besonders im Fokus der Veranstaltung stehen die Arbeitsbelastung und der Lehrkräftemangel:

**Mittwoch, 14. Juni 2023,  
10 bis 16 Uhr  
Werner-Heisenberg-Schule  
Königstädter Straße 72  
65428 Rüsselsheim**

Nach der Begrüßung durch den hessischen GEW-Vorsitzenden *Thilo Hartmann* stellt *Dr. Sarah Fichtner* vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie in Berlin die Ergebnisse der aktuellen Cornelsen-Schulleitungsstudie vor: Die Arbeit in multiprofessionellen Teams, die Digitalisierung und den akuten Lehrkräftemangel sehen Schulleitungen als die zentralen Herausforderungen an.

Mit Blick auf die Schulleitungen beleuchtet *Dr. Frank Mußmann* von der Universität Göttingen die Arbeitsbelastung von Lehrkräften. *Martina Schmerr*, Referentin beim GEW-Hauptvorstand, referiert über den Lehrkräftemangel und das 15-Punkte-Programm der GEW. Nach den Referaten am Vormittag finden Arbeitsgruppen zum Austausch und zur Diskussion von Lösungsansätzen und Forderungen statt. Eine Abschlussdiskussion von 15 bis 16 Uhr rundet die Tagung ab.

• *Weitere Infos zur Anreise und Flyer:* <https://bit.ly/3nq4Lav>, *formlose Anmeldungen bis zum 31.5.2023 an:* [keickerwolf@gew-hessen.de](mailto:keickerwolf@gew-hessen.de)

## **X** GEW-Fachtagung für eine soziale Alterspolitik

„Alterspolitik und soziale Verantwortung“ lautet der Titel einer Fachtagung des GEW-Hauptvorstands, die vom 4. bis 6. Juli in Bonn stattfindet.

Aktive GEW-Seniorinnen und GEW-Senioren sind eingeladen, „das Verhältnis von Wohlfahrtsstaat, Ehrenamt, Generationendialog, gesellschaftlicher Mitwirkung und GEWERKSCHAFTSARBEIT zu durchdringen“.

• *Weitere Infos und Anmeldung:* [www.gew.de/vs-alterspolitik](http://www.gew.de/vs-alterspolitik)

## **X** Kreis- und Stadteltererbeiräte für Lernmittelfreiheit

In einem offenen Brief fordern die Kreis- und Stadteltererbeiräte den hessischen Kultusminister auf, die Neuregelung in § 153 des Hessischen Schulgesetzes zurückzunehmen, dass digitale Endgeräte wie Laptops oder Tablets für Schüler und Schülerinnen „explizit aus der Lernmittelfreiheit ausgenommen und in Elternhand gelegt werden“. Damit stelle das Land diese Geräte „auf eine Ebene mit Taschenrechner und Geodreieck“. Schon jetzt müssten Eltern Lektüren, Kopien oder Arbeitsmaterialien selbst bezahlen, so dass die Belastung für finanziell schwache Familien weiter steigt. Das Land Hessen stehe in der Verantwortung, „hessenweit Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten“. Die Finanzstärke der Städte und Kreise und der Eltern dürfe nicht darüber entscheiden, „wer an hessischen Schulen mit Tablets arbeitet und wer nicht“.

## **X** Landtag beschließt Novellierung des HPVG

Der Landtag stimmte Ende März der Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes zu. Wie in der HLZ 3-4/2023 berichtet fehlt jeder Akzent zur Verbesserung der Rechtsstellung und der Arbeitsbedingungen der Personalräte. Vor der dritten Lesung wurden kleinere Verbesserungen für den Hochschulbereich eingefügt (HLZ S.22-23). GEW-Vorsitzender *Thilo Hartmann* sprach von einer „großen Enttäuschung“, denn das Gesetz verpasse die Chance, „demokratische Einrichtungen und Prozesse grundlegend zu stärken“.

## **X** Hochschulpolitik: Podiumsdiskussion in Kassel

Der GEW-Regionalverband Hochschule und Forschung Nordhessen und das Wissenschaftsforum der SPD Kassel veranstalteten am 15. Februar eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wissenschaft – Stadt – Gesellschaft“ in Kassel. Unter der Moderation von *Dr. Hans Grote* vom GEW-Regionalverband diskutierten *Prof. Dr. Theresia Höynck*, Senatorin der Uni Kassel, OB-Kandidatin *Dr. Isabel Carqueville* und der SPD-Bundestagsabgeordnete *Oliver Kaczmarek* über die Kooperationsmöglichkeiten von Bund, Land, Stadt und Universität, um Wissenschaft unter guten Bedingungen zu fördern.



**26.6. bis 7.7.: Aktionstage vor Ort**

Auf Aktionskonferenzen der GEW diskutierten Personalräte und GEW-Vertrauensleute unter anderem in Frankfurt, Gießen, Kassel, Rüsselsheim, Gelnhausen und Dietzenbach über die Forderungen der GEW in der Kampagne „Zeit für mehr Zeit – Zeit für gute Bildung“.

In Frankfurt und Gießen (Foto) referierte *Dr. Frank Mußmann* von der Universität Göttingen über die Studie zur Arbeitszeit und Arbeitsbelastungen an Frankfurter Schulen, die sein Team im Auftrag der GEW Hessen erstellt hatte.

Die GEW Hessen bereitet jetzt regionale Aktionstage vor, die in der Zeit vom 26. Juni bis zum 7. Juli in ganz Hessen stattfinden sollen.

**Save the Date: 20. September 2023**

Ein breites Bündnis von GEW, DGB, Landeschülervertretung, Landeselternbeirat und Studierendenvertretungen plant darüberhinaus im Vorfeld der Landtagswahl am 8. Oktober zentrale und dezentrale Aktionen für gute Bildung am Weltkindertag am 20. September.

**Mach die Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu deiner Kampagne: Was belastet dich am meisten? Wofür wünschst du dir mehr Zeit?**

**Schreibe deine Forderung per Mail an**

[mehrZeit@gew-hessen.de](mailto:mehrZeit@gew-hessen.de)



16. März: Aktionskonferenz der GEW Mittelhessen mit *Dr. Frank Mußmann* (Foto: GEW)

# Tarifrunde mit Bund und Kommunen

## Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst für Reallohnsicherung

Die Tarifrunde 2023 für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen wird in die Geschichte der bedeutsamen Streikbewegungen der Bundesrepublik eingehen. Diese Ausgabe der HLZ ging am 17. April in Druck. Nachdem die Gewerkschaften die Tarifverhandlungen nach der dritten Verhandlungsrunde für gescheitert erklärt hatten, hatten die Arbeitgeber die Schlichtungskommission angerufen, die am 15. April eine Einigungsempfehlung vorlegte. Sie sah für die Zeit bis Februar 2024 steuerfreie Einmalzahlungen in Höhe von insgesamt 3.000 Euro vor sowie eine Entgelt-erhöhung um 200 Euro und eine prozentuale Erhöhung um 5,5 Prozent ab März 2024. Auf dieser Grundlage wurden die Tarifverhandlungen am 22. April wieder aufgenommen. Damit war bei Druckbeginn noch offen, ob der Schlichtungsvorschlag zu einer Einigung führt oder ob wir uns in den ersten Maitagen, wenn diese HLZ bei den Mitgliedern der GEW Hessen ankommt, mitten in einer Urabstimmung zu einem Erzwingungsstreik befinden.

### Hohe Kampfbereitschaft

Die Warnstreiks der Kolleginnen und Kollegen von Mitte Februar bis Ende März 2023 waren außerordentlich beachtenswert. Bundesweit fanden über den gesamten März hinweg fast täglich Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst statt: mal regional, mal begrenzt auf bestimmte Branchen, aber immer mit großer Beteiligung.

Die kommunalen Beschäftigten in Frankfurt machten gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus den an-

den TVöD angelehnten freien Trägern schon ab dem 17. Februar klar, was sie von der diesjährigen Tarifrunde in Zeiten hoher Inflationsraten erwarten. „Die Preise steigen immer mehr, 500 Euro sind nur fair“, skandierten die Teilnehmenden der Warnstreikdemo an diesem Tag. Viermal insgesamt legten die Beschäftigten des Eigenbetriebs Kita Frankfurt die Arbeit nieder. Einen solchen Einsatz in einer Warnstreikphase gab es seit vielen Jahren nicht mehr. Zu guter Letzt war vor der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam der „Verkehrsstreik“, den ver.di gemeinsam mit der DGB-Eisenbahngewerkschaft EVG organisiert hatte, sehr bemerkenswert. Inwieweit es damit tatsächlich gelang, „Deutschland lahm zu legen“, sei einmal dahingestellt. Auf jeden Fall wurde aber deutlich, dass die Gewerkschaften gesellschaftspolitisch wieder in der in der Offensive sind.

### Branchenstreiktag am 8. März

Am 8. März, dem Weltfrauentag, hatte der Sozial- und Erziehungsdienst bundesweit einen beeindruckenden Branchenstreiktag hingelegt. Auch am 21., 22. und 23. März waren die Kolleginnen und Kollegen aus den Kitas und dem Bereich der kommunalen sozialen Arbeit in Hessen mit großem Enthusiasmus dabei. Die Mitglieder der GEW und der anderen Gewerkschaften aus diesem Sektor haben damit eindrücklich gezeigt, dass sie – wenn es denn ab Mitte Mai erforderlich sein sollte – bereit sind, mit einem Erzwingungsstreik für eine gerechte Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst zu kämpfen. Schließlich hatten sie ja auch schon großes Engagement in den Aufwertungs- und Erzwingungsstreiks in den Jahren 2009 und 2015 gezeigt: Der hessische Sozial- und Erziehungsdienst kann auch Erzwingungsstreik!

### Blockade beim Mindestbetrag

Dass die Gewerkschaften die Tarifverhandlungen für gescheitert erklären und in ein Schlichtungsverfahren gehen mussten, ist ausschließlich den Arbeitgebern anzulasten. Diese hatten bei den dreitägigen Verhandlungen Ende

März offenbar noch nicht in ausreichendem Maße begriffen, um was es den Beschäftigten in dieser angesichts der horrenden Preissteigerungen sehr speziellen Tarifrunde vor allem geht: um einen hohen Mindestbetrag, der gerade die unteren und mittleren Entgeltgruppen bestmöglich vor Reallohnverlusten bewahren kann. Nur so ist ein sozial gerechter Tarifabschluss möglich. Tatsächlich legten die Arbeitgeber offiziell in Potsdam gar kein neues Angebot vor, das über den in der zweiten Runde offerierten und völlig unzureichenden Vorschlag hinausgegangen wäre. Arbeitgeber und Gewerkschaften kamen sich zwar etwas entgegen, aber letztlich war das Delta vor allem beim Mindestbetrag deutlich zu groß, um zu einem Ergebnis zu kommen.

### Zum Stand bei Redaktionsschluss

Wenn die Nachverhandlungen auf der Grundlage des Schlichtungsergebnisses erfolglos bleiben, steht eine Urabstimmung an. Dabei müssen mindestens 75 Prozent der betroffenen Mitglieder für weitere Streikmaßnahmen stimmen. Es bleibt dann bei der gewerkschaftlichen Forderung: 10,5 Prozent mehr, mindestens 500 Euro monatlich! Bei einer Einigung in den Nachverhandlungen geht es in den nächsten Wochen „nur“ noch um die Umsetzung des Tarifergebnisses.

• **Alle aktuellen Informationen zum Stand der Tarifrunde findet man auf den Internetseiten der GEW unter [www.gew.de](http://www.gew.de) oder unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de).**

Rüdiger Bröhling

### Anpassung der Mitgliedsbeiträge für Beamtinnen und Beamte im hessischen Landesdienst im Jahr 2023

Zum 1. April 2023 stiegen die Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsbezüge beim Land Hessen um 3,0 Prozent. Die GEW Hessen hat zum 1. April die Mitgliedsbeiträge entsprechend angeglichen. Zum 1. August 2023 steigen die Bezüge um weitere 1,89 Prozent. Zu diesem Datum werden die Mitgliedsbeiträge ebenfalls entsprechend angepasst.



Warnstreik in Frankfurt am 17.2.2023 (Foto: GEW)

# Profession Soziale Arbeit

## Im Gespräch mit GEW-Mitgliedern im Sozial- und Erziehungsdienst

Am 23. März in der heißen Phase der Warnstreiks der Beschäftigten der Kommunen und des Bundes im Bereich des TVöD sprach HLZ-Redakteur Harald Freiling mit sechs GEW-Mitgliedern aus unterschiedlichen Berufsfeldern der Sozialen Arbeit über ihre Arbeitsbedingungen und ihr professionelles Selbstverständnis:

- **Sylvia Bausum:** Diplom-Sozialarbeiterin im Leitungsteam einer Horteinrichtung und stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei der ASB Lehrervereinigung Frankfurt, Mitglied im Vorsitzendenteam der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Hessen
- **Simon Benecken:** Erzieher und Betriebsrat, Sozialpädagogischer Verein Frankfurt
- **Anna Elsässer:** Sozialpädagogin in der sozialpädagogischen Einzelbetreuung bei einem Freien Träger im Raum Darmstadt, Mitglied in Vorsitzendenteam der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Hessen
- **Benedikt Heddesheimer:** Erzieher und Personalrat, Kita Frankfurt, Mitglied der GEW-Tarifkommission
- **Steve Kothe:** Diplom-Sozialarbeiter in den ambulanten Hilfen zur Erziehung und Betriebsrat, ASB Lehrervereinigung, Mitglied im Leitungsteam des Referats Sozialpädagogik der GEW Hessen
- **Pascal Zimmer:** Sozialpädagoge in einer Sozialpädagogischen Jugendwohngruppe, Verein Arbeits- und Erziehungshilfen Frankfurt

**HLZ:** Wir stehen gerade mitten in einer Tarifrunde und ihr alle wart in dieser Woche zum Streik aufgerufen...

**Simon:** Nein, nicht alle. Ich bin als Erzieher bei einem freien Träger beschäftigt, der sich nur an den TVöD anlehnt. Deshalb sind wir nicht zum Streik aufgerufen.

**Pascal:** Das ist bei mir auch so. Der Verein Arbeits- und Erziehungshilfen ist zwar eng mit der Stadt Frankfurt verbunden, aber auch wir sind nicht zum Streik aufgerufen. Das heißt aber nicht, dass wir bei den öffentlichen Aktionen nicht dabei sind, um unsere Solidarität zu zeigen.

**Steve:** Da sind wir bei der ASB Lehrervereinigung zum Glück ein Stück weiter. Bei uns gibt es eine dynamische Anbindung an den TVöD und deshalb sind wir auch in die Streiks aktiv einbezogen...

**Sylvia:** ... und um es nicht zu verschweigen, hat der Abschluss eines hauseigenen Manteltarifvertrags mit der Anbindung an den TVöD den Kolleginnen und Kollegen über die Jahre gesehen ein deutlich höheres Einkommen gebracht...

**Steve:** ... aber auch deshalb, weil die Bezahlung vor der Anbindung an den TVöD, die wir hart erkämpfen mussten, besonders schlecht war.

**HLZ:** Wenn die HLZ mit diesem Gespräch Anfang Mai erscheint, werden wir dann über das Tarifergebnis berichten können...

**Sylvia:** Da bin ich mir gar nicht so sicher. Noch sind wir sehr weit von einem akzeptablen Angebot der Arbeitgeber entfernt und angesichts der allgemeinen Preissteigerungen und dem Abstand der Sozialen Arbeit zu anderen Berufen sind die Kolleginnen und Kollegen ziemlich sauer.

**HLZ:** Heißt das, du kannst dir einen Erzwingungsstreik vorstellen?

**Benedikt:** Ich weiß wirklich nicht, was mich erwartet, wenn ich als Mitglied der GEW-Tarifkommission nächste Woche zur dritten Verhandlungsrunde nach Potsdam fahre. Ich arbeite in einer städtischen Kita in Frankfurt und damit im unmittelbaren Geltungsbereich des TVöD. Und da gibt es nach meinem Eindruck eine hohe Kampfbereitschaft.

**Anna:** Ich bin bei einem freien Träger der ambulanten Jugendhilfe beschäftigt. Unsere Arbeit wird durch die Jugendämter finanziert. Wie bei vielen Trägern dieser Art ist in meinem Arbeitsvertrag eine Anlehnung an den TVöD vermerkt. Wann und wie uns das Tarifergebnis letztlich erreicht, hängt von weiteren Entscheidungen nach Abschluss der Tarifverhandlungen ab. Bei uns kommt hinzu, dass die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen in der Regel erst nach der Schule beginnt und unsere Arbeitszeit bis in den Abend reicht. Das erschwert übrigens auch das ehrenamtliche Engagement in einer Gewerkschaft...

**Simon:** Ich nehme das ganz ähnlich wahr. Viele Kolleg:innen sind in Teilzeit, um Familie und Beruf zu vereinbaren, sind erschöpft und bringen viel Kraft auf, um die Kinder im Alltag gut zu begleiten. Es fehlt an Zeit und manchmal auch an einer gemeinsamen Perspektive, wie die Arbeitsbedingungen in den Kitas in Zeiten des massiven Personalnotstands wirksam verbessert werden können.

**Pascal:** An meinem Arbeitsplatz der Wohngruppe haben wir zudem Schicht- und Nachtarbeit...

**HLZ:** ...was man in deinem Artikel in dieser HLZ auf Seite 14 nachlesen kann...

**Pascal:** ... denn wir sind rund um die Uhr präsent. Die Kolleginnen und Kollegen setzen eher auf individuelle Lösungen als auf kollektives Handeln.



Warnstreik in Hofheim am 2. 3. 2023 Foto: (GEW)



### Im Gespräch (auf dem Foto von links nach rechts)

- **Steve Kothe:** Diplom-Sozialarbeiter in den ambulanten Hilfen zur Erziehung und Betriebsrat, ASB Lehrerverein, Mitglied im Leitungsteam des Referats Sozialpädagogik der GEW
- **Simon Benecken:** Erzieher und Betriebsrat, Sozialpädagogischer Verein Frankfurt
- **Benedikt Heddesheimer:** Erzieher und Personalrat, Kita Frankfurt, Mitglied der GEW-Tarifkommission
- **Anna Elsässer:** Sozialpädagogin in der sozialpädagogischen Einzelbetreuung bei einem Freien Träger im Raum Darmstadt, Mitglied in Vorsitzendenteam der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Hessen
- **Sylvia Bausum:** Diplom-Sozialarbeiterin im Leitungsteam einer Horteinrichtung, Betriebsrätin bei der ASB Lehrerverein, Mitglied in Vorsitzendenteam der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Hessen
- **Pascal Zimmer:** Sozialpädagoge in einer Sozialpädagogischen Jugendwohngruppe, Verein Arbeits- und Erziehungshilfen Frankfurt



**HLZ:** Gibt es in euren Berufen nicht auch immanente Hemmschwellen, zu streiken und auf die Straße zu gehen?

**Simon:** Du meinst so etwas wie die „soziale Mütterlichkeit“, die in der Zeit der Kinder- und Jugendfürsorge das traditionelle Bild der sozialen Berufen mitbestimmt hat? Es gibt sicher eine mehr oder weniger ausgesprochene Befürchtung, dass man doch die Kinder und Eltern nicht im Stich lassen könne. Deshalb zerreiben sich viele eher in der Fürsorge, als sich für die Interessen der eigenen Berufsgruppe einzusetzen.

**Sylvia:** Das gibt es sicher immer noch, aber da ändert sich gerade was. Zum professionellen Selbstverständnis gehört immer mehr, dass unser Kernauftrag in den Kitas die frühkindliche Bildung ist. Dafür haben wir eine gute hochwertige Ausbildung, nicht um möglichst viele Kinder zu möglichst geringen Kosten aufzubewahren.

**Simon:** Das finde ich völlig richtig. Doch die Politik hat die Weichen anders gestellt. Seit 20 Jahren geht es doch beim Ausbau des Kita-Systems in erster Linie um Betreuung. Von dem Weckruf von PISA, warum frühkindliche Bildung und individuelle Förderung in den ersten Jahren so wichtig sind, ist nicht mehr viel geblieben.

**Steve:** ...aber dagegen müssen wir die Tatsache setzen, dass gute Arbeitsbedingungen auch den Kindern und Familien zugute kommen.

**Anna:** Dieses Gefühl der fehlenden Anerkennung pädagogischer Arbeit und von Ungerechtigkeit gibt es auch bei uns. Eine besonders hohe Arbeitsbelastung, Anspannung und Frustration beobachten wir bei den Kolleginnen und Kollegen in den Jugendämtern, die auch unter Fachkräftemangel leiden. Wo bleibt die Zeit für Reflexion? Wo bleibt die Zeit für die Beziehungsarbeit mit den Familien?

**HLZ:** ... Zeit für mehr Zeit...

**Simon:** Natürlich tragen die Menschen in der Sozialen Arbeit eine hohe Verantwortung und der wollen sie auch gerecht werden. Aber dieser Kern der Profession wird gern gegen uns gerichtet: „Wollen Sie wirklich bei diesem hohen Krankenstand auf der Freistellung für die Betriebsratsarbeit bestehen?“ So wird einem von Arbeitgeberseite schnell ein schlechtes Gewissen gemacht. Vor allem aber schwindet die Zeit für erfüllende Arbeit.

**Anna:** Es ist Teil unserer Arbeit, uns von den Lebenssituationen der Menschen, mit denen wir arbeiten, berühren zu lassen. Das legt die Grundlage für unsere Arbeit, nämlich die Beziehung. Ich will aber nicht, dass dieser Kern meiner Arbeit dann noch gegen mich gerichtet wird, dass die Forderung nach mehr Geld oder besseren Arbeitsbedingungen schon deshalb als unangemessen empfunden wird, weil es „meinen Klientinnen und Klienten doch so viel schlechter geht“.

**Pascal:** Ich habe vorhin von den individuellen Lösungen gesprochen. Das muss nicht die Teilzeit oder der Ausstieg aus dem Beruf sein. Mein Stichwort ist hier die Selbstwirksamkeit: Ich mache etwas, plane einen Ausflug, ein Projekt, das unmittelbar wirkt. Ich bin sogar stolz, wenn wir eine Krise durch eine Vertretungslösung innerhalb des Teams gemeinsam gemeistert haben, aber ich will dann nicht, dass man mir daraus einen Strick dreht: Wenn ihr das jetzt mit weniger Personal geschafft habt, dann kann das ja auch so bleiben.

**Sylvia:** Genau das ist das Elend der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit. Da sitzen Betriebswirte mit Kennziffern und Excel-Listen, die von der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen eigentlich keine Ahnung haben und uns vorschreiben wollen, wie wir pädagogisch sinnvoll arbeiten. Es geht oftmals nur noch um Refinanzierbarkeit, aber nicht mehr wirklich um diejenigen, an die sich unsere Arbeit richtet.

**HLZ:** Wie seht ihr denn auf diesem Hintergrund den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung im Grundschulalter?

**Sylvia:** Ehrlich gesagt sehe ich das sehr kritisch. So wie ich die bisherigen Planungen für den schulischen Ganzttag in Frankfurt verfolge, wird die Betreuung nicht ausgeweitet, sondern noch weiter auf eine reine Aufbewahrung reduziert. Ganz verkürzt: Für die Erweiterte Schulbetreuung in Frankfurt gilt schon jetzt der Standard 30 Prozent Nichtfachkräfte, 70 Prozent Fachkräfte. Mit dem Pakt für den Ganzttag folgen weitere Einschnitte: Die Klassen 1 und 2 sollen zukünftig noch hortähnlich betreut werden – und das wohl verpflichtend – und die Klassen 3 und 4 wandern in den Pakt für den Ganzttag, der überwiegend freiwillig ist und überhaupt keine Fachkräfte mehr vorsieht und nur noch mit Hilfskräften und Ehrenamtlichen auskommen soll...

**Benedikt:** ...mit der Folge, dass Kinder ohne ein familiäres Netzwerk durchs Raster fallen. Die soziale Schere geht



auseinander. Für mich ist die bessere Ausstattung der Kitas mit qualifizierten Personen das A und O. Dann kann ich die Gruppen verkleinern, mehr Zeit für Reflexion, für Vor- und Nachbereitung bereitstellen und endlich das machen, wofür ich ausgebildet wurde. Aber genau diese Professionalisierung wird durch die vielen Nichtfachkräfte abrupt gestoppt. Wenn es für unsere Arbeit reicht, dass man „gut mit Kindern kann“, dann Gute Nacht...

**Steve:** Ich will über die Kolleginnen und Kollegen gar nicht den Stab brechen. Die machen oft sehr gute Arbeit und ohne sie würde der Laden zusammenbrechen. Aber es ist ein Thema, das eine Bildungsgewerkschaft wie die GEW nicht kalt lassen kann. „Profis brauchen mehr“ steht auch auf unseren Streikplakaten – das ist ein wesentlicher Grund für mich, in der GEW zu sein, mich mit euch und anderen in den Fachgruppen und auch auf der Straße auszutauschen.

**Simon:** Wir müssen uns ja auch darüber klar sein, dass die Aufweichung des Fachkräfteprinzips vor allem die prekäre Beschäftigung vorantreibt. Deshalb muss es für Quereinsteiger:innen echte Qualifizierungsangebote geben, die nicht in berufliche Sackgassen führen. Und jede Form der berufsbegleitenden Qualifizierung erfordert ausreichende Ressourcen bei den Fachkräften für die Unterstützung, Anleitung und Begleitung.

**Anna:** In den Jugendämtern ist ein solcher Einsatz von Nichtfachkräften keine Option...

**Steve:** ...schon allein wegen der Garantenstellung...

**Anna:** ...aber um so höher wird der Druck. Wir hören von Überlastungsanzeigen von Beschäftigten aus den Jugendämtern, um sich abzusichern. Und andere steigen ganz aus. Die Wartezeiten für die Familien sind lang und erhöhen die Not. Ich arbeite mit den Familien, für die es schon einen Hilfeplan gibt und die Ressourcen freigegeben sind, aber viele andere stehen ewig auf der Warteliste...

**Steve:** ...was zu weiteren Fällen von Kindeswohlgefährdungen führt, in denen dringend adäquat geholfen werden muss.

*HLZ: Könnt ihr denn bei dieser Beschreibung eures Alltags überhaupt noch dazu raten, den Beruf zu ergreifen?*

**Anna:** Ich weiß nicht, ob es die Aufgabe einer Gewerkschaft ist, für einen Beruf zu werben. Aber ja, ich mache meine Arbeit gern, die Familien, mit denen ich arbeite, geben mir viel zurück. Aber deshalb kann ich doch trotzdem mit den Arbeitsbedingungen unzufrieden sein und für Veränderungen eintreten.

**Benedikt:** Ich weiß auch gar nicht, ob das mit Werbekampagnen für die Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst so klappt. Wenn ich die Kinder in meiner Kita frage, was sie mal werden wollen, dann höre ich immer: „Ich will viel Geld verdienen.“ Solange sich an der Bezahlung nichts ändert, wird es auch beim Personalmangel bleiben.

**Simon:** Die praxisintegrierte Ausbildung, die dann auch bezahlt wird, finde ich einen guten Schritt. Die vorgeschaltete Ausbildung zur Sozialassistentin sehe ich eher als Hindernis.

**Pascal:** Ich beschreibe mal meinen inneren Konflikt: Ich bin sehenden Auges in einen Beruf gegangen, von dem ich wusste, dass ich da nicht reich werde. Ich habe es auch bisher nicht bereut, aber ich will mich gerade aus dieser Überzeugung für den Beruf und unsere Arbeit in den gesellschaftlichen Prozess einmischen, in dem die Wertigkeit und die Bezahlung unterschiedlicher Berufe und Tätigkeiten ausgehandelt werden. Und um diesen inneren Konflikt auszuhalten, muss ich meine Selbstwirksamkeit stärken.

**Sylvia:** Das haben wir doch in der Pandemie gesehen: Ohne die Kitas und ohne die Schulen können die Eltern, vor allem die Mütter, nicht wie gewohnt arbeiten gehen. Das muss der Gesellschaft viel mehr wert sein, als es jetzt der Fall ist.

*HLZ: Ich will noch mal auf euer professionelles Selbstverständnis zurückkommen. Ist das auch eine Aufgabe für eine Gewerkschaft, die Professionalisierung zu unterstützen?*

**Steve:** Definitiv. Deshalb sitzen wir doch hier zusammen, deshalb haben wir gleich nach dem Schwerpunktthema „Soziale Arbeit“ in der HLZ 9-10/2022 die nächste in Angriff genommen. Deshalb gibt es die Fachgruppen, deshalb machen wir Fachtagungen, deshalb stehen wir gemeinsam auf der Straße. Sicher gibt es dafür die Fachverbände wie den FAPP (HLZ S.16-17), aber auch im gewerkschaftlichen Kontext ist das für mich definitiv unverzichtbar.

**Anna:** Dass wir gemeinsam Forderungen aufstellen, wie unsere Arbeitsbedingungen so verbessert werden, dass wir fachlich gut arbeiten können, dass wir uns regelmäßig austauschen, das stärkt mein professionelles Selbstverständnis und Identitätsgefühl. Allein geht das nicht! Und besonders in der GEW, die immer noch sehr schullastig ist. In der letzten HLZ zur Kampagne war eine Abbildung mit dem Text „Zeit für mehr Zeit – auch für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst“. Warum eigentlich „auch“?

*HLZ: Du hast recht, das werden wir in der neuen HLZ ändern. Und vielen Dank für das Gespräch.*

**ZEIT FÜR MEHR ZEIT**

**FÜR ALLE BESCHÄFTIGTEN IN DER SOZIALEN ARBEIT UND IM ERZIEHUNGSDIENST**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **GEW**

### Aktionskonferenz am 24. Juni in Frankfurt

Die GEW Hessen lädt die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst im Rahmen der Kampagne „Zeit für mehr Zeit“ zu einer Aktionskonferenz ein:

**Samstag, 24. Juni 2023, 9.30 Uhr bis 15.30 Uhr, Saalbau Gallus, Frankenallee 111, 60326 Frankfurt am Main**  
 Unterbesetzung, Arbeitsverdichtung und immer weniger Zeit für Vorbereitung, Austausch und Reflexion – die Situation in den Kitas und in der Sozialen Arbeit spitzt sich weiter zu. Nach kritischer Bestandsaufnahme und Erfahrungsaustausch über die aktuelle Situation geht es um Perspektiven und Strategien für verbesserte Arbeitsbedingungen und mehr Qualität in der Arbeit. Als Referent ist unter anderen Prof. Dr. Bernhard Kalicki vom Deutschen Jugendinstitut München eingeladen.

• [www.gew-hessen.de/bildungspolitik/sozialpaedagogische-berufe](http://www.gew-hessen.de/bildungspolitik/sozialpaedagogische-berufe)



# In Zeiten von Pandemie und Krieg

## Ein sozialpädagogischer Blick auf Kindheit und Jugend

Als Schulsozialpädagogin beschäftige ich mich seit vielen Jahren mit den Sorgen und Nöten von Kindern und Jugendlichen. Diese standen aber noch nie so im Vordergrund wie in den letzten Monaten. Daher habe ich mich auf die Suche nach Ursachen begeben, Statistiken gelesen, mit Fachkräften gesprochen und natürlich auch mit Schülerinnen und Schülern, um die aktuelle Krise zu verstehen.

Seit einiger Zeit gibt es einen deutlichen Anstieg von psychischen Auffälligkeiten wie Ängste, Depressionen, Antriebslosigkeit, Süchte und Essstörungen. Schon bei Grundschulkindern wird von selbstverletzendem Verhalten berichtet, von Problemen mit dem Tag- und Nachtrhythmus und einem Anstieg delinquenter Verhaltensweisen.

### Psychische Auffälligkeiten nehmen zu

Schulsozialpädagog:innen berichten von der Bildung von Cliques, die sich von schulischen Anforderungen abkoppeln, von verstärkter Regel-, Grenz- und Ziellosigkeit, von einer offenen Ablehnung des Schulsystems, gehäufte Schulabstinz und Vandalismus. Es scheint, als haben viele Schüler:innen ihren Bezug zur Schule verloren.

Aber warum ist das so? Sicher ist, dass Kinder und Jugendliche in einer sehr herausfordernden Zeit aufwachsen: Klimakatastrophe, Corona mit Lockdown und Homeschooling, Krieg in Europa mit atomarer Bedrohung, Energiekrise und Inflation und dadurch viele Familien in existenziellen Nöten. Seit Jahren schlittern sie gefühlt von Krise zu Krise, ohne ein Gefühl von Entlastung. Im Gegenteil wurde ihnen in den letzten Jahren oft das Gefühl gegeben, nicht ernst genommen zu werden. Ihre existenziellen Ängste wurden und werden mitunter bagatellisiert.

In der Coronapandemie waren sie plötzlich eine Bedrohung für ihre Großeltern oder vorerkrankte Familienangehörige, Halt und Sicherheit gebende Strukturen wurden im Homeschooling aufgelöst.

Zur Frage, wie sich diese Belastungen für Kinder und Jugendliche auswirken, habe ich ein paar Hypothesen entwickelt, wobei mir auch viele Gespräche mit Schüler:innen geholfen haben. Dabei wurde schnell klar, dass eine Mehrheit der befragten Schüler:innen die gemeinsame Zeit zuhause im Lockdown wie ihre Eltern durchaus auch als positiv empfand, als eine Zeit, die die Familie näher zusammenbrachte. Die Schüler hatten in dieser Zeit deutlich weniger Leistungsdruck, es wurde weniger gefordert, weniger bewertet, weder durch Lehrkräfte noch durch Mitschüler:innen. Man musste sich insgesamt weniger behaupten. Die Schüler:innen berichten recht einhellig, dass die Zeit im Lockdown und im Homeschooling als wesentlich entspannter erlebt wurde, nicht nur weil in dieser Zeit viel Unterricht ausfiel. Auch wenn sich einige Schüler:innen alleine gelassen fühlten und sich nur schwer konzentrieren konnten: Die meisten fühlten sich deutlich weniger gestresst.

Bei ihrer Rückkehr in die Schule wurden viele von den Anforderungen überrollt. War Schule schon zuvor ein an-

strengender Ort, war sie jetzt für einige kaum noch erträglich. Die Lehrkräfte wollten den verpassten Stoff so schnell wie möglich nachholen, Arbeiten mussten geschrieben werden, es wurde geprüft und bewertet, während die positiven Aspekte wie das Zusammentreffen mit den Freundinnen und Freunden, die Ausflüge und Klassenfahrten weiterhin gestrichen waren. Es musste Abstand gehalten werden, es wurden Masken getragen, getestet, die Fenster waren bei jedem Wetter geöffnet und über allem kreiste ständig das Damoklesschwert „Corona“.

Auch vielen Lehrkräften ging es und geht es nicht gut. Die Doppelbelastung durch Präsenz- und Onlineunterricht, der hohe Krankenstand und die zu füllenden Wissenslücken der Schüler:innen haben bei vielen ihre Spuren hinterlassen.

### Die Pandemie hinterlässt Spuren

Besonders gravierend ist der Umstand, dass die Schüler:innen während der Pandemie den Bezug zur Schule verloren haben und oft auch die Bindung zu ihren Lehrkräften. Kinder und Jugendliche lernen in der Regel nicht für eine imaginäre und für sie abstrakte Zukunft, sondern sie lernen für Beziehungen und Bindung, für Lob und Erfolg im Jetzt. Nun hatte aber die Schule, die sie nach dem Homeschooling vorfanden, viele ihrer positiven Aspekte verloren und die vorhandenen Beziehungen zu Lehrkräften waren deutlich weniger tragfähig.

Über einen anderen Aspekt wurde noch viel zu wenig gesprochen: Das Homeschooling hat die Schüler:innen gezwungen, viel selbstständiger zu sein. Sie haben gelernt, sich Informationen alleine und in ihrem eigenen Tempo zusammenzusuchen und ihre Schwerpunkte auf die Themen zu legen, die sie interessieren. Zudem konnten sie durch das Internet alternative Lernmethoden kennenlernen, Lernvideos und Lern-Apps wurden eine ernstzunehmende und teilweise sogar effizientere Konkurrenz für Schulbücher und Frontalunterricht.

Zurück im Präsenzunterricht berichten mir viele, dass sie nicht mehr bereit sind, sich mit Lerninhalten zu beschäftigen, die sie als unnötig empfinden, sie möchten über die Themen mitentscheiden und Wissen nicht einfach nur passiv konsumieren.

### Die sozialen Medien als vierte Instanz

Zu dem Einfluss von Lehrkräften, Peergroup und Eltern gesellen sich die sozialen Medien als einflussreiche vierte Instanz. Durch den Lockdown gewann die Meinung der Internetcommunity sehr an Bedeutung, während die der Lehrkräfte an Bedeutung verlor. Auch deshalb werden die Regeln und Anforderungen des Schulsystems viel kritischer hinterfragt als vor dem Lockdown.

Alles in allem scheint es fast so, als hätten die Schulschließungen wie eine Lupe die Schwächen unseres Schulsystems aufgezeigt und die wichtigen Bindungen zwischen der Schule und ihren Schüler:innen beschädigt. Vielleicht ist es



so zu erklären, dass viele Schüler:innen aktuell die anfangs genannten psychischen Auffälligkeiten zeigen.

Sollten diese Gedankengänge in die richtige Richtung gehen, was wäre dann also zu tun?

### Schulen müssen sich auf ihre Stärken besinnen

Schulen müssen so schnell wie möglich wieder als positive und bereichernde Lernorte empfunden werden. Hierfür müssen sie sich auf ihre Stärken besinnen. Viele gemeinsame Unternehmungen innerhalb der Lerngruppen und der Schulgemeinde können hier sicherlich einen wichtigen Anteil haben. Das Stärken der Klassengemeinschaften, aber auch der Lehrkräfte ist sicherlich genauso wichtig wie eine Verbesserung des Schulklimas und des „Wir-Gefühls“. Nur so kann dem als drückend empfundenen schulischen Stress mit ständiger Bewertung und Benotung entgegengewirkt werden.

Hilfreich wäre sicher auch, wenn sich die Schulen die neugewonnenen Kompetenzen der Schüler:innen zunutze machen könnten. Sie sind selbstständiger geworden, hinterfragen mehr und sind viel weniger bereit, Dinge zu akzeptieren, die sie als ungerecht oder als nicht sinnvoll empfinden. Mehr Verantwortung und mehr Partizipation an schulischen Prozessen und Gremien könnten sich hier als hilfreich erweisen. Außerdem sollten die Schulen die neugewonnenen Ressourcen aus dem Homeschooling nutzen und auf dieses breite Spektrum an neuen Lehrmethoden zugreifen. Die sogenannten „Neuen Medien“ eröffnen ein ganzes Universum an interessanten Lehr- und Lernoptionen, die oft sehr kurzweilig und didaktisch wertvoll aufbereitet sind.

Auf diese Art und Weise könnten Schule und Schüler:innen wieder zusammenwachsen und Lehrkräfte und Schüler:innen die nötigen Bindungen und Beziehungen zueinander aufbauen, die erforderlich sind, um unsere Schulen gemeinsam zukunftsfähig zu machen.

Vielleicht könnten die Krisen der Vergangenheit so dazu beitragen, dass die Schule der Zukunft deutlich mehr auf die Bedürfnisse unserer Schüler:innen eingeht und dringend nötige Veränderungen auf den Weg gebracht werden.

**Hanna Schneidmüller**

Die Autorin ist Diplom-Sozialpädagogin und Lerntherapeutin und arbeitet seit 14 Jahren als Schulsozialpädagogin an einer Gesamtschule im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

### Wanderausstellung des PsychMobils Frankfurt

Die psychische Gesundheit von Schülerinnen, Schülern und Studierenden ist seit Jahren ein Schwerpunkt der Arbeit der Schülerinnen- und Studierendenvertretung der Beruflichen Schulen Berta Jourdan in Frankfurt. *Paul HuBlein* und *Martha Geiger* (Foto: 2. und 3. von links) von der Schülerinnenvertretung erinnerten bei der Eröffnung der zweiten Projektwoche zu diesem Thema in Anwesenheit von *Dr. Stephan Jeck* vom Hessischen Kultusministerium (Foto: links) im Dezember 2022 an die prekäre Lage der schulpсихologischen Betreuung an hessischen Schulen. Die Wanderausstellung des PsychMobils, einer Initiative des Frankfurter Gesundheitsamts, sollte allen Schulen in Hessen zur Verfügung stehen.

• *Kontakt zur Studierendenvertretung: Paul HuBlein, E-Mail: svundsr@gmx.de; Informationen zu den Angeboten des PsychMobils und der Wanderausstellung unter <https://frankfurt.de/themen/gesundheit/psychische-gesundheit/psychmobil>*

## Landesschüler:innenvertretung und Landeselternbeirat: In großer Sorge

Im Zusammenhang mit einer 2021 durchgeführten umfassenden Befragung hessischer Schülerinnen und Schüler (HeSchüB) bekräftigte die Landesschüler:innenvertretung (LSV) ihre Forderung nach einer Ausweitung der Angebote zur psychosozialen Beratung und Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen. Immerhin 73% der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, stimmten der Frage nach einer verstärkten Antriebslosigkeit während der Pandemie „voll“ oder „eher“ zu. Viele Schülerinnen und Schüler berichten von „mehr Familienstreit“, finanziellen Sorgen und Zukunftsangst, besonders hohe Zustimmungswerte gibt es bei den Schülerinnen und Schülern der Förderschulen. Dasselbe gilt für die Fragen nach einer verstärkten Einsamkeit und dem Verlust von Freunden und Bezugspersonen (HLZ 11/2022).

Noch drastischer formuliert es der Landeselternbeirat Hessen (LEB): Im Kontext der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs und der damit verbundenen Ängste litten Kinder und Jugendliche vermehrt „an Stress, Burnout, Depression, Essstörungen, Leistungsdruck, Versagensängsten, Streitigkeiten, Konflikten und Gewalt“ sowie unter Selbstverletzungen und die Nachfrage nach Therapieplätzen stiegen rasant an, selbst auf ein ärztliches Erstgespräch müsse man lange warten. Der LEB befürchtet eine „psychosoziale Pandemie“, die „Kinder und Jugendliche zu Dauerpatientinnen und Dauerpatienten macht“. Er fordert, „dass alle an Schule Beteiligten zusammenrücken und zusammenarbeiten, um die Belastungsfaktoren zu reduzieren“. Es bedürfe einer sicheren und unterstützenden Lernumgebung, einer expliziten Stärkung der sozio-emotionalen Kompetenz, mehr Achtsamkeit für Schülerinnen und Schüler und mehr Personal in den Bereichen Schulpsychologie, UBUS, Schulsozialarbeit und Schulgesundheitspflege. Außerdem fordert der LEB jährliche Präventionstage und Aufklärung für Jugendliche und Eltern zu psychischen Erkrankungen und Suizidprävention.





# Das Verschwinden der Empathie

## Gesellschaftliche Krisen fördern Frustration und Einsamkeit

In einer Studie von 2011 wurde festgestellt, dass Empathie bei Studierenden in den USA in einem Zeitraum von 30 Jahren zwischen 1979 und 2009 um 48% gesunken war. Der größte Schwund ergab sich ab dem Jahr 2000. Auch die Fähigkeit zur Perspektivübernahme sank in dieser Zeit um 34% (1). Im gleichen Zeitraum verzeichnete der Narzissmus in den USA neue Höhenflüge, man sprach sogar von einer narzisstischen Epidemie.

Dieser dramatische Zerfall von Empathie bei gleichzeitig epidemischer Ausbreitung narzisstischer Tendenzen wird hauptsächlich mit folgenden gesellschaftlichen Entwicklungen in Verbindung gebracht:

- dem Siegeszug und der massiven Nutzung der neuen Medien, hier vor allem von Facebook und Co ab dem Jahre 2000,
- der fortschreitenden Individualisierung und damit zusammenhängend vermehrten kompetitiven Orientierungen sowie Beschleunigungs- und Optimierungszwängen und schließlich
- der Auflösung sozial kohäsiver Netzwerke (Vereine, Jugendverbände etc.)

### Bildschirmbeziehung statt Augenkontakte

Aus diesem Zusammenwirken unterschiedlicher Transformationsprozesse ergab sich ein Paradox: Während die Zahl von Freunden auf Facebook rasant anwuchs, spiegelte sich dies umgekehrt proportional wider im realen Leben, wo sich Freundschaften immer mehr verflüchtigten. Untersuchungen haben verdeutlicht, dass die Zahl an verlässlichen Freunden zwischen 1985 und 2010 in den USA um ein Drittel gesunken ist. Die „smartphonefixierte Kultur des gesenkten Blicks, die auch im Sozialraum Augenkontakte durch Bildschirmbeziehungen ersetzt, birgt per se ein Entfremdungspotential“ (2).

Es hat sich ein depressives Lebensgefühl eingeschlichen, das zeitweise noch narzisstisch abgewehrt werden kann, das aber auf Dauer ein Gefühl hinterlässt, abgehängt, verraten, verkauft, alleingelassen, verletzt und beschämt zu sein. Für *Hartmut Rosa* ist diese Beschreibung Ausdruck einer Erschöpfungskrise, da „die strukturell institutionalisierte und kulturell

legitimierte Strategie der Weltreichweitenvergrößerung (...) zu voranschreitenden Formen des Weltverlustes und damit zu einem Verstummen der Resonanzachsen führt“ (3).

Diese Weltreichweitenvergrößerung, das heißt immer mehr, schneller, besser, höher, weiter, stößt jedoch an physische und psychische Grenzen des Menschen, die nicht unendlich steigerungsfähig sind. In diesem unaufhaltsamen Wachstumswahn geht die Beziehung zur realen Welt, zur Natur wie auch zum vertrauten Nächsten verloren. Symptome dieses Weltverlustes und des Verstummens von Resonanzräumen sind unter anderem eine Demokratiekrise, Entsolidarisierungerscheinungen, das Auftreten eines „Wutbürgertums“ und Tendenzen einer Exklusion von angeblich „Überflüssigen“, von Flüchtlingen, Kranken oder Gefangenen (4).

Dieser Zusammenhang von schwindender Empathie, von Resonanzverlust und politischer Destabilisierung wird auch in einem Bericht des *World Economic Forum* (5) hervorgehoben. Hier wird der Rückgang an Empathie mit der zunehmenden Vereinzelung des Menschen in Verbindung gebracht.

Trotz aller digitalen Kontakte fühlen sich Menschen global betrachtet immer weniger verbunden und stärker isoliert. Diese Entwicklung steuert mit der weiteren Entwicklung von künstlicher Intelligenz auf eine äußerst dramatische Krise zu, denn nun werden die Trennlinien zwischen Mensch und Technologie immer stärker verwischt. Die Folgen sind eine signifikante Zunahme der Einsamkeit von Menschen weltweit und die Erfahrung einer wachsenden sozialen Polarisierung und eines damit zusammenhängenden Verschwindens von Empathie. Dies betrifft aber nicht nur das Prekariat, sondern auch die Mittelschicht. Ein Indiz dafür ist die Zunahme von Single-Haushalten: In den USA, aber auch in Deutschland haben sich innerhalb der letzten 50 Jahre die Single-Haushalte verdoppelt.

### Frustration und Einsamkeit

Als wichtiger Befund hebt der Bericht hervor, dass Menschen zunehmend emotional vereinsamen, Familien zerbrecen und Bindungen verloren gehen. Diese Erfahrung gerät aber in Widerspruch zu der Welt der „chat-rooms“, die überbevölkert sind von virtuell vorhandenen, aber nicht greifbaren Freunden und Freundinnen. Frustration und Einsamkeit drohen sich in Wut zu entladen. Diese Problemlage wird jedoch politisch nicht zur Kenntnis genommen. Der Einzelne erhält keine Antworten und erfährt keine Resonanz mehr und fühlt sich mit seinen Sorgen und seinen Bedürfnissen weder wahr- noch ernstgenommen.

Der erwähnte *Global Risks Report 2019* geht davon aus, dass dies zu einer geopolitisch drohenden, globalen Destabilisierung von Demokratien führen könnte. Denn Frustration und Vereinsamung lassen sich offensichtlich leicht von Rechtspopulisten instrumentalisieren.

Ursachen dieser Entwicklung werden vor allem im Bedeutungszuwachs materialistischer Werte vermutet, aber auch in sich verändernden Erziehungsmethoden und der narzisstischen Aufladung von Kindern und in einem immer expan-





siver sich ausbreitenden digitalen Echo-Raum, in dem sich Menschen austauschen, die gleiche oder ähnliche Meinungen teilen. Eine Welt vereinsamer, frustrierter und zorniger, jedoch sozial abgekapselter Menschen, die keine Kommunikation mit Außenstehenden suchen, kann zu einem spannungsgeladenen Risiko für den Fortbestand globaler demokratischer Verhältnisse werden und zugleich die Chance verringern, komplexe, globale Risiken zu bewältigen.

### Empathie und pädagogische Arbeit

Viele Philosophen haben sich mit dem Thema „Empathie“ beschäftigt, darunter Kant (1790), Nietzsche (1887) und Schopenhauer (1839). Trotz aller Unterschiede stimmen sie prinzipiell darin überein, dass Empathie eine der wichtigsten menschlichen Charaktereigenschaften ist. Sie befähigt uns nicht nur zu sozialen Beziehungen, zur Kontaktaufnahme und zur Kooperation, sondern sie stellt zugleich die entscheidende Grundlage des moralischen Handelns und des Gewaltverzichts dar.

Es ist vor allem Empathie, die uns als menschliche Wesen auszeichnet. Denn Empathie erlaubt uns resonante Beziehungen, ebenso wie Erfahrungen von Nähe, Verbundenheit und Zugehörigkeit. Von daher ist Empathie verantwortlich für unser Überleben. Denn ohne Empathie wäre die Menschheit nicht in der Lage, Solidarität, Loyalität, Mitgefühl und Mitleid auszubilden.

Aus psychologischer Perspektive stellt Empathie eine emotionale, mentale und kognitive Brücke zu einem anderen Menschen her, so dass es gelingt, einen Zugang zur Welt des Gegenübers zu finden, also die Welt aus der Perspektive des Anderen zu verstehen. Empathie ist in diesem Sinne die Fähigkeit zu erfassen, was andere denken, zu verstehen, was andere fühlen, und emotional auf die Situation einer anderen Person zu reagieren. Damit ist Empathie auch Grundlage aller pädagogischen und psychotherapeutischen Arbeit.

Diese Fähigkeit zur Empathie wird in der frühen Bindungserfahrung des Kindes entwickelt und die Qualität der Bindung ist ein essentielles Indiz für gelingende oder misslingende Entwicklungen von Empathie. Entscheidend ist dabei die Feinfühligkeit der Mutter und ob sie in der Lage ist, die Signale des Säuglings zu lesen und adäquat darauf zu reagieren. Diese Affektabstimmung und diese affektive Resonanz sind Vorläufer der Empathie. Im weiteren Entwicklungsverlauf ist Empathie dann verknüpft mit kognitiven und psychischen Prozessen der Reifung. Sich empathisch in andere Menschen einfühlen zu können, ist deshalb ein zentrales Kriterium und Indiz psychischer Gesundheit.

### Gesellschaftliche Radikalisierung

Gesellschaftliche und religiöse Radikalisierungsprozesse führen dazu, dass eine Einfühlung in das Andere und eine Perspektivübernahme scheitern. Der Anspruch des Fremdverstehens wird als Zumutung empfunden und als Bedrohung der eigenen Identität erlebt. Das zeigt sich dann u.a. in menschenfeindlichen „Hate-Speeches“, Morddrohungen, Beleidigungen und wahllosen Beschimpfungen. Damit einher gehen Projektion und Spaltung, die z.B. bei evangelikalen und fundamentalistisch gesinnten Religionsanhängern, auch beim politischen Islam und bei Rechtsradikalen oder der AfD das Verhältnis zu jenen prägen, die nicht Teil der eigenen religiös, ethnisch oder sozial definierten Gemeinschaft sind.



Foto:  
M.Schnell,  
Photocase

Heimisch fühlt man sich dann nur noch in digitalen Echo-Räumen, wo man unter sich bleibt und letztendlich nur das Echo der eigenen Stimme hört. Hier fühlt man sich verstanden und stellt Ersatzbindungen her, wobei Kränkungen und individuelle Vereinsamung nicht mehr spürbar sind. Die inhaltliche Auseinandersetzung auf Like-Buttons oder Dislike-Buttons zu reduzieren, ist der einzig mögliche kommunikative Stil. Es gibt in den Echo-Räumen immer genügend Claqueure, die jedem zuzubeln.

In dem Maße wie Empathie schwindet, wird der Fremde zum Feind erklärt und bekämpft, mit Worten und falls notwendig auch mit Taten. Es verschwinden Loyalität, Solidarität, Mitgefühl und Mitleid und es bleibt kein Raum mehr für Resonanz. Die Welt im Internet aber ist taub, tot, stumm, ohne Antwort, schweigsam, grau, feindselig und gleichgültig. Darauf wird mit einer innergesellschaftlichen Kriegserklärung reagiert. Die Wendung zum Rechtsradikalismus, zum Fundamentalismus und zum Fanatismus ist der Versuch, dieser Erfahrung ein neo-traditionalistisches Patriarchat entgegenzusetzen.

Diese Bewegungen sind deshalb so attraktiv, weil sie von der Notwendigkeit entlasten, sich mit Ich-fremden Ideen beschäftigen zu müssen, und weil sie auf der Empathieverweigerung gegenüber allem Nichtidentischen beruhen (6).

Prof. Dr. Elisabeth Rohr

Elisabeth Rohr war Professorin für Interkulturelle Erziehung an der Universität in Marburg bis 2013. Sie arbeitet in nationalen und internationalen Arbeitsfeldern als Gruppentherapeutin, Supervisorin, Coach und Consultant. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Migration, Flucht, Fundamentalismus und Beratung, zu denen sie vielfältig publiziert hat.

Eine Langfassung des Beitrags erschien in: Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik 2/2021, S. 126-141

- (1) S.H.Konrath, E.H.O'Brien and C.Hsing (2011). Changes in Dispositional Empathy in American College Students over Time: A Meta-Analysis. Download: [https://faculty.chicagobooth.edu/eob/edobrien\\_empathyPSPR.pdf](https://faculty.chicagobooth.edu/eob/edobrien_empathyPSPR.pdf)
- (2) H. Rosa (2019). Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Frankfurt: Suhrkamp, S. 311 ff.
- (3) ebenda S. 711
- (4) ebenda S. 714
- (5) World Economic Forum (2019). Global Risks Report 2019. Download: [www.weforum.org/reports/the-global-risks-report-2019](http://www.weforum.org/reports/the-global-risks-report-2019)
- (6) H. Rosa a.a.O. S. 371

# Aus dem Alltag der Sozialen Arbeit

## Die Arbeit in einer sozialpädagogischen Jugendwohngruppe

Die sozialpädagogische Wohngruppe ist eine Form der Hilfen zur Erziehung (HzE), die vom Jugendamt dann gewährt werden kann, wenn für Jugendliche und ihre Erziehungsberechtigten ein Zusammenleben nicht mehr vorstellbar und nicht mehr förderlich für die Entwicklung des jungen Menschen ist, wenn Eltern eine konkrete Bedrohung für ihre Kinder darstellen, wenn die Eltern sich mit der Erziehung ihrer Kinder aufgrund eigener Probleme dauerhaft oder auch zeitweise überfordert sehen oder wenn eine besondere Lebenslage des Kindes die Erziehungsfähigkeiten der Eltern derart übersteigt, dass niedrigschwellige Hilfeformen wie die Familienhilfe oder die ambulante Einzelfallarbeit nicht in Frage kommen.

Sozialpädagogische Wohngruppen haben unterschiedliche Konzepte: In einigen muss das Handy abends abgegeben werden, in manchen ist Übernachtungsbesuch erlaubt, in einigen wird für die Jugendlichen gekocht, in anderen versorgen sie sich teilweise oder vollständig selbst. In einigen sind Betreuerinnen an Wochentagen bis abends anwesend, in anderen – und das ist die Mehrzahl – ist durchgängig zumindest eine Betreuerin vor Ort. Es gibt geschlechtlich gemischte und reine Jungen- oder Mädchenwohngruppen. Für Mädchen gibt es zudem das Angebot anonymer Wohngruppen, deren Adresse unbekannt bleibt.

Die sozialpädagogische Jugendwohngruppe schließt die Versorgungslücke für Jugendliche, die aus ihren Herkunftsfamilien herausgenommen sind und anderen Hilfen wie der Pflegefamilie oder dem klassischen „Kinderheim“ entwachsen sind, aber noch nicht in der Lage sind, sich selbst zu versorgen. Die Verselbstständigung ist deshalb ein Langzeitziel vieler Wohngruppenkonzepte.

Der Alltag in der Jugendwohngruppe ist geprägt von einem Miteinander der Jugendlichen untereinander und mit ihren Betreuerinnen und Betreuern. Auch deshalb ist der Wunsch des Jugendlichen, in die Wohngruppe einzuziehen, von zentraler Bedeutung. Nur wenn der Jugendliche Interesse daran hat, in einer Wohngruppe zu leben, kann die Maßnahme erfolgreich sein. Trotzdem ist es mit der Freiwilligkeit, die

von Wohngruppen vorausgesetzt werden muss, oftmals nicht so weit her. Viele Jugendliche empfinden die Unterbringung in der Wohngruppe als Zwangsmaßnahme oder Strafe von Seiten des Jugendamtes oder der Eltern.

Das erste Ziel von Wohngruppen ist es, den Jugendlichen einen Ort zu geben, an dem sie zuhause sein können. Sie sollen eine ruhige, angenehme Umgebung bieten, in der sich Jugendliche wohlfühlen können. Daraus sollen sie die Kraft schöpfen, ihr Leben selbstbestimmt zu bewältigen und zu gestalten. Auch deshalb bieten die meisten Wohngruppen jedem jungen Menschen ein eigenes Zimmer als einen Ort höchster Privatsphäre, den Betreuerinnen und Betreuer in der Regel nicht anlasslos und ohne Ankündigung betreten dürfen und der individuell gestaltet werden kann.

Die allermeisten Jugendwohngruppen nutzen das System der Bezugsbetreuung: Obwohl die Teams in Wohngruppen mindestens ein Dutzend Kolleginnen und Kollegen umfassen, gibt es in jedem Team im Idealfall eine Person, manchmal aber auch mehrere Personen, die sich intensiv mit dem jungen Menschen befassen. Sie halten Kontakt zur Schule oder dem Ausbildungsbetrieb der Jugendlichen, unterstützen bei Arzt- und Therapeutensuche und sprechen mit dem Jugendlichen gemeinsam über dessen Belange. Bezugsbetreuerinnen und –betreuer bauen eine intensive Beziehung zu den jungen Menschen auf, die es ihnen erlaubt, auch in Krisenzeiten auf den Jugendlichen einzuwirken. Sie sollen eine besondere Vertrauensperson für „ihre“ Jugendlichen sein und treten nach außen als deren Fürsprecher auf.

### Hilfeplangespräche und Zielvereinbarung

Grundlage für die Arbeit der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ist das Hilfeplangespräch, das halbjährlich stattfinden soll und in dem ein expliziter Vertrag, der Hilfeplan, erstellt wird. Im Hilfeplangespräch verhandeln Fachkräfte aus dem Jugendamt, Betreuerinnen der Wohngruppe sowie die Eltern bei Minderjährigen gemeinsam mit den Jugendlichen die Ziele der nächsten sechs Monate. Alle Beteiligten verpflichten sich zu konkreten Schritten, die zum nächsten Hilfeplangespräch dann überprüft werden: Was konnte erreicht werden und welche Schritte wurden gegebenenfalls weshalb verworfen?

An der Erfüllung der im Hilfeplan festgelegten Ziele müssen sich alle am Hilfeverfahren beteiligten Personen orientieren. Die Jugendlichen haben hier die Möglichkeit, ein gewisses Maß an Mitsprache geltend zu machen und sich zum Beispiel sportliche oder kulturelle Angebote zu sichern. Außerdem werden die jungen Menschen verpflichtet, an dem zu arbeiten, was als „ihre Themen“ gesehen werden kann: Schulvermeidung, Konsum von Alkohol, Cannabis und anderen Drogen, Schulden und Umgang mit Geld, Körperhygiene, Aggression gegen sich oder andere gesundheitliche und seelische Belange. Dabei unterstützen die Bezugsbetreuerinnen und Bezugsbetreuer die Jugendlichen in einem situationell angebrachten Maß.







Die Arbeit in der sozialpädagogischen Wohngruppe richtet sich maßgeblich nach der Abdeckung des Schichtplans und der Idee der Bezugsbetreuung, dazu kommen Zeiten für Supervision und Teamsitzungen. Anders als in anderen Arbeitsfeldern mit Schichtsystem ist die Schichtarbeit in Wohngruppen oft eine unregelmäßige Schicht ohne feste Rotation in der Arbeitszeit. Dadurch können die Jugendlichen in ihrem Alltag begleitet und Termine außerhalb der Einrichtung wahrgenommen werden.

### Zwischen Schichtdienst und Flexibilität

Diese hohe Anforderung an die Flexibilität belastet die Pädagoginnen und Pädagogen. Fallen Fachkräfte aufgrund der belastenden Arbeitsanforderungen aus, werden Lücken im Dienstplan vorrangig durch die Kolleginnen und Kollegen in derselben Wohngruppe gefüllt. „Springer“ und kurzfristige Vertretungskräfte sind „Gift“ für die Jugendlichen, die ihnen fremde Personen in ihrem privaten Wohnumfeld schwer ertragen können. Zudem verursacht der Einsatz solcher „Springer“ für den Arbeitgeber zusätzliche Kosten. Vertreten sich Kolleginnen und Kollegen gegenseitig, sind sie angehalten, ihre Arbeitszeit eigenständig zu „normalisieren“ bzw. auszugleichen. Weniger in freier Verfügung zu arbeiten und damit weniger Bezugsbetreuung zu erbringen, ist jedoch kein Beitrag zur Arbeitszufriedenheit.

Es ist die Herausforderung der Arbeit in der sozialpädagogischen Wohngruppe, eine Balance zwischen den strukturgebenden Regeln und den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Jugendlichen zu finden: Individuum und Gruppe stehen mit ihren Bedürfnissen auf Augenhöhe. Das heißt auch, dass der Alltag in der Wohngruppe immer wieder durch die Bedürfnisse der Jugendlichen nach Nähe, Aufmerksamkeit und Anerkennung gestaltet wird. Wie sie diese Bedürfnisse einfordern, ist sehr unterschiedlich und herausfordernd: So kann das Bedürfnis nach Konfliktvermeidung etwa durch Abwesenheit, überangepasste Freundlichkeit oder selbstverletzendes Verhalten eingefordert werden. Die medizinische und emotionale Versorgung verdrängt dann den Streit über andere Themen. Manchmal beobachten wir auch verschiedene Ausdrucksformen bei ein- und denselben Jugendlichen.

Die Pädagoginnen und Pädagogen der Wohngruppe übernehmen nicht die Vormundschaft für die Minderjährigen in ihrer Obhut. Die liegt weiter bei den Eltern, soweit keine Amtsvormundschaft oder eine ehrenamtliche Vormundschaft besteht. Somit sind die Pädagogen der Wohngruppe

nicht zu allen Angelegenheiten, die von ihnen betreute Jugendliche betreffen, entscheidungsbefugt: Klassenfahrten, Zeugnisse, aber auch ärztliche Versorgung bedürfen der Zustimmung eines Vormunds und sind deshalb immer wieder mit Wartezeiten verbunden.

### Anstrengend, herausfordernd und erfüllend

Wohngruppenarbeit ist eine ständige Koproduktion zwischen den Jugendlichen und ihren Betreuerinnen und Betreuern. Nur wenn beide Parteien sich darauf einlassen, gemeinsam auf ein Ziel hinzuwirken, kann dieses Ziel erreicht werden. Jedes neue Kind, jeder neue Jugendliche, der in die Wohngruppe einzieht, ist mit der Verpflichtung verbunden, sich für die individuelle Person zu interessieren, Kontakt aufzunehmen und einen wertschätzenden Umgang zu gewährleisten. Und das auch und gerade dann, wenn wir als „Noch so 'ne Wohngruppe, wo ich bald rausfliege“ gesehen werden.

Die Arbeit belohnt mich dann oft damit, kleine und große Erfolge mitzuerleben: Vom bestandenen Schulabschluss bis zur ersten Rasur, von der ersten Drei minus im Angstfach bis zum ersten Monat frei von Selbstverletzung gibt es wöchentlich kleine und große Erfolge zu feiern.

Gleichzeitig trage ich auch Lasten mit und für die Jugendlichen. Zukunftsängste, Trennungen und Streit in der Familie belasten auch uns Pädagoginnen und Pädagogen. Die Anzahl der vorzeitig beendeten Maßnahmen übersteigt die Zahl der erfolgreich in eine Selbstständigkeit entlassenen jungen Menschen um ein Vielfaches und so ganz lässt sich das Gefühl des Scheiterns nicht stumm stellen.

Pascal Zimmer

Pascal Zimmer ist Sozialpädagoge und arbeitet in einer sozialpädagogischen Jugendwohngruppe, die vom Verein Arbeits- und Erziehungshilfen Frankfurt getragen wird. Im HLZ-Gespräch (Seite 7-9) diskutierte er mit GEW-Kolleginnen und GEW-Kollegen aus anderen Berufen im Sozial- und Erziehungsdienst.

### Sozialpädagogische Fachkräfte in der GEW Hessen

Das Fundament für den Austausch und die Interessenvertretung einzelner Berufsgruppen in der GEW Hessen sind die Landesfachgruppen und die Landespersonengruppen. Für die sozialpädagogischen Berufe und die berufsspezifischen Themen der Sozialen Arbeit gibt es zwei Fachgruppen, die eng miteinander zusammenarbeiten:

- die *Landesfachgruppe Sozialpädagogische Fachkräfte im Schuldienst*, in der die Fachkräfte organisiert sind, die in Schulen arbeiten und deren Arbeitgeber das Land Hessen ist, und
- die *Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe*, in der vor allem Beschäftigte aus Kitas, der Sozialpädagogischen Familienhilfe, der Betreuung psychisch Kranker und aus der Jugendarbeit organisiert sind.

Im Geschäftsführenden Landesvorstand sind beide Fachgruppen gemeinsam durch das *Landesvorstandsreferat Sozialpädagogik* vertreten. Die Mitglieder des Referats wurden von der Landesdelegiertenversammlung gewählt: *Annette Karsten* vertritt die Sozialpädagogischen Fachkräfte im Schuldienst ([annette.karsten@gmx.de](mailto:annette.karsten@gmx.de)), *Janina Pieé* die Kita-Beschäftigten ([janina.piee@gew-mailer.de](mailto:janina.piee@gew-mailer.de)) und *Steve Kothe* die außerschulische Familienhilfe ([steve.kothe@gew-mailer.de](mailto:steve.kothe@gew-mailer.de)).

- Außerdem erreichen Sie uns über die hauptamtlichen Referentinnen und Referenten für Sozialpädagogik und Weiterbildung *Andreas Werther* für Südhessen und Frankfurt ([awerther@gew-hessen.de](mailto:awerther@gew-hessen.de)) und *Dr. Isabel Carqueville* für Mittelhessen und Nordhessen ([icarqueville@gew-hessen.de](mailto:icarqueville@gew-hessen.de)).



# Beziehungen professionell verstehen

## Der Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik

Fachkräfte in der Sozialen Arbeit sind alltäglich herausgefordert, komplexe Situationen zu bewältigen. Die professionelle Beziehungsarbeit mit den Klient:innen ist eingebettet in institutionelle Rahmenbedingungen, die sich im widersprüchlichen Feld von Hilfe und Kontrolle sowie Halten und Zumuten bewegen. Zugleich fließen soziale und biografische Vorerfahrungen sowohl der Adressat:innen als auch der Fachkräfte in die professionellen Interaktionen ein und führen oftmals zu emotionalen Verstrickungen, die Einzelne, aber auch ganze Teams beeinträchtigen können. Die Reflexion dieser vielschichtigen Beziehungsarbeit ermöglicht ein Verständnis für die unbewussten Dimensionen, die in jeder professionellen Interaktion mit-schwingen, um daraus neue Impulse entwickeln zu können.

Psychoanalytische Pädagogik und Soziale Arbeit machen psychoanalytische Konzepte wie Übertragung, Gegenübertragung, Mentalisierungstheorie oder Institutionsanalyse nutzbar und widmen sich mit der Methode des *Szenischen Verstehens* auch den unbewussten Motiven und Dynamiken im professionellen Feld. Dies ist hilfreich für eine Balance von Nähe und Distanz, für den Umgang mit Affekten in professionellen Beziehungen und für die institutionelle Gestaltung der Hilfeangebote. Psychoanalytisch orientierte Soziale Arbeit versteht sich insofern als ein multiperspektivischer Ansatz, der gesellschaftlich-soziale, subjektiv-unbewusste und interaktionale Ebenen gleichermaßen einbezieht.

Um diesen Ansatz für Fachkräfte in sozialen Feldern nutzbar zu machen, wurde 1983 – vor 40 Jahren – der *Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik (FAPP)* gegründet. Ein wesentliches Motiv für die Gründung des FAPP war es, eine berufsbegleitende Weiterbildung zu etablieren, die neben der Theorievermittlung gleichrangig eine kontinuierliche Supervision der beruflichen Praxis und gruppenanalytische Selbsterfahrung umfasst (1).

Ausgehend von den pädagogischen Alltagserfahrungen der Teilnehmer:innen sollte deren pädagogische Identität erhalten bleiben, auch wenn sie selbstverständlich in der psychoanalytischen Durchdringung modifiziert wird (2). Gezielt sollte die Psychoanalytische Pädagogik nicht nur im erziehungswissenschaftlichen Studiengang der Universitäten, sondern dar-

über hinaus für praktizierende Pädagog:innen und für andere Berufsgruppen wie Psycholog:innen oder Soziolog:innen zugänglich gemacht werden. Der FAPP sollte zudem Forschungsergebnisse, Methoden und Erkenntnisse der Psychoanalytischen Pädagogik für alle im Bereich der psychosozialen Versorgung sowie des Erziehungs- und Bildungswesens tätigen Fachkräfte nutzbar machen.

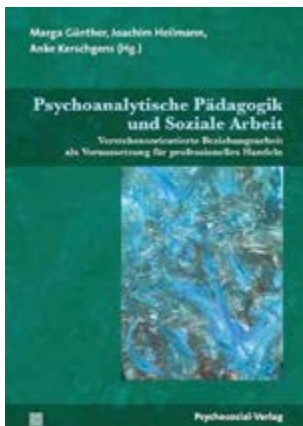
### Der selbstreflexive Verstehensansatz

Das Frankfurter Konzept der Psychoanalytischen Pädagogik ist ausgerichtet auf professionelle Pädagogik und Soziale Arbeit, die sich immer auch mit gesetzlichen Vorgaben und institutionellen Rahmenbedingungen auseinandersetzen muss. Handlungsleitende Prämisse ist, auf eigene Bedürfnisbefriedigung in der Arbeit mit den Klient:innen nicht angewiesen zu sein, sich zwar verwenden zu lassen, aber den anderen nicht zu verwenden. Daher ist das zentrale Kriterium der Psychoanalytischen Pädagogik und Sozialarbeit der selbstreflexive Verstehensansatz, der eine spezifische Haltung innerhalb eines gegebenen Rahmens sowie spezifische Settings voraussetzt. Die Angebote des FAPP haben zum Ziel, die Fähigkeit zur Reflexion des eigenen Handelns und die Reflexion der Übertragungs- und Gegenübertragungsprozesse zu fördern. Hilfreich ist das diagnostische Instrument des *Szenischen Verstehens*, das eine Orientierung darüber ermöglicht, wie fördernde pädagogische Beziehungen, Settings und Angebote gestaltet werden können, um dadurch einen *Fördernden Dialog* (Leber), der auf dem Wechselspiel von Halten und Zumuten beruht, zu initiieren. Zudem benötigen Pädagog:innen und Pädagogen für ihre Arbeit einen haltgebenden institutionellen Rahmen, um die ihnen zugefügten Zumutungen aushalten zu können.

### Berufsbegleitende Weiterbildung: FAPP wird 40

Professionelle Pädagogik setzt eine abgegrenzte und einfühlsame und gleichermaßen verständnisvolle Grundhaltung voraus, die nicht nur einmal erworben werden kann, sondern immer wieder neu erarbeitet werden muss. Aus diesen Überlegungen resultierte schließlich zunächst eine dreijährige berufsbegleitende Weiterbildung in Psychoanalytischer Pädagogik, die vom FAPP seit 1984 bis heute kontinuierlich angeboten wird. In den folgenden Jahren wurden vom FAPP weitere Fort- und Weiterbildungsformate entwickelt und angeboten:

- eine 18-monatige Weiterbildung in Psychoanalytischer Beratung
- Inhouse-Fortbildungen zu verschiedenen Themen und Fortbildungen im Blockformat u.a. zu den Themen Geistige Behinderung, Schule oder Traumapädagogik
- Supervision und institutionelle Beratung für soziale und pädagogische Einrichtungen
- fortlaufende, in Gruppen wöchentlich stattfindende Berufsbezogene Selbsterfahrung



Psychoanalytisches Verstehen und psychoanalytisch fundierte Beziehungsarbeit sind wichtige Grundlagen für professionelles Handeln in Pädagogik und Sozialer Arbeit. Die Autor:innen stellen theoretische Ansätze der Psychoanalytischen Pädagogik und Sozialen Arbeit und Konzepte für die Anwendung im Arbeitsalltag vor.

**Marga Günther, Joachim Heilmann, Anke Kerschgens (Hg.): Psychoanalytische Pädagogik und Soziale Arbeit. Verstehensorientierte Beziehungsarbeit als Voraussetzung für professionelles Handeln. 570 Seiten, 59,60 Euro. Verlag Psychosozial Gießen 2022 (= Psychoanalytische Pädagogik Band 55)**



Seit 2006 organisiert der FAPP auch Vortragsreihen zu aktuellen Themen der Pädagogik und der Sozialen Arbeit. Bereits seit 1986 veranstaltet der FAPP alle zwei Jahre eine Fachtagung. Dabei werden grundsätzliche Fragestellungen und aktuelle Themen der Pädagogik und Sozialen Arbeit aufgegriffen und thematisiert. Ergebnisse dieser Fachtagungen sind teilweise in Büchern nachzulesen, die der FAPP in der Reihe *Psychoanalytische Pädagogik* beim Psychosozial-Verlag in Gießen veröffentlicht. Neben der Reihe *Psychoanalytische Pädagogik* gibt der FAPP seit 1989 auch das *Jahrbuch für Psychoanalytische Pädagogik* heraus. Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des FAPP befindet sich eine Veranstaltung im Sommer diesen Jahres in Vorbereitung.

### Scheitern und Gelingen

Am 13. Mai 2023 fand die 19. Fachtagung des FAPP mit dem Titel „Scheitern und Gelingen in professionellen Beziehungen – Zum Umgang mit inneren und äußeren Grenzen“ statt. Diese Fachtagung war eigentlich schon 2021 geplant, musste allerdings zweimal wegen Corona verschoben werden. Auch wenn die Tagung bereits in einer Zeit geplant war, als noch niemand an Corona gedacht hat, zeigen die Erfahrungen, die mit der Corona-Pandemie verbunden sind, einmal mehr, dass das Erleben von Scheitern und Gelingen nicht nur von persönlicher Kompetenz oder fachlicher Unfähigkeit abhängt.

Vielmehr zeigt gerade die Erfahrung der letzten Jahre, wie sehr Scheitern oder Gelingen in Pädagogik und Sozialer Arbeit dicht beieinander liegen und zum Teil fließend ineinander übergehen. Der Erfolg beruflichen Handelns ist nicht im Sinne einer Input-Output-Logik steuerbar, weil sich Pädagogik und Soziale Arbeit mit Beziehungen und Emotionen unter sich stets wandelnden gesellschaftlichen Voraussetzungen beschäftigen und auseinandersetzen müssen. Der psychoanalytisch-pädagogische Ansatz fragt nach den inneren und äußeren Grenzen der Beziehungsarbeit. Er betrachtet zudem auch kritisch das Machtgefüge der sozialen Verhältnisse. Subjektiv erlebtes Scheitern wird eben oft auch durch institutionelle Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Erwartungen verursacht. Dies reflektieren zu können, ist Teil des professionellen Handwerkzeugs. Die Grenzen im professionellen Kontext bewusst wahrnehmen und zulassen zu können, sollte stets Gegenstand der Reflexion sein, um sich selbst vor Resignation oder Zynismus und die Klient:innen vor übergriffigem Verhalten zu schützen.

Marga Günther und Joachim Heilmann

Prof. Dr. Marga Günther ist Diplom-Sozialpädagogin und Diplom-Soziologin und seit 2010 Professorin für Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Sie ist Vorsitzende des Frankfurter Arbeitskreises für Psychoanalytische Pädagogik (FAPP). Joachim Heilmann ist Diplom-Pädagoge, Psychoanalytischer Pädagoge und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut und zweiter Vorsitzender des FAPP.

#### • Alle weiteren Infos: [www.fapp-frankfurt.de](http://www.fapp-frankfurt.de)

(1) Joachim Heilmann und Urte Finger-Trescher: Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik. Fort- und Weiterbildungsangebote – Konzepte und Erfahrungen. In: Marga Günther, Joachim Heilmann und Anke Kerschgens (Hg.) (2022): *Psychoanalytische Pädagogik und Soziale Arbeit* (siehe Cover). S. 583-599.

(2) Aloys Leber: Wie wird man psychoanalytischer Pädagoge? In: Günther Bittner und Christoph Ertle (Hrsg.): *Pädagogik und Psychoanalyse*. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 151-165.



Das Scheitern und Gelingen von Beziehung im Film „Systemsprenger“ ist Gegenstand der Arbeitsgruppe von Bernadette Neuhaus und Annette Sauer bei der Fachtagung des FAPP am 13. Mai 2023. Der Film „Systemsprenger“ von Nora Fingscheidt (2019) zeigt den Leidensweg der neunjährigen „Benni“, dargestellt von Helena Zengel, auf dem Foto mit Erzieher Robert (Tedros „Teddy“ Tecelebrhan), zwischen wechselnden Pflegefamilien, Aufenthalt in der Psychiatrie und Heimen und erfolglosen Teilnahmen an Antiaggressionstrainings. (Produktion/Foto: kineo Filmproduktion und Weydemann Bros. in Koproduktion mit Oma Inge Film und ZDF)

### Psychoanalytische Pädagogik im Schulalltag

Die Fortbildungsreihe „Psychoanalytische Pädagogik im Schulalltag“ ist ein neues Angebot des Frankfurter Arbeitskreises für Psychoanalytische Pädagogik (FAPP), das im September 2023 beginnt. Die Fortbildung bietet auf der Grundlage psychoanalytisch-pädagogischer Theorien Ansätze von Verstehens- und Handlungsmöglichkeiten für die professionelle Beziehungsarbeit in der Schule an. Konfliktvolle Vorgänge in der Schule und herausforderndes Verhalten werden vor dem Hintergrund der psychoanalytischen Theorie der Übertragung und Gegenübertragung betrachtet. Damit verbunden werden Handlungsoptionen für den Unterricht und Überlegungen für die Elternarbeit. Die Referentinnen und Referenten arbeiten mit kurzen theoretischen Inputs, die mit Szenen und Fallbeispielen aus der beruflichen Erfahrung der Referentinnen und Referenten und den Praxisfeldern der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verknüpft werden.

#### Termine: 10 bis 17.30 Uhr, Frankfurt, Myliusstr. 20

23.9.2023: Die Bedeutung der psychoanalytisch-pädagogischen Handlungstheorie für das Arbeitsfeld Schule

7.10.2023: Verknüpfung emotional bedeutsamer Themen mit dem Unterricht

18.11.2023: Beziehungsarbeit mit psycho-sozial belasteten Schülerinnen und Schülern

16.12.2023: Die soziale und emotionale Bedeutung der Klasse als Gruppe

3.2.2024: Interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Schülerinnen und Schülern, der Klassengruppe und den Eltern

Infos und Anmeldung: [www.fapp-frankfurt.de](http://www.fapp-frankfurt.de), [sekretariat@fapp-frankfurt.de](mailto:sekretariat@fapp-frankfurt.de) | Sigmund-Freud-Institut, Myliusstraße 20, Frankfurt

Der Fortbildungsbeitrag beträgt 750 € für alle fünf Tagetermine (jeweils von 10 bis 17.30 Uhr). Das Blockseminar ist von der Hessischen Lehrkräfteakademie als Fortbildung akkreditiert.



# Genesungsbegleitung

## Genesene können psychisch Kranken mit Empathie begegnen

Die Arbeit mit psychisch Kranken gehört zu den herausforderndsten Aufgaben für sozialpädagogische Fachkräfte. Belastend ist nicht nur die außergewöhnliche Not, die mit der Erkrankung verbunden ist, sondern auch der Mangel an Ressourcen und Perspektiven, besonders bei schweren Krankheitsverläufen.

Eine besondere Schwierigkeit liegt bei Personen mit wahnhaften Vorstellungen darin, dass die Kommunikation mit ihnen sehr schnell an Grenzen stößt. Das, was sie erleben, und dazu zählt auch das, was ihnen gesagt wird, verarbeiten sie vor dem Hintergrund ihres wahnhaften Erlebens. Sie interpretieren das, was sie wahrnehmen, auf eine ganz individuelle und häufig von der Realität sehr weit entfernte Weise. Menschen mit einer paranoiden Grundhaltung scheuen sich zudem davor, zu viel von ihrer Sichtweise preiszugeben. Sie verstehen das, was ihnen andere Menschen mitteilen, auf ihre ganz eigene und, je nach der Ausgestaltung der individuellen Wahnvorstellungen, sehr unterschiedliche Art. Ihre Entgegnungen sind von ihren individuellen Vorstellungen geprägt, die sie jedoch nicht offen legen: Was sie sagen, bleibt in Teilen unverständlich.

Psychiatrische Kliniken, die mit starkem Personalmangel und mit zunehmenden Erkrankungen konfrontiert sind, haben ganz überwiegend vor diesem Phänomen kapituliert. Es muss effektiv und kostengünstig reagiert werden - da bleibt keine Zeit für mühseliges Verstehen. Heute wird ganz überwiegend auf Medikation gesetzt, die jedoch in vielen Fällen keine Heilung bewirkt, sondern lediglich eine Dämpfung.

Die Gabe von Medikamenten, die nur mäßig nützen, aber mit schweren Nebenwirkungen verbunden sind, erfolgt oft unter starkem Druck - bis hin zur Zwangsbehandlung. Das

ist kontraproduktiv: Wenn ein Mensch, der glaubt, verfolgt zu werden und sich in Lebensgefahr wähnt, überwältigt, fixiert wird und dann noch Spritzen bekommt, steigt seine Panik massiv. Schizophrene Episoden werden oft durch traumatische Erlebnisse ausgelöst, und hier wird dem erkrankten Menschen ein weiteres Trauma zugemutet. Die Symptome werden vielleicht gedämpft, die wahnhafte Weltsicht bekommt aber weiteres Material. Erforderlich wäre es stattdessen, Situationen zu schaffen, die Ängste minimieren, durch eine beruhigende Umgebung, eine kompetente individuelle Betreuung, die auf Zuhören ausgelegt ist und viel Zeit und Geduld mitbringt.

Vor einigen Jahren wurde damit begonnen, Menschen, die entsprechende Erkrankungen selbst durchlaufen haben, in die Arbeit mit psychisch Kranken einzubeziehen. Fachleute aus der Psychiatrie und Wissenschaft und Psychiatrieerfahrene haben 2005 bis 2007 ein Curriculum entwickelt, in dem Menschen, die psychische Krisen durchlebt haben, zur Ex-In-Genesungsbegleiter:in ausgebildet werden. „Ex-In“ steht dabei als Abkürzung für den englischen Begriff „Experienced Involvement“.

In ihren Schulungen bekommen die Genesungsbegleiter:innen tiefe Einblicke nicht nur in die eigenen Krankheitsverläufe, sondern auch die der anderen, so dass sie mit den unterschiedlichen Ausprägungen psychischer Erkrankungen umgehen können. Nach ihrer einjährigen Ausbildung erhalten die „Ex-In-ler“ ein Zertifikat, mit dem sie sich in Wohnheimen, Tagesstätten, Werkstätten und Psychiatrien bewerben können, um dort kranke Menschen mit besonderer Empathie zu begleiten.

Michael Köditz

## Michael Köditz im Gespräch mit Buket Yomolcay

*Michael Köditz ist Mitglied im Bezirksvorstand der GEW Südhessen. Der Diplom-Pädagoge und ehemalige Lehrer sprach mit Buket Yomolcay, die in Frankfurt als Gestaltberaterin und Genesungsbegleiterin in der aufsuchenden Arbeit des Bamberger Hofes und in der Psychiatrischen Klinik in Höchst tätig ist. Michael Köditz und Buket Yomolcay sind beide als Netzwerktherapeuten im psychiatrischen Kontext für den Offenen Dialog ausgebildet (HLZ 9-10/2022, S. 17f.).*

*Was hat dich als staatlich anerkannte Erzieherin dazu bewogen, Genesungsbegleiterin zu werden?*

Ich bin nach meiner Ausbildung zur Erzieherin psychisch krank geworden, mit wiederholten Klinik- und Rehaaufenthalten. Die Erfahrungen, die ich dabei gemacht habe, haben mich sehr beeindruckt. In der Öffentlichkeit und besonders im Berufsleben werden psychische Erkrankungen in der Regel negativ konnotiert und am liebsten versteckt. Ich wollte mich hingegen mit dem, was ich in dieser Zeit erfahren hatte, näher beschäftigen. Ich wollte verstehen, warum Menschen

beispielsweise psychotische Phasen erleben, was für sie hilfreich sein kann und wie Zukunftsperspektiven für psychiatrieeerfahrene Menschen eröffnet werden können. Und ich wollte in einem Bereich arbeiten, in dem ich meine Erfahrungen einbringen kann.

*... und dann hast du eine weitere Ausbildung gemacht ...*

Ein befreundeter Psychotherapeut, den ich in einer Gestaltweiterbildung kennengelernt hatte, machte mich auf die Ex-In-Ausbildung in Frankfurt aufmerksam. Durch meine Ausbildung zur Erzieherin und meine Berufspraxis in Mädchenwohnheimen hatte ich schon Grundlagen für die Arbeit mit Menschen erworben. In der Ex-In-Ausbildung konnte ich darüber hinaus meine eigenen Krankheitserfahrungen reflektieren und als Ressource für die Arbeit mit Klientinnen und Klienten nutzen. Ich musste meine Krankheit nicht verstecken, sondern meine Erfahrungen bekamen einen Wert, auch für andere Menschen. Ich hatte das Gefühl, hier eine echte Lebensaufgabe zu finden.



*Auf welcher Grundlage arbeitest du mit den Menschen, die zu dir kommen?*

Zunächst einmal ist es mir wichtig, ihnen auf Augenhöhe zu begegnen. Das muss sich auch in der Terminologie niederschlagen. So spreche ich nicht von Patientinnen und Patienten, sondern von „zu Begleitenden“. Ich erlebe, dass jeder Mensch anders ist, seine eigene Geschichte hat und seine eigenen Schlüsse zieht. Ich will die Individualität jeder einzelnen Person respektieren und ihr nichts überstülpen.

*Die zu Begleitenden wissen, dass du als Ex-Inlerin eigene Erfahrungen mit psychischer Krankheit gemacht hast. Wie wirkt sich das aus?*

Vertrauen ist bei psychischer Krankheit schwer herzustellen, insbesondere bei paranoider Komponente. Die Menschen, die zu mir kommen, wollen wissen, was ich durchgemacht habe, weil sie sich vergewissern wollen, ob ich nachfühlen kann, was sie gerade erleben. Durch die gemeinsame Leiderfahrung entsteht eine Verbindung: Wir begegnen uns als Gleiche. Damit unterscheidet sich der Kontakt, den ich aufbauen kann, von dem zu anderen Menschen, die professionell mit ihnen arbeiten. Sie glauben mir eher als Fachkräften, von denen sie nicht sicher sind, ob sie ihre Krankheitserfahrungen nachvollziehen können. Zu einer Leidensgenossin lässt sich leichter Vertrauen entwickeln.

*Welche Möglichkeiten bringt dieses Vertrauen mit sich?*

Die zu Begleitenden können mit mir zusammen betrachten, welche aktuellen Probleme bestehen. Wir können erforschen, wie sie eigentlich leben wollen und was sie dafür tun können. Der erste große Schritt ist zu akzeptieren, dass sie eine Krankheit haben oder haben könnten, der nächste ist die Einsicht, dass eine Behandlung hilfreich sein kann. In dieser Phase wird wichtig zu differenzieren, was real ist und was psychotisch. Die Realität anzunehmen ist der wichtigste Schritt zur Genesung. „Die Realität ist deine Freundin“, hat mir während meiner Krankheit ein Freund immer wieder gesagt, und dieser Satz hat mir selbst sehr weitergeholfen.

*Wie sieht deine Arbeit in der Praxis aus?*

Ich höre zu, erwarte nichts und habe viel Geduld. Im Gespräch können sich Türen zu Räumen mit neuen Perspektiven eröffnen; es ist manchmal wie bei einem Puzzle. Mit einem Recoveryplan untersuchen wir zunächst, was in der Vergangenheit gut war und welche Wünsche für die Zukunft bestehen. Dann ist bedeutsam zu wissen, was Auslöser für Rückschläge sein können. Es geht darum, diese rechtzeitig zu erkennen und mit ihnen umgehen zu können, zu wissen, wie

„Ich höre zu,  
erwarte nichts und  
habe viel Geduld.“

**Buket Yomolcay,  
Gestaltberaterin und  
Genesungsbegleiterin**



kann ich mir Sicherheit verschaffen, wo bekomme ich Hilfe. Das kann bei jeder und jedem anders aussehen. Meine Aufgabe sehe ich im Empowerment, also darin, die zu Begleitenden zu unterstützen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen.

*Wie bringst du deine Erfahrungen in deine Arbeit ein?*

Ich weiß, wovon die von mir zu Begleitenden reden. Ich bin präsent und höre zu. Damit bestätige ich ihnen ihre leidvollen Erfahrungen und halte diese aus. In der Psychologie spricht man hier von „Containment“. Ich gehe quasi mit ihnen durch den Dschungel Hand in Hand, bis es wieder lichter wird und wieder etwas anderes kommt. Ein Beispiel: Ich habe mit einer zu Begleitenden, die sehr aufgewühlt war, in der geschlossenen Abteilung einer Psychiatrie einen Spaziergang gemacht. Sie hat geschrien, wer alles schuld sei usw. Ich bin bei ihr geblieben, bin mitgegangen, habe zugehört, ihre Empfindungen wiedergegeben und sie dadurch gestützt. Runde für Runde wurde sie entspannter. Nachher hat mir eine Kollegin in der Klinik gesagt, ich hätte etwas geschafft, was bei ihr noch niemand geschafft hätte. Positiv wirkt sich auch aus, dass ich mir für Einzelne mehr Zeit als andere Fachkräfte nehmen und damit sehr nah an ihnen arbeiten kann.

*Und wenn eine Person schon auf dem Weg der Besserung ist?*

Dann können wir gemeinsam nach neuen Perspektiven suchen. Dabei kann ich auch auf Methoden aus meiner Gestaltausbildung zurückgreifen. So konnte eine zu Begleitende in der Identifikation ihre unterschiedlichen Probleme zunächst einzeln darstellen und diese dann aus der Vogelperspektive anschauen. Dabei hat sie entdeckt, dass sie ihre kreativen Fähigkeiten auch beruflich nutzen kann. Damit konnte sie ihrem Leben eine neue Richtung geben.

*Was kannst du für das Team in deinen Einrichtungen bewirken und was wünschst du dir noch für deine Arbeit?*

Ich kann den Kolleginnen und Kollegen sagen, was ich entdeckt habe und woran wir arbeiten. Dabei stelle ich die Ressourcen der zu Begleitenden in den Vordergrund, was sehr hilfreich für die Weiterarbeit ist. Einmal wurde eine Frau aus der Klinik in die Obdachlosigkeit (!) entlassen, obwohl meine Arbeit mit ihr nicht beendet war. Ich wurde nicht einbezogen. Wichtig ist ein konstanter Austausch, insbesondere eine gute Übergabe. Dafür muss genug Zeit sein. Die räumlichen Bedingungen sind meist nicht optimal. Für die Einzelarbeit fehlt ein Raum, sodass wir für Gespräche erst einen ungestörten Platz suchen müssen. Stark verbesserungswürdig ist auch die Entlohnung, die nur knapp über dem Mindestlohn liegt. Notwendig ist eine Bezahlung, von der man auch wirklich leben kann!

*Ich danke dir herzlich für den interessanten und aufschlussreichen Einblick in deine Arbeit.*

**ZEIT  
FÜR MEHR  
ZEIT**

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
GEW

**FÜR ALLE BESCHÄFTIGTEN  
IN DER SOZIALEN ARBEIT  
UND IM ERZIEHUNGSDIENST**

## Mit dir für bessere Bedingungen in der Weiterbildung

Die GEW Hessen trägt in ihrer Kampagne „Zeit für mehr Zeit“, die bis zur Landtagswahl im Herbst 2023 angelegt ist, die Forderungen der Beschäftigten in allen Bereichen von Bildung, Erziehung, Wissenschaft und Sozialer Arbeit in die Öffentlichkeit. Für den Bereich der Weiterbildung fordert die GEW, dass ein Prozent des Bildungshaushalts für die Weiterbildung aufgewendet werden soll. Das klingt erstmal nicht nach viel. Wenn man sich aber mal den Ist-Stand im „Bildungsland Hessen“ anschaut, dann sieht das schon ganz anders aus: Für Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen sieht der Haushalt des Hessischen Kultusministeriums (HKM) in den Jahren 2023 und 2024 jeweils knapp 15 Millionen Euro vor. Der gesamte Etat des HKM beträgt im selben Zeitraum jeweils rund 5 Milliarden Euro. Ein Prozent des HKM-Etats würde 50 Millionen Euro entsprechen. Im Klartext: Die Ausgaben für Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen müssten sich mehr als verdreifachen, um das Ein-Prozent-Ziel zu erreichen. Und das ist dann doch eine Hausnummer!



*„Die in der Weiterbildung tätigen Fachkräfte dürfen in der Öffentlichkeit nicht ‚vergessen‘ werden, denn sie leisten wichtige Bildungsarbeit für die Gesellschaft. Deswegen ist es mir als beamteter Lehrkraft wichtig, solidarisch mit meinen Kolleg:innen in diesem sehr vielfältigen Bereich zu sein. Als Mitglied der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung unterstütze ich die Forderung nach einer deutlichen Erhöhung des Weiterbildungsetats und adressiere dies bei den Verantwortlichen – zum Beispiel im Hessischen Landtag.“*

Janette Leipert, Studienrätin an den Abendschulen Marburg, Sprecherin der Schulen für Erwachsene im Gesamtpersonalrat Gießen/Vogelsberg und Mitglied im Vorsitzendenteam der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung

Bei der Weiterbildung handelt es sich um ein äußerst heterogenes Arbeitsfeld, in dem Fachkräfte unter sehr unterschiedlichen Beschäftigungsbedingungen arbeiten. Dazu gehören tariflich Beschäftigte, aber auch Honorarlehrkräfte an Volkshochschulen und bei diversen öffentlichen und privaten Bildungsträgern wie dem IB, der AWO oder in Sprachschulen, die oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind.

Die in der Weiterbildung beschäftigten Kolleginnen und Kollegen schaffen die notwendige Voraussetzung für die gesellschaftliche, politische und berufliche Teilhabe von Erwachsenen. Auch der Bedarf an qualifizierten Lehrkräften für die Bereiche Deutsch als Fremdsprache bzw. Zweitsprache nimmt immer weiter zu.

Die GEW Hessen setzt sich dafür ein, dass alle Erwachsenen ihre individuellen Bildungsziele erreichen können. Für die Beschäftigten fordern wir gute und faire Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bezahlung – insbesondere für Honorarkräfte. Auch das Weiterbildungssystem muss finanziell so ausgestattet sein, dass Bildung keine Frage des Geldes ist.

## Protestnote des Gesamtpersonalrats Gießen/Vogelsberg

Der Gesamtpersonalrat Schule (GPRS) am Staatlichen Schulamt für den Landkreis Gießen und den Vogelsbergkreis hat eine Protestnote verfasst, die sich mit den Bedingungen an den Schulen für Erwachsene (SfE) befasst. „Die Schulen für Erwachsene sind kleine Systeme, die aufgrund ihrer Studierendenschaft nicht erst seit Corona vor großen Herausforderungen stehen“, fasst *Janette Leipert* die Situation an den hessischen SfE zusammen. Studierende der SfE stammten zu einem hohen Anteil aus Familien nicht-deutscher Familiensprache. Zudem kämpften immer mehr Studierende mit psychischen Erkrankungen und benötigten mehr Unterstützung, als dies aktuell der Fall sei. Konkret fordert der

GPRS die Einstellung von UBUS-Kräften auch an den SfE, die Freishaltung des „Aufbaukurses DaZ“ per Erlass, Deputate für Kolleginnen und Kollegen, die sich im Bereich des „Blendid Learning“ engagieren, und die Entlastung durch verbindlich festgelegte Korrekturtag in Prüfungsphasen

*Dr. Simone Claar*, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, schloss sich den Forderungen an: „Die hessische Landesregierung muss die finanziellen Mittel bereitstellen, damit die Schulen für Erwachsene als dritte Säule des Schulsystems ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können und die Lehrkräfte entlastet werden, damit sie sich auf ihr Kerngeschäft, die Wissensvermittlung, konzentrieren können.“



## Zu Besuch im Landtag

Am 22.3. besuchte die Landesfachgruppe Erwachsenenbildung mit *Nina Schuster*, *Janette Leipert*, *Eva Bender-Gilchrist* und *Svetlana Poljakova* (auf dem Foto von links) den Hessischen Landtag in Wiesbaden. Sie nahmen an einer Führung durch den Landtag und an der Plenardebatte teil. Im Gespräch mit den SPD-Landtagsabgeordneten *Nina Heidt-Sommer* und *Christoph Degen* begründeten sie die Forderung der GEW nach einer deutlichen Erhöhung der Haushaltsmittel für die Weiterbildung, nach angemessenen Honoraren für die Lehrkräfte sowie einem Recht auf Festanstellung für Lehrkräfte, die beim selben Arbeitgeber mit mindestens einer halben Stelle für mindestens fünf Jahre beschäftigt sind. Auch die Ablehnung der Umsatzsteuerpflicht für die Volkshochschulen war ein Thema. Der Besuch des Landtags sei, so das Resümee, „gerade auch mit Schülerinnen und Schülern eine Reise wert“.





## Gemeinsam aktiv werden in der GEW

Großen Zuspruch fand das zweitägige Seminar „Gemeinsam aktiv werden in der GEW“ für neue Mitglieder, das Ende März in den Hoffmanns Höfen in Frankfurt am Main stattfand. 40 Kolleginnen und Kollegen kamen, um sich kennenzulernen, auszutauschen und zu vernetzen. Mit Präsentationen, Workshops, einem antifaschistischen Stadtrundgang des DGB, Feedbackrunden und Zeit für den geselligen Austausch waren die beiden Tage gut gefüllt. Die bunt gemischte Gruppe diskutierte über Tarifforderungen, Arbeitsbedingungen, Mitgliedergewinnung und Organisationsfragen. Auch die „großen Themen“ wie Inklusion, Fachkräftemangel und Bildungsbegriff durften nicht fehlen. Beim „Markt der Möglichkeiten“ stellten der GEW-Landesvorsitzende *Thilo Hartmann*, die Frankfurter Bezirksvorsitzende *Laura Preusker* und *Felix Hauf* vom GEW-Bildungswerk ihre Arbeit vor.

Nach der Abschlussrunde verabschiedeten sich die Teilnehmer:innen mit viel Input, neuen Informationen und rauchenden Köpfen, aber vor allem motiviert, endlich in die Gewerkschaftsarbeit zu starten.



### HLZ 2 und 3-4/2023 Sanktionen gegen Russland

#### Der Einzelfall entscheidet

Sanktionen gegen Eroberungskrieger sind weder „Sackgasse“ noch „notwendig“. Das zeigen etwa die englische Seeblockade gegen die europaweiten Feldzüge des napoleonischen Frankreich oder die Handelssperren der „triple entente“ mit der Folge des Steckrübenwinters 1917 im hungernden Deutschen Reich. Dieses „Weder-Noch“ haben Sanktionen gemein mit Zöllen, grenzüberschreitenden Gütemaßstäben für Waren oder dem Lieferkettengesetz. Es kommt jeweils auf die Umstände des Einzelfalles an. (...)

Herbert Storn meint, dass Kriegszerstörungen „der ökologischen Wende die Mittel“ entziehen und „die damit verbundene soziale Not für Millionen nachdenklich machen sollte“. Eben! Aber auch die Not in Russland, weil dessen rechtsradikale Regierung seit Jahrzehnten die eigene Wirtschaft von Mitläufern plündern lässt. Die Kernfrage ist, wie man Russland an seinem Vernichtungskrieg in der Ukraine hindern kann, wenn man schon seinen in Tschetschenien übergang.

Ulrich J. Heinz, Marburg

### GEW: Hilfe für die Ukraine

Die GEW Wiesbaden-Rheingautaaunus und Schulen der Region unterstützen seit Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine die Hilfsaktionen des Partnerschaftsvereins Wiesbaden-Schierstein \* Kamenez-Podolski. Die GEW bittet herzlich um Spenden für weitere Hilfstransporte:

- *Partnerschaftsverein Wiesbaden-Schierstein \* Kamenez-Podolski*, IBAN: DE43 5105 0015 0128 0150 51, BIC: NASSDE55, Verwendungszweck „Ukraine-Hilfe Wiesbaden-Rheingau“

### HLZ 3-4/2023 Inklusiver Unterricht

#### Solche Studien schaden

Aus Sicht des Elternbunds hessen (ebh) muss man sich über die in der HLZ unter der Überschrift „Mach, dass der besser Mathe kann“ vorgestellte FoLiS-Studie zum Einsatz von förderpädagogischen Lehrkräften in inklusiven Schulen nur wundern. Der ebh hat zahlreiche Betroffene über viele Jahre begleitet und die Entwicklung der Schulen, die sich auf den Weg zu Bildungsgemeinschaften der Verschiedenen gemacht haben, unterstützt. Die Grundschulen haben sich über knapp vier Jahrzehnte vehement für eine inklusive Entwicklung eingesetzt – und das trotz der schlechteren Bezahlung nach A12. Statt die Grundschulen mit solchen Studien zu verunsichern, sollten sie ermutigt und unterstützt werden. Die IGLU-Studie hat gezeigt, welch wertvolle Arbeit Grundschulen leisten. 600 sogenannte Inklusionsforscher haben sich wieder einmal wie jedes Jahr in Zürich mit der inklusiven Bildung auseinandergesetzt. Wann kommen sie zu dem Ergebnis, dass die UN-BRK endlich in Gänze umgesetzt werden muss?

Zu unseren Bildungsgemeinschaften gehören alle Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit. Die Experten müssen endlich dort Unterstützung leisten, wo die Kinder sind. Niedersachsen ist auf dem Weg dahin, vielleicht leistet die Forschung bei diesem Prozess Unterstützung. Hier wäre einiges zu tun, z. B. bei der Validität der Gutachten und der Rückführung von Kindern aus den Förderschulen. Derartige Studien hingegen sind kontraproduktiv und schaden der inklusiven Entwicklung.

Korhan Ekinçi, Vorsitzender des Elternbunds Hessen (ebh)

### HLZ 3-4/2023 KMK auf Irrwegen

#### Vorschläge verschärfen die Not

Die Personalversammlung der Kopernikusschule Freigericht hat mit Verwunderung und Bestürzung die Vorschläge der „Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz“ (SWK) für Notmaßnahmen zur Entschärfung des Lehrermangels zur Kenntnis genommen. (...) Die Reduktion von Unterrichtsstunden und früheres Ausscheiden aus dem Dienst sind bei vielen Lehrern „Notbremsen“ zum Schutz der eigenen Gesundheit. Die Klassengröße nimmt bereits jetzt deutlich zu. (...) Zu den Ursachen des Lehrermangels äußert sich die SWK nicht. Noch um die Jahrhundertwende fanden ganze Jahrgänge von ausgebildeten Lehrern mit zwei Staatsexamen keine Anstellung. War die demografische Entwicklung nicht vorhersehbar? Die für die Lehrerbildung notwendigen Investitionen, beispielsweise in Studienplätze, unterblieben. Migrationswellen und Corona-Epidemie sind nicht die Ursache der Misere an den Schulen, sondern haben diese nur verschärft. Die vom Kultusministerium suggerierte „Rekordversorgung“ mit Lehrern erfahren wir in unserem Alltag nicht.

Die von der SWK gemachten Vorschläge erscheinen in Anbetracht der realen Mangelverwaltung und Belastung von Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen von nur schwer zu überbietender Ignoranz und ihrer Realisierung wird zur Verschärfung des Überlastungsproblems beitragen. Nicht zuletzt werden sie kaum die Attraktivität des Lehrerberufs für den Nachwuchs heben.

Dr. Siegfried Buchhaupt, Personalrat der Kopernikusschule Freigericht



## TVStud: Jetzt oder nie!

### Studentische Beschäftigte kämpfen für einen Tarifvertrag

Am 24. Februar 2023, am frühen Abend eines winterlich anklingenden Freitags, trudeln zahlreiche studentische Beschäftigte nach und nach in gewohntem Terrain ein. Das Foyer der Georg-August-Universität in Göttingen ist geschmückt mit Transparenten, Fahnen und Plakaten, die Lust auf Arbeitskampf machen. In dem großen Hörsaal mit rustikaler Optik, wo sich die Studierenden sammeln, sticht ein riesiges pinkes Banner mit klarer Botschaft sofort ins Auge: „TVSTUD JETZT ODER NIE!“. Auf dem Podium warten bereits die Moderatorinnen und geladenen Gäste. Um kurz nach 19 Uhr ist es dann soweit: Die bundesweite TVStud-Konferenz beginnt.

Bekannte Gesichter sind vor Ort: Neben Gewerkschaftsfunktionär:innen wie *Susanne Braun* (DGB), *Andreas Keller* (GEW) und *Isabella Rogner* (ver.di) sind auch Wissenschaftler:innen wie *Frank Deppe*, *Tilman Reitz* und *Nicole Mayer-Ahuja* gekommen, die Publizistin *Ines Schwerdtner*, *Niko Stumpfögger* (TVStud II, Berlin) und *Katja Schwaab* (End fossil Occupy!). Zwei Kollegen von *organizi.ng* begleiteten mehrere Workshops und gaben wichtiges Handwerkszeug mit an die Hand.

Werfen wir jedoch zunächst einen Blick in die jüngere Vergangenheit. In der TVStud-Bewegung engagieren sich Studentische Beschäftigte, die sich bundesweit für eine tarifliche Regulierung studentischer Beschäftigungsverhält-

nisse an deutschen Hochschulen einsetzen. Bewegungen gegen das Befristungsunwesen an Universitäten gibt es bereits seit einiger Zeit im akademischen Mittelbau. Aber auch die Studentischen Beschäftigten, die mittlerweile eine der größten Beschäftigtengruppen an den Universitäten bilden, sind von der Befristung nicht ausgenommen. Sie werden im Wissenschaftszeitvertragsgesetz zwar gesondert betrachtet, doch gilt auch für sie eine maximale Beschäftigungsdauer von sechs Jahren. Dies ist jedoch eine Ausnahme für die formalrechtliche Gleichstellung von Studentischen Beschäftigten und dem Rest der universitären Belegschaft.

Auch im Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) wurden Studentischen Beschäftigten bisher sämtliche Vertretungsrechte abgesprochen. Auch die kürzlich veröffentlichte Studie „Jung, akademisch, prekär“ (Hopp et al. 2023) zeigt, wie verheerend dieser Ausschluss aus der Personalvertretung, aber auch aus dem Tarifvertrag Hessen (TV-H), dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) und den Tarifverträgen der selbstständigen Hochschulen ist.

Die geringen Löhne reichen nicht zum Leben aus. 77,8% der Studentischen Beschäftigten sind von Armut betroffen. Im Schnitt erhalten sie in Hessen lediglich 408 Euro monatlich. Das macht sie zusätzlich abhängig vom BAföG, dem Geld ihrer El-

tern oder von Einkommen aus weiteren Nebenbeschäftigungen. In Hessen geht ein Drittel der Studentischen Beschäftigten einer weiteren bezahlten Tätigkeit außerhalb der Universität nach, um den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Überstunden sind ebenfalls keine Ausnahme, sondern für 39% die Regel. Erholung gönnen sich hingegen nur wenige. 40% geben an, keinen vollständigen Urlaub zu nehmen, 15% arbeiten Urlaubstage nach. Die befristeten Arbeitsverträge gehen im Schnitt bloß fünf Monate und erschweren damit die Planung des eigenen Studiums und Lebens noch weiter. Arbeitsverträge für Studentische Beschäftigte sind in Hessen grundsätzlich nicht an Mindestlaufzeiten geknüpft. Mit dem kürzlich vereinbarten Kodex gelten zwar Eigenverpflichtungen der Universitäten, diese werden in der Praxis jedoch aufgrund der mangelnden Gesetzlichkeit häufig umgangen.

#### Direkte Abhängigkeiten

Zurückzuführen ist das, neben dem gezielten Ausschluss aus den tarifrechtlichen Regelungen des öffentlichen Dienstes, auch auf die große Machtasymmetrie in den Arbeitsbeziehungen. Die direkte Abhängigkeit von den Professor:innen erschwert die Konfliktbereitschaft der Studentischen Beschäftigten. Ob ein neuer Vertrag ausgestellt wird, wie viele Stunden darin enthalten sind und teilweise sogar in welche Gehaltsstufe die Studentischen Beschäftigten fallen, ist der Willkür der Vorgesetzten unterworfen. Dazu kommen die Abhängigkeiten im Rahmen des Studiums, sei es bei der Benotung von Prüfungen oder der Betreuung von Abschlussarbeiten. Überspitzt formuliert könnte man sagen: Der Ausschluss aus tariflichen Vereinbarungen und Personalvertretung äußert sich in der Entstehung neo-feudaler Verhältnisse, in denen der Patriarch nach eigenem Gusto über Inhalt, Ausmaß und Bezahlung der Arbeit entscheiden kann.

Das Ganze verdeutlicht, wie Studierende seit langem aus dem Blick der Politik gerieten. BAföG verfehlt schon lange seine Funktion als För-





derung junger Menschen aus finanziell schwachen Haushalten. Das zeigte eine Statistik von Immowelt.de: Die durchschnittlichen Mieten in Darmstadt fressen mehr als das Doppelte des im Bafög-Höchstsatz vorgesehenen Wohnungsgeldes. Frankfurt belegt aktuell Platz 3 der Städte mit den höchsten Mietpreisen Deutschlands. Dabei beziehen nicht einmal mehr 12% aller Studierenden überhaupt noch Bafög, den Höchstsatz dürften nur die wenigsten davon bekommen. Auch die versprochene Entlastung der Bundesregierung aufgrund der Übergewinne im Energiesektor hat mit ihrer extremen Verzögerung, der komplizierten Beanspruchung und der nicht einmal im Ansatz ausreichenden Auszahlung von einmalig 200 Euro ihren Namen wohl kaum verdient.

Seit Jahren wehren sich die Studentischen Beschäftigten bundesweit gegen diese Misere. Nach einer Konferenz in Hannover im Sommer 2021 und einer darauffolgenden Kampagne traten sie gemeinsam mit den Beschäftigten des TV-L und des TV-H in den Arbeitskampf. Und das durchaus erfolgreich: Im Bereich des TV-L konnte eine Verhandlungszusage über eine mögliche Tarifierung erkämpft werden. Die eigens dafür in die Wege geleitete Bestandsaufnahme macht nun medial Furore, was zuletzt dem Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz ein Zeichen der Nervosität entlockte. Die Studie sei als Druckmittel für die Tarifverhandlungen entstanden und damit nicht objektiv, so seine Kritik. In dieser Kritik dürfte sich aber vor allem eine Angst vor der stetig wachsenden Bewegung verstecken. Noch nie standen die Chancen für einen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte so gut wie heute.

Auch in Hessen, das 2004 aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten ist, konnten in der letzten Tarifrunde erste Erfolge verzeichnet werden. Einzelne Inhalte des Kodex für Gute Arbeit an Hessens Hochschulen sind der TVStud-Bewegung zu verdanken. Die darin festgehaltenen Mindestvertragslaufzeiten, die einheitliche Vergütung und die Entgeltanpassung in Anlehnung an den TV-H sind jedoch nicht ausreichend. Personalvertretungsrechte für Studentische Beschäftigte sieht der Kodex ebenfalls nicht vor. Als Selbstverpflichtung der Hochschulen ist er zudem rechtlich nicht bindend und bildet somit einen weiteren Rückzug des Landes aus der Regulierung Studentischer Beschäftigung.



Fotos: Kay Herschelmann

Kehren wir zurück zum 24. Februar. Die Konferenz findet zu einem strategisch wichtigen Zeitpunkt statt. Um die neu gewonnene Öffentlichkeit und die wachsende Organisationsbereitschaft zu nutzen, zielte die Konferenz vor allem auf Strategieplanung und Vermittlung von Methoden des Organizing. Es bestand die Möglichkeit, sich innerhalb der Bundesländer zu vernetzen. Außerdem wurden Methoden und Materialien an die Hand gegeben, wie die örtlichen Initiativen wachsen können. Bundesweit ist klar, dass sich möglichst viele Unterstützer:innen für die kommende Tarifrunde im Oktober gewerkschaftlich organisieren müssen, denn jeder Erfolg zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen muss hart erkämpft werden.

### Wie geht es in Hessen weiter?

Die Situation in Hessen ist aufgrund der Tarifautonomie zwar leicht anders, jedoch gilt auch hier: Die bundesweite Kampagne muss unterstützt werden. Die Tarifrunde in Hessen beginnt im Februar 2024, also nach der bundesweiten Verhandlung. Für den TV-H wird das bundesweite Ergebnis daher eine entscheidende Rolle spielen. Da sich die verweigerten Personalvertretungsrechte nicht „erstreiken“ lassen, müssen wir auch auf die kommende Landtagswahl setzen und politische Mehrheiten für unsere Forderungen gewinnen. Dass dies kein einfaches Unterfangen wird, zeigte sich Anfang Februar in einer Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten an der TU Darmstadt. Mit Ausnahme des CDU-Vertreters zeigten sich die Parteien jedoch offen, die Themen in die laufenden Beratungen über die Novellierung des HPVG einzubringen (siehe Kasten).

Auch die Gewerkschaften müssen mehr Ressourcen in den Strukturaufbau

stecken. Im Jahr 2020 begannen erstmals mehr Menschen ein Hochschulstudium als eine Berufsausbildung. Erkennt man dies als grundsätzliche Herausforderung gewerkschaftlicher Arbeit an, so zeigt die TVStud-Bewegung einen ersten Lösungsansatz. Sie ermöglicht es, an den Universitäten gewerkschaftliche Strukturen zu etablieren und eine heranwachsende Generation gewerkschaftlich zu prägen. Damit könnte sich eine hochqualifizierte Gegenmacht zum schwächelnden neoliberalen Kapitalismus bilden.

**Karl Wolff**

Karl Wolff ist Master-Student der Soziologie an der TU Darmstadt, GEW-Mitglied und aktiv in der TVStud-Bewegung.

Marvin Hopp, Ann-Kathrin Hoffmann, Aaron Zielke, Lukas Leslie, Martin Seeliger (2023): Jung, akademisch, prekär. Studentische Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen: Eine Ausnahme vom dualen System regulierter Arbeitsbeziehungen. 2. überarbeitete Fassung. Bremen: iaw. Download auf der Homepage der GEW, Kurzlink: <https://bit.ly/3ZtkZxN>

### Bewegung in der HPVG-Novelle

Vor der abschließenden dritten Lesung zur Novellierung des HPVG gingen CDU und Grüne auf Forderungen aus dem Hochschulbereich ein. Bei der Einstellung der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen soll es ein Mitwirkungsrecht des Personalrats geben, allerdings nur auf Antrag der betroffenen Person. Zudem soll es im HPVG in Anlehnung an die thüringischen Assistenzräte eine Interessenvertretung für studentische Hilfskräfte mit Sitz im Personalrat geben. Hier fordert die GEW eine Regelung zur Freistellung analog zu den Regelungen für Personalräte.

# Erhöhen Sie die Honorare!

## Mehr Anerkennung für Lehrbeauftragte an den Hochschulen

*Beim einem Treffen des Hessischen Lehrbeauftragtennetzwerks am 29. März verabschiedeten die Anwesenden einen offenen Brief an die Präsidentinnen und Präsidenten der hessischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, um „eine angemessene und für die Hochschulen machbare Erhöhung der Stundenhonorare für Lehrbeauftragte anzumahnen“. Die HLZ veröffentlicht den Brief, für den weiter Unterschriften gesammelt werden, im vollen Wortlaut:*

Die Hochschule für Gestaltung in Offenbach hat bereits im Sommersemester 2022 die Sätze für Lehrbeauftragte auf 50 bis 60 € pro real gehaltener Stunde verdoppelt. Dies hilft bei der Gewinnung qualifizierter Lehrbeauftragter und verbessert die Attraktivität der Lehre an ihren Hochschulen.

Zwar übernehmen einzelne Hochschulen mittlerweile Fahrtkosten und haben auf Ebene der Fachbereiche und Institute je nach Anforderungen der Lehrveranstaltungen einen gewissen Handlungsspielraum bei der Höhe der festgesetzten Honorare, aber für die meisten Lehraufträge hat sich der Stundensatz seit vielen Jahren nicht verändert. Das bedeutet vor dem Hintergrund der angezogenen Inflation einen deutlichen Einkommensverlust. Besonders abträglich ist, dass notwendige Vor- und Nachbereitungszeiten für die Lehrveranstaltungen nicht vergütet werden, somit besteht ein gewisser finanzieller Anreiz, möglichst wenig Zeit mit der Leistungsfeststellung der Studierenden, z.B. durch das Lesen von Hausarbeiten, zu verbringen. Vor allem leisten Lehrbeauftragte viel Arbeit rund um die Durchführung ihrer eigentlichen Lehre:

Erstellung digitaler Semesterapparate, Mailkommunikation mit Studierenden und der Verwaltung, Beiträge zu den Online-Lernplattformen, digitale Notenverwaltung u.v.m. Darüber hinaus wird kein Honorar gezahlt, wenn Lehrbeauftragte krank sind. Zusätzlich tragen sie mit den Kranken- und Sozialversicherungsbeiträgen die „Risiken“ ihrer Tätigkeit selbst.

Richtig ist: Anerkennung ist nicht nur die Höhe des Honorars. Arbeitsmittel, Übernahme von Kopierkosten, Unterstützung durch die Verwaltung, ein Raum für Lehrbeauftragte, strukturierte Fortbildungsangebote sind sinnvolle Ergänzungen, um gute Bedingungen für Lehrbeauftragte zu schaffen. Insbesondere von der Verwaltung der Hochschulen erfahren Lehrbeauftragte Unterstützung, Fortbildungen sind mancherorts schon vorhanden, die Übernahme – soweit nötig – von Kopierkosten ist verbreitet, ebenso die Unterstützung durch Hilfsmittel und die digitalen Plattformen der Hochschulen. (...) So sinnvoll die Verbesserungen unserer Rahmenbedingungen auch sind, sie lösen nicht das aus unserer Sicht mittlerweile zentrale Problem der zu geringen Bezahlung pro Stunde.

Wir haben zentrale Kompetenzen aus der beruflichen Praxis und leisten einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung der Fachkräfte von morgen! Die Honorare für Lehre in der freien Wirtschaft oder bei anderen Bildungsangeboten sind den Hochschulen schon lange enteilt. Wir geben unser Bestes für die Hochschulen und die Studierenden, dies aber bei einem real umgerechneten Stundenlohn

inklusive aller dafür notwendigen Tätigkeiten von deutlich unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Wir fordern eindringlich, diesen Missstand zu beenden!

Für eine nachhaltige Aufwertung der Honorare für Lehrbeauftragte ist eine Anhebung auf mindestens 50 € pro gehaltener Stunde plus die zusätzliche Vergütung von mindestens 6 Stunden Vor- und Nachbereitung je Lehrauftrag nötig. Es ist grundsätzlich zu prüfen, ob nicht die reale geleistete Arbeitszeit bezahlt werden kann. Unter der Annahme, dass hessenweit etwa 5.400 Lehrbeauftragte arbeiten, verursacht eine durchschnittliche Anhebung auf etwa 50 € pro Stunde (inkl. 6 Semesterwochenstunden für Vor- und Nachbereitung) ein Kostenvolumen von zusätzlich etwa 3,2 Millionen pro Jahr für alle Hochschulen. Mit eingeschlossen ist auch die Annahme, die Praxis der unentgeltlichen Tellehre zu beenden. Gemessen an den Gesamtausgaben des Hochschulstats in Hessen ist das eine durchaus realisierbare Forderung. Uns ist aber auch klar, dass dies auf durch die Heizkostenkrise angespannte Hochschulhaushalte trifft und verschiedene Hochschulen unterschiedlich stark belasten würde. Daher scheint es für uns vertretbar, eine Erhöhung zum Beginn des Wintersemesters 2023/24, jedoch spätestens zu dessen Ende umzusetzen. Im Zuge dessen regen wir an auch zu prüfen, ob nicht einzelne Angebote von Lehrbeauftragten gut durch regulär festangestelltes, am besten unbefristetes Personal übernommen werden können. Hier beobachten wir eine Tendenz, dass Lehraufträge in manchen Fachbereichen viel mehr zur Aufrechterhaltung des Pflichtangebotes anstatt nur zur Ergänzung des Lehrangebotes - wie im Hochschulgesetz vorgesehen - dienen.

Um auf der anderen Seite mögliche Einsparungspotenziale zu realisieren, sollte die hohe Hürde zur Ernennung einer Honorarprofessur überdacht werden. Die Bereitschaft zur Übernahme einer bezahlten Honorarprofessur durch einige Lehrbeauftragte wird sicherlich vorhanden sein. Die Hochschulen könnten dadurch eine bessere Verzahnung zur Praxis erreichen.

### Zum Vormerken: Offene Mitgliederversammlung der Jungen GEW

**Samstag, 15. Juli 2023, von 10 bis 16 Uhr**  
**Geschäftsstelle der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt**

Zur Jungen GEW gehören alle Mitglieder unter 35 Jahren. Wenn du dich in der Jungen GEW engagieren möchtest oder am Austausch mit anderen jungen Kolleg:innen interessiert bist, komm vorbei! Wir bieten einen Einblick in unsere Aktivitäten und diskutieren mit der DGB-Jugend Hessen-Thüringen

über die bildungspolitischen Forderungen der GEW zur Landtagswahl. Außerdem werden das Sprecher:innenteam der Jungen GEW und die Delegierten für die Landesdelegiertenversammlung am 12. und 13. Oktober 2023 gewählt. *Anmeldungen sind ab sofort möglich an [geschaeftsfuehrung@gew-hessen.de](mailto:geschaeftsfuehrung@gew-hessen.de)*

# Black Box „Mentoring“

## Mentorentätigkeit nach der Novellierung des HLbG



Hartnäckig hält sich das Gerücht, dass die Mentorentätigkeit zur Unterrichts- und Schulentwicklung beiträgt...

Dass das Lernen im Mentoring kein Selbstläufer ist, zeigen die Befunde einer qualitativen Studie, in der die Orientierungen von Mentor:innen im Vorbereitungsdienst zum Lehramt an Gymnasien rekonstruiert wurden. Dabei wurde ein Vergleich zwischen berufseinsteigenden Mentoren und berufserfahrenen Mentoren angestellt, in dem sich deutliche Unterschiede in der Zielorientierung ihrer Beratung herauskristallisierten. Berufseinsteigende Mentoren, also Lehrkräfte mit roundabout drei Jahren Berufserfahrung, werden vorzugsweise um Unterstützung gebeten, da ihnen die formalen Anforderungen und Bewertungskriterien im Vorbereitungsdienst aus jüngster Erfahrung vertraut sind und sie sich in ihrer Beratung zur Unterrichtsplanung stark an der Ausbildungszielorientierung der Studienseminare orientieren.

Berufserfahrene Mentor:innen werden hingegen für eine prozessorientierte Beratung der Referendare geschätzt. Sie beraten entwicklungsbezogen und sozialisieren die Mentees in die Schulkultur der Ausbildungsschule ein, die nicht selten mit den didaktischen und methodischen Anforderungen der Studienseminare in Konflikt gerät.

Es zeigt sich, dass Mentoring im Vorbereitungsdienst zum Lehramt an Gymnasien nur wenig mit dem reziprok angelegten Personalentwicklungsinstrument „Mentoring“ zu tun hat, wie es in Betrieben zu finden ist. Dort haben erfahrene Arbeitnehmer:innen die Möglichkeit, ihre eigenen Erfahrungen durch die Weitergabe an Jüngere zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

Beim schulischen Mentoring findet man hingegen eher eine Lernbegleitung im Sinne der Berufsbildung, in der auf beiden Seiten des Tandems nicht selten Vorstellungen einer Meister-Lehrling-Beziehung zu finden sind. Dies ist im Mentoring in den Praxisphasen des Lehramtsstudiums noch stärker ausgeprägt, da die Praktikanten nur über einen vergleichsweise kurzen Zeitraum an der Schule tätig sind, in dem sich

kaum echte Mentoringbeziehungen entwickeln können.

Obwohl im Vorbereitungsdienst für ein Lehramt in Hessen mittlerweile eine halbe Entlastungsstunde für die Betreuung eines Referendars oder einer Referendarin gewährt wird, fehlt es an der in der Aufgabenbeschreibung für Mentor:innen ausdrücklich geforderten Kooperation mit den Auszubildenden an Studienseminaren und in beiden Ausbildungsphasen nach wie vor an Reflexionsmöglichkeiten. Begleitlehrkräfte in beiden Phasen der Lehrkräftebildung benötigen darüber hinaus Fortbildungsmaßnahmen, die über simple Instruktion in Bezug auf die Anforderungen des Vorbereitungsdienstes und der universitären Praxisphasen hinausgehen.

Andere Bundesländer wie Hamburg machen es vor: Sie bieten Mentor:innen umfassende Informationen zu ihrer Tätigkeit, Unterstützung in der Gesprächsführung sowie Einzel- und Gruppencoachings zur psychosozialen Beratung. Außerdem besteht ein Bedarf an Informationsveranstaltungen zum Schulrecht, denn nicht selten müssen Mentoren in Prüfungssituationen als Personen des Vertrauens insbesondere Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in prüfungsrechtlichen Angelegenheiten beraten. Dafür sind hessische Mentor:innen in beiden Phasen der Lehrkräftebildung aber in keiner Weise qualifiziert.

Es zeichnet sich ab, dass sich diese Problematik zum Beispiel bei der Begleitung von Lehramtsstudierenden im Praxissemester nach der Novellierung des Hessischen Lehrkräftebildungsgesetzes (HLbG) verschärfen wird. In den kommenden Monaten werden die hessischen lehrkräftebildenden Universitäten neue Studien- und Praktikumsordnungen für die Lehramtsstudiengänge verabschieden, in denen die Begleitung von Studierenden durch Ausbildungsbeauftragte, z.B. durch Schulbesuche, nicht mehr verbindlich vorgesehen ist. Der Vorteil liegt auf der Hand: Dadurch können Fahrtkosten eingespart und unterrichtspraktische Beratungsanteile an die Mentoren an Ausbildungsschulen abgegeben werden.

Diese Sparmaßnahmen stoßen nicht an allen hessischen Universitäten auf Begeisterung: Beschäftigte in der Lehrkräftebildung der Universität Kassel prangern die Missstände in einem offenen Brief sehr deutlich an, insbesondere die drohende Mehrbelastung der Beschäftigten an Hochschulen und Ausbildungsschulen.

Die GEW Hessen unterstützt die Kritik an den geplanten Personalkürzungen und der Unterausstattung der Praxisphasen in Folge der Umsetzung der HLbG-Novelle. Den Offenen Brief findet man jetzt auch auf der Homepage der GEW Hessen:

- <https://www.gew-hessen.de/bildungspolitik/aus-und-fortbildung-lehrerinnen>

### Andrea Gergen

Andrea Gergen leitet gemeinsam mit Christina Nickel das Referat Aus- und Fortbildung im Landesvorstand der GEW Hessen.

Zum Weiterlesen verweisen wir auf die Veröffentlichungen von Andrea Gergen, die zu diesem Thema erfolgreich promoviert wurde. Die HLZ schließt sich den Glückwünschen an.

- A. Gergen (2022), Lernbegleitung durch Mentorinnen und Mentoren im Vorbereitungsdienst zum Lehramt. Praktiken der Berufsbildung in der gymnasialen Lehrkräftebildung. In: M. Schön & R. Arnold (Hrsg.), Lernbegleitung – Anmerkungen zu einem Modus pädagogischer Professionalität (S.101-114). Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.
- A. Gergen (2023), Black Box „Mentoring im Referendariat“. Eine organisationspädagogisch-rekonstruktive Analyse.“ In: SEMINAR, 28 (4) (S.108-121). Bielefeld: wbv.

### Ihre Erfahrungen als Mentor:in

Die GEW plant eine Informations- und Qualifizierungsmaßnahme für Mentor:innen. Zur Vorbereitung bitten wir alle Leserinnen und Leser der HLZ, uns in den nächsten Wochen und Monaten ihre Erfahrungen als Begleitlehrkräfte an Ausbildungsschulen, insbesondere im Praxissemester, und ihre Fortbildungswünsche für Mentoren und Mentorinnen per E-Mail an folgende Adresse zu schicken: [auf@gew-hessen.de](mailto:auf@gew-hessen.de). Vielen Dank!



# Mehr Lehrkräfte ausbilden!

## Hürden für ein Lehramtsstudium in Hessen abbauen

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (KMK) geht davon aus, dass der Lehrkräftemangel 20 Jahre andauern wird. Die demografische Entwicklung lasse mehr Schülerinnen und Schüler erwarten. Zudem stünden einer Pensionierungswelle zunächst eher kleine Abiturjahrgänge, aus denen Nachwuchs gewonnen werden kann, entgegen. Die Empfehlungen der Kommission laufen auf eine Erhöhung der Arbeitszeit und der Arbeitsbelastung hinaus. Ein Teil der Vorschläge droht der Qualität der schulischen Bildung unmittelbar zu schaden, etwa der Ausbau von Selbstlernzeiten. (1) Auch wenn die aktuellen Abiturjahrgänge tatsächlich schmaler ausfallen, soll hier die Frage aufgeworfen werden, ob sich daraus tatsächlich zwingend weniger Nachwuchs im Lehramt ergeben muss.

An den hessischen Universitäten ist die Zahl der Neueinschreibungen in Lehramtsstudiengänge von 2015 bis 2019 deutlich angestiegen. In diesem Zeitfenster hat die Landesregierung die Kapazitäten im Grundschullehramt sowie im Förderschullehramt ausgeweitet. Da es in diesen Lehramt zuvor viel zu wenige Studienplätze gab, hatten viele Interessierte keine Chance. Seit 2020 sind die Neueinschreibungen in Lehramtsstudiengänge allerdings wieder rückläufig. Zum Wintersemester 2022/23 war deren Zahl mit gut 3.600 rund 1.100 kleiner als drei Jahre zuvor (Tabelle 1).

Das Bild fällt bei den Lehrämtern recht unterschiedlich aus: Einzig im Grundschullehramt hat sich die Zahl der Studierenden im ersten Semester weiter erhöht. Erstmals haben sich hier mehr als 1.000 Studierende neu eingeschrieben. Ganz anders sieht es beim Lehramt an Haupt- und Realschulen aus: Die Zahl der Neueinschreibungen hat sich innerhalb weniger Jahre auf nur noch 447 halbiert. Das Lehramt an Gymnasien erfreut sich nach wie vor der größten Beliebtheit, allerdings gibt es auch bei diesem einen negativen Trend. Deutlich ist der Rückgang auch beim Lehramt für Förderpädagogik. Hessen hat nur das Lehramt für Berufliche Schulen in das gestufte Bologna-System überführt. Auch in den Bachelor für dieses Lehramt haben sich zuletzt deutlich weniger Studierende eingeschrieben.

Die Neueinschreibungen haben sich beim Lehramt schlechter entwickelt als bei anderen Studiengängen. Das bedeutet, dass auch der relative Anteil des Lehramts kleiner geworden ist. Dabei handelt es sich um einen bundesweiten Trend. So war die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger im Lehramt in ganz Deutschland bereits im Studienjahr 2021/22 erstmals seit mehreren Jahren rückläufig. Mit nur noch 32.000 war ein Rückgang um 13,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Dieser fiel deutlich stärker aus als der in der Gesamtheit aller Studiengänge mit einem kleinen Minus von 3,7%. (2)

Das ist in Zeiten des Lehrkräftemangels ein ernstzunehmendes Alarmsignal. Obwohl der Mangel in aller Munde ist, scheint ein entsprechendes Studium eher seltener gewählt zu werden. Umso gefährlicher ist es, wenn nun – beispielsweise von der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission – vermeintliche Lösungsvorschläge in die Welt gesetzt werden, die die Attraktivität des Berufs weiter schmälern. Allerdings ist auch wahr, dass nach wie vor Interessierte keinen Studienplatz finden.

Die in Tabelle 2 dargestellte Übersicht zeigt, dass an allen hessischen Universitäten in bestimmten Lehramt beziehungsweise in einzelnen Fächern Zulassungsbeschränkungen bestehen. Das betrifft vor allem das Grundschullehramt sowie das Lehramt für Förderpädagogik. Auch in den anderen Lehramt gibt es einzelne Fächer, die mit einem Numerus Clausus (N.C.) belegt sind, primär Biologie sowie Politik und Wirtschaft. An der Goethe-Universität Frankfurt sind auch das Gymnasiallehramt und das Lehramt an Haupt- und Realschulen insgesamt zulassungsbeschränkt, in mehreren Fächern kommen ein N.C. oder ein Verfahren zur Eignungsfeststellung hinzu. Das Missverhältnis zwischen den Bewerbungen sowie den Studienplätzen ist allerdings kleiner geworden. Daher sind die N.C. inzwischen niedriger, teilweise konnten letztendlich alle zugelassen werden. Allerdings hat das bloße Vorhandensein von Zulassungsbeschränkungen einen Effekt: Viele schreiben sich dann an einer anderen Hochschule ein oder in nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen.

Hessen könnte mehr Lehrkräfte ausbilden, indem es genügend Studienplätze zur Verfügung stellt. Das Kultusministerium hat inzwischen eine Werbekampagne für den Beruf gestartet, ein „Zukunftsbus“ soll 100 Oberstufenschulen ansteuern. Es wäre bedauerlich, wenn ein Teil der so für diesen „Zukunftsberuf“ interessierten jungen Menschen aufgrund von nach wie vor greifenden Zulassungsbeschränkungen am Ende gar kein Lehramtsstudium aufnehmen könnte.

**Tabelle 1: Studienanfängerinnen und -anfänger  
Lehramtsstudierende im 1. Fachsemester an hessischen Hochschulen**

	2022	2021	2020	2019	2018	2017	2016	2015
Grundschulen	1.019	925	907	955	833	839	628	642
Haupt- und Realschulen	447	570	767	830	871	849	948	812
Gymnasien	1.472	1.539	2.039	2.016	1.985	1.867	1.802	1.805
Förderpädagogik	260	351	373	417	384	360	260	278
Berufliche Schulen, Bachelor	254	291	318	364	309	249	286	288
Berufliche Schulen, Master	162	144	153	150	168	169	156	199
insgesamt	3.614	3.820	4.557	4.732	4.550	4.333	4.080	4.024

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

## Kooperation oder Wettbewerb?

Der Lehrkräftearbeitsmarkt ist ein bundesweiter. Da die Bundesländer ihre Abschlüsse gegenseitig anerkennen, können voll ausgebildete Lehrkräfte recht einfach wechseln, in Zeiten des Mangels allemal. Als mittelgroßes Bundesland in der Mitte Deutschlands kann sich Hessen nicht von der bundesweiten Entwicklung abkoppeln.

Der ehemalige Berliner Staatssekretär *Mark Rackles* hat in einer Studie präzise aufgezeigt, dass die KMK ihrer Aufgabe, die Lehrkräfteausbildung zu koordinieren, nicht gerecht wird. Mit den Universitäten in Gießen und Frankfurt finden sich nur zwei der 25 bundesweit größten Lehrkräfteausbildenden Hochschulen in Hessen.

Ohne eine bundesweit abgestimmte Strategie reichen isolierte Ad-Hoc-Maßnahmen der einzelnen Bundesländer nicht aus. Rackles schlägt als Lösung einen Staatsvertrag zur Deckung des Lehrkräftebedarfs vor. Damit sollten sich die Bundesländer unter anderem verpflichten, ihren Bedarf solide zu prognostizieren und entsprechende Ausbildungskapazitäten vorzuhalten. (3) Das Konzept des Wettbewerbsföderalismus, in dem die Bundesländer mit-

einander konkurrieren, darf als endgültig gescheitert betrachtet werden. Eine bessere Koordination und mehr Kooperation sind zwingend erforderlich, um schnell einen Weg aus dem Lehrkräftemangel zu finden. Das gilt für die Zusammenarbeit der Bundesländer untereinander ebenso wie für ihr Verhältnis zum Bund.

Die KMK und die Bundesländer sollten in der gegenwärtigen Situation für angebotene Hilfestellungen des Bundes dankbar sein, anstatt sie empört als Einmischung in ihre Kompetenzen zurückzuweisen.

## Lorz fehlt beim Bildungsgipfel

Bundesbildungsministerin *Bettina Stark-Watzinger* (FDP) hat bislang viel zu wenig erreicht und der von ihr im März 2023 einberufene „Bildungsgipfel“ mag schlecht vorbereitet gewesen sein, die GEW sprach von einem „Bildungshügel“. Aber Kultusminister *Alexander Lorz* koordiniert immerhin die CDU-geführten Ministerien in der KMK und wäre damit einer der maßgeblichen Akteure, auf den es ankäme, um eine bundesweit abgestimmte Strategie gegen den Lehrkräftemangel aufzusetzen. Seine Nichtteilnahme am Bildungsgipfel

begründete er mit Termenschwierigkeiten angesichts der kurzfristigen Einberufung. Beispielsweise beim Digitalpakt – bei dem der Bund den Ländern fünf Milliarden Euro zuschießt – könne man durchaus zusammenarbeiten, „anderswo sollte sich eine Bundesbildungsministerin lieber nicht einmischen und uns in Ruhe arbeiten lassen.“ (4)

Wir benötigen mehr Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Wenn Kultusminister Lorz vom Bund nicht mehr als Geld will, steht er einer Auflösung der Bildungsmisere ebenso im Weg wie der bayrische Ministerpräsident *Markus Söder*. Der ist inzwischen dazu übergegangen, aktiv Lehrkräfte abzuwerben, anstatt sie in ausreichender Zahl im eigenen Bundesland auszubilden.

Roman George

(1) Roman George (2023): Mehrarbeit statt Zeit für mehr Zeit? Die Ständige Kommission der KMK auf Irrwegen, HLZ Nr. 3/4.

(2) Statistisches Bundesamt (2023): Pressemitteilung vom 13. 2. 2023, Wiesbaden.

(3) Mark Rackles (2023): Wege aus dem Lehrkräftemangel. Zukunftsvertrag Lehrkräftebildung und bundesweite Ausbildungs-offensive 2023-2032, Berlin.

(4) Interview mit Alexander Lorz am 12.3.2023, Bildung.Table.

**Tabelle 2: Zulassungsbeschränkungen an hessischen Universitäten (Wintersemester 2022/23)**

	Lehramt	Numerus Clausus
Universität Kassel	Grundschulen	2,9
	Gymnasien – Biologie	alle zugelassen
Universität Marburg	Gymnasien – Politik und Wirtschaft	2,6
	Gymnasien – Biologie	2,2
Universität Gießen	Grundschulen	alle zugelassen
	Gymnasien – Biologie	alle zugelassen
	Förderpädagogik	alle zugelassen
Universität Frankfurt	Grundschulen	2,9
	• Sport	alle zugelassen
	HR-Schulen	alle zugelassen
	• Biologie	alle zugelassen
	• Deutsch	alle zugelassen
	• PoWi	3,1
	• Sport	alle zugelassen
	Gymnasien	3,0
	• Biologie	Eignungsfeststellung
	• Deutsch	Eignungsfeststellung
• PoWi	2,0	
• Sport	Eignungsfeststellung	
	Förderpädagogik	alle zugelassen
TU Darmstadt	Gymnasien – Biologie	2,6
	Berufliche Schulen – Körperpflege	alle zugelassen

Quelle: Internetauftritte der Universitäten



Foto: HKM

# Blindflug ins Scheitern?

## GEW legt Berechnungen zur Ganztagsplatzgarantie in Hessen vor

Wer Daten zum Personal im Ganztags sucht, sucht vergebens. Entsprechende Daten zu dieser Beschäftigtengruppe an den Schulen, die Zahl der Beschäftigten, deren Qualifikation und ihr Beschäftigungsumfang, sind weder für Hessen noch für Deutschland insgesamt verfügbar, da sie von den Statistischen Ämtern nicht erhoben werden.

In Hessen liegt die Verantwortung für den Ganztags weitgehend in der Hand von Schulträgern, Vereinen und Elterninitiativen. Diese erhalten vom Land „Geld statt Stellen“: Ein bestimmter Anteil der den Schulen für den Ganztags zugewiesenen Lehrerstellen wird in Geld umgewandelt. Eine Stelle hat dabei derzeit den Wert von 48.000 Euro. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb der Kosten, die das Land bei der Beschäftigung einer Lehrkraft tatsächlich tragen müsste.

Das Ganztagsprogramm des Landes Hessen setzt sich aus den Angeboten der Profile 1 bis 3 sowie dem Pakt für den Nachmittag, der seit neuestem Pakt für den Ganztags heißt, zusammen. (1) Im Pakt für den Ganztags besteht die angesprochene Wahlmöglichkeit zwischen Geld und Stellen nicht in vollem Umfang, denn hier ist mindestens ein Viertel der Zuweisung in Geld zu nehmen. Die Geldmittel werden dann über den Schulträger verausgabt oder an Fördervereine und freie Träger weitergegeben. Wie die Tabelle zeigt,

Grundschulen im Ganztags Stellen und Stellen in Geld im Schuljahr 2022/23			
	Stellen	Stellen in Geld	
Pakt für den Ganztags	435	582	57%
Profil 1	216	180	45%
Profil 2	156	104	40%
Profil 3	32	24	43%
Gesamt	839	890	51%

Enthalten sind auch Mittel für Schulen, bei denen Grundschulen mit anderen Schulformen verbunden sind.  
Quelle: Zuweisungserlass 2022/23, Stand: 2.12.2022, eigene Berechnung

werden inzwischen mehr als 50 Prozent der im Landshaushalt verankerten Ganztagsstellen für die Grundschulen in Geld ausgeschüttet. So entsteht ein Flickwerk von Honorarverträgen: ohne Tarifbindung, in scheinselfständiger Tätigkeit, ohne Vertretung durch Personal- oder Betriebsräte. Eine Anbindung oder gar Einbindung in die pädagogischen Prozesse der Schule gibt es häufig nicht, die Fluktuation der Beschäftigten ist groß und selbst der Mindestlohn wird durch die formale Selbstständigkeit vermutlich nicht immer erreicht.

### PfdN: Evaluation zeigt Mängel

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang der im Auftrag des Hessischen Kultusministeriums erstellte Evaluationsbericht zum Pakt für den Nachmittag (PfdN). (2) Die Evaluation bestand aus verschiedenen Instrumenten (u.a. Interviews und Online-Befragung) und bezog die beteiligten Personengruppen ein (z.B. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Schulleitungen, Eltern usw.). Dabei wurden zahlreiche Kritikpunkte benannt. So wurde bemängelt, dass häufig räumliche Probleme bestünden, die Gruppen zu groß und der Lärmpegel zu hoch wären, wenn im Pakt für den Nachmittag eine Hausaufgabenbetreuung angeboten würde. Fast zwei Drittel der Schulleitungen gaben an, dass die räumlichen Ressourcen „eher bis gar nicht zu den pädagogischen Konzepten für den PfdN [Pakt für den Nachmittag, der Verfasser] passen, bei fast 43% scheint es Probleme zu geben, die personelle Ausstattung mit dem pädagogischen Konzept in Einklang zu bringen. Materielle und finanzielle Ressourcen passen bei rund einem Viertel bis zu einem Drittel nicht zu den pädagogischen Konzepten“ (3).

Auch die Schulträger beklagten im Rahmen der Evaluation fehlende finanzielle Ressourcen für die Anstellung von fachkundigem Personal. Deshalb bestehe das in der Betreuung eingesetzte Personal auch aus Personen, die keine pädagogische Ausbildung hätten und im Rahmen eines geringfü-

gigen Beschäftigungsverhältnisses arbeiteten (4). In dem Evaluationsbericht sind im Übrigen keine Daten zur Beschäftigung (Personalschlüssel, Stellenumfänge, Qualifikation) zu finden. Dies ist kein Wunder, da für Hessen – und in anderen Bundesländern sieht es in der Regel nicht besser aus – nicht bekannt ist, wie viele Personen mit welcher Qualifikation unter welchen Bedingungen im schulischen Ganztags arbeiten. Zur Beantwortung dieser Frage liegen keine Statistiken vor. Dies führt zu erheblichen Problemen, wenn Prognosen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs berechnet werden sollen.

### GEW: Datenerhebung gescheitert

Die GEW Hessen hat sich angesichts dieser Situation im Sommer 2022 dazu entschlossen, diese Datenlücke zumindest für Hessen durch eine eigene Umfrage bei den Schulträgern zu schließen, um dann auf dieser Grundlage sowie mit der für Dezember 2022 angekündigten neuen Bevölkerungsvorausberechnung eine aktuelle Prognose zum Platzbedarf angesichts des ab dem Schuljahr 2026/27 kommenden Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschulkindern, zur erforderlichen Steigerung des Personals sowie den Kosten zu erstellen.

Alle Schulträger in Hessen wurden telefonisch darum gebeten, die dann schriftlich per E-Mail zugesandten Fra-



### Blindflug ins Scheitern?

Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen ab 2026 in Hessen



gen bis Mitte bzw. Ende September zu beantworten. Die Fragen bezogen sich auf die finanziellen Ressourcen sowie auf die Anzahl und die Qualifikation des eingesetzten Personals. Der Versuch, diese Abfrage durchzuführen, muss als gescheitert angesehen werden. Aktuell (8. März 2023) liegen lediglich von 16 der 33 hessischen Schulträger Antworten vor. Manche Schulträger haben nach einer schriftlichen Erinnerung im Oktober die Beantwortung des Fragenkatalogs verbindlich zugesagt (z.B. „in der kommenden Woche“), ohne diese Zusage einzuhalten.

Aber auch jene Schulträger, die Material mit zumindest zum Teil verwertbaren Daten geschickt haben, konnten in der Regel keine Angaben zum Personal machen. So wurde häufig geantwortet, dass hierzu nichts vorläge, da die Einstellung über Fördervereine an den Schulen erfolge oder freie Träger tätig seien. Auch zu den Horten konnten meist keine Angaben gemacht werden. Lediglich eine kreisfreie Stadt und fünf Landkreise waren in der Lage, verwertbare aktuelle Informationen zum Ganztagspersonal zur Verfügung zu stellen. Wirklich detaillierte und umfassende Informationen im Sinne der gestellten Fragen zum gesamten Personal im Ganztage konnte nur der Landkreis Groß-Gerau bereitstellen.

### Was ich nicht weiß...

Insgesamt muss das Ergebnis der Abfrage im negativen Sinne überraschen. Anscheinend ist ein Großteil der Kommunen an einer Erhebung zum Ganztage in Hessen nicht interessiert, oder es fehlen in der Verwaltung die personellen Ressourcen, um die erforderlichen Daten innerhalb eines halben Jahres zusammenzutragen. Somit ist eine seriöse Beurteilung der Ganztagsprogramme unter qualitativen und quantitativen Gesichtspunkten mit Blick auf den Personalschlüssel nicht möglich, da niemand weiß, wie viele Personen in welchem Umfang und mit welcher Qualifikation im Ganztage arbeiten. Eine ähnliche Einschätzung äußert mit Blick auf Deutschland insgesamt die Bertelsmann-Stiftung:

*„Für eine faktenbasierte Steuerung der Ganztagsförderung fehlen differenzierte Daten, um die Ausgangssituation räumlich, personell und finanziell verlässlich bestimmen und dementsprechend Maßnahmen ableiten zu können.“ (5)*

Erforderlich für eine angemessene Gestaltung der bestehenden Ganztagsan-



**Ganztage: Mehr als Betreuung und Aufbewahrung** (Foto: Bert Butzke)

gebote, aber auch zur Umsetzung des Rechtsanspruchs ab dem Schuljahr 2026/27 wären Zahlen der amtlichen Statistik zum Ganztage, wie sie für den frühkindlichen Bereich vorliegen. In Hessen könnte allerdings auch das Kultusministerium dafür sorgen, dass entsprechende Zahlen erhoben werden. Ob hieran überhaupt ein Interesse besteht, darf allerdings bezweifelt werden. Denn ohne belastbare Daten zum Personaleinsatz können auch keine ernst zu nehmenden politischen Debatten über Personalschlüssel und die Qualität der hessischen Ganztagsangebote geführt werden. Die Landesregierung kann sich so – zumindest ein Stück weit – gegen Kritik immunisieren.

### Die Bedarfsberechnung der GEW

Um trotz der beschriebenen mangelhaften Datenlage den zusätzlichen Personalbedarf auf Basis der neuen Bevölkerungsvorausberechnung für Hessen abzuschätzen, hat die GEW in Anlehnung an die Methodik einer Studie des Deutschen Jugendinstituts (6) den zusätzlichen Platz- und Personalbedarf berechnet. (7) Dabei wurden allerdings verschiedene Parameter verändert, wie beispielsweise die Lohnentwicklung.

Ausgangspunkt der GEW-Bedarfsberechnung ist die Inanspruchnahme von ganztägigen Angeboten für Kinder im Grundschulalter: Rund 54 Prozent aller Grundschulalter in Hessen nehmen aktuell ein solches Angebot

wahr. Da der Bedarf aktuell bei rund 68 Prozent liegt, müssten ab dem Schuljahr 2021/22 bis 2029 zügig fast 50.000 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Steigt der Bedarf auf 75 Prozent, wären rund 67.000 zusätzliche Plätze erforderlich. Bei einem Personalschlüssel von 1 zu 10 wären 2.800 bzw. 3.900 Vollzeitstellen von Erzieherinnen und Erziehern zu besetzen. Auf die Frage, woher qualifiziertes Personal kommen soll und wer für die Kosten aufkommt – zum zusätzlichen Personal kommen auch nicht unerhebliche Baukosten –, bleibt die Landesregierung die Antwort schuldig.

Kai Eicker-Wolf

(1) vgl. Roman George, Drei Profile und ein Pakt, HLZ 7-8/2022.

(2) Natalie Fischer, Hans-Peter Kuhn (2021): Abschlussbericht der Evaluation „Pakt für den Nachmittag (PFdN)“, Kassel.

(3) ebd.: 40, Hervorhebung im Original

(4) ebd.: 42 f., vgl. auch 45 und 50.

(5) Kathrin Bock-Famulla u.a. (2022): Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule, Paderborn: 10.

(6) Thomas Rauschenbach u.a. (2021): Plätze. Personal. Finanzen. Bedarfsorientierte Vorausberechnungen für die Kindertages- und Grundschulbetreuung bis 2030. Teil 2: Ganztägige Angebote für Kinder im Grundschulalter, Dortmund.

(7) GEW Hessen (2023): Blindflug ins Scheitern? Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen ab 2026 in Hessen, Frankfurt. Download vgl. HLZ S. 28 oder unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Bildungspolitik > Schule|Themen > Ganztage

# Inklusion kann gelingen

## Vor fast 40 Jahren: Die Anfänge schulischer Inklusion in Hessen

*Am 5. Mai vergab ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen unter maßgeblicher Beteiligung der GEW Hessen den ersten Inklusionspreis in Hessen. Einen Bericht und Beispiele, wie Inklusion gelingen kann, findet man in der HLZ 6/2023. Aus Anlass der Preisvergabe blicken Birgid Oertel, Johannes Batton und Sigi Gundlach zurück auf die Anfänge schulischer Inklusion in Hessen.*

An der Martin-Buber-Schule in Gießen wurde 1985 die Elternorganisation Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen gegründet. GEW, Elternbund Hessen, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD schlossen sich zu einem Bündnis für inklusive Bildung zusammen. Alle bekundeten ihren Willen, dass - wie in anderen Ländern auch - Kinder mit und ohne Behinderungen möglichst wohnortnah gemeinsam die Schule besuchen können.

*Heidi Gattung*, damals stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen und Lehrerin an der Grundschule Süd-West in Eschborn, setzte sich in der GEW und mit dem Kollegium ihrer Schule vehement für das gemeinsame Lernen ein. Die Grundschule Süd-West, die Integrative Schule der Französisch Reformierten Gemeinde in Frankfurt und die Grundschule Königstädten in Rüsselsheim markierten den Anfang einer neuen Pädagogik, die der Vielfalt der Kinder gerecht werden will. Lehrkräfte an Sonderschulen, wie sie damals hießen, zogen mit und ließen sich an allgemeinen Schulen versetzen.

2009 ratifizierte die Bunderegierung die Behindertenrechtskonvention der UNO (UN-BRK). An vielen Schulen gehören Kinder mit Unterstützungsbedarf heute ganz selbstverständlich zur Schulgemeinde dazu, so wie es die Eltern und die Menschen um Heidi Gattung vor mehr als drei Jahrzehnten gefordert hatten. Die GEW unterstützte die politische Willensbildung politisch und mit zahlreichen Fachtagungen. Menschen wie die Journalistin *Ulrike Holler* oder der Sportjournalist *Harry Valérien* sorgten für öffentliche Aufmerksamkeit.

Der damalige Sozialminister *Karl-Heinrich Trageser* (CDU), der sich für

sein Enkelkind mit Behinderung einen Platz in der Gemeinschaft aller Kinder wünschte, trug damals dazu bei, dass sich zunächst die vorschulischen Sondereinrichtungen für Kinder ohne Behinderungen öffneten. Was war passiert? Die Zahl der Geburten war zurückgegangen, so dass auch weniger Kinder mit Behinderungen das Licht der Welt erblickten. Es dauerte nicht lange und alle hessischen Vorschuleinrichtungen waren Einrichtungen der gemeinsamen, inklusiven Erziehung. Bereits Anfang der neunziger Jahre waren vorschulische Sondereinrichtungen in Hessen als erstem Bundesland Geschichte. Kinder mit Behinderungen, so die Ansicht, brauchen Kinder ohne Behinderung - und umgekehrt.

*Helga Deppe-Wolfinger* und andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Goethe-Universität Frankfurt übernahmen die wissenschaftliche Begleitung von Integrationsprojekten und trugen dazu bei, Ängste von Eltern vor der Verschiedenheit der Kinder abzubauen. Eltern waren verunsichert: Könnten Kinder mit Behinderungen die Entwicklung der Kinder ohne Behinderungen beeinträchtigen? Und bekommen Kinder mit Beeinträchtigungen die notwendige Förderung? Keine der Befürchtungen bestätigte sich. Im Gegenteil! Kinder mit Behinderungen erhielten mehr Aufmerksamkeit und Ansprache: Die Kinder ohne Einschränkungen rasten durch die Gänge, machten Geräusche, erzählten Geschichten, „lasen“ Kindern mit schweren Behinderungen vor, auch wenn sie nicht wussten, was von ihren Erzählungen bei ihrem Gegenüber wirklich ankam. Und auch die Eltern der Kinder ohne Handicaps staunten nicht schlecht, wie gut es ihren Kindern in der Gemeinschaft aller Kinder ging, wie auch sie sozial und kognitiv wuchsen.

Schnell sprach sich das bei den Eltern herum, sie entwickelten Vertrauen in die innovativen Einrichtungen und zögerten nicht länger, ihre Kinder anzumelden. 1985 starteten die ersten integrativen Schulprojekte. Immer mehr Eltern wollten die positiven gemeinsamen Erfahrungen in der Schu-

le fortgesetzt wissen. Insbesondere Eltern von Kindern mit Down-Syndrom wollten für ihre Kinder den Platz in der Gemeinschaft. Die „Schule für praktisch Bildbare“ - so die damalige Bezeichnung - bot nach ihrer Wahrnehmung zu wenig Raum für kognitive Bildung im Bereich Lesen, Schreiben und Rechnen.

Alles das begann im Rahmen von beantragten und genehmigten Schulversuchen: in Eschborn, in Frankfurt oder in Rüsselsheim. Die politische Sorge um das Fortbestehen der Sonderschulen führte zunächst zu einem Stopp für die Genehmigung weiterer Schulversuche oder eine Übertragung in die Fläche. In Bad Sooden-Allendorf wollte man allerdings von einem solchen Stopp nichts wissen...

### Katharina und Tim

Am 11. Mai 1989 wurde im nordhessischen Bad Sooden-Allendorf (BSA) Staub aufgewirbelt. Am Morgen landete unweit der Grundschule ein Hubschrauber, an Bord der hessische Ministerpräsident *Walter Wallmann* (CDU). Er setzte sich für eine Stunde in den Unterricht einer ersten Klasse und führte anschließend ein Gespräch mit dem Rektor der Schule, den Lehrerinnen der Klasse und den Eltern der beiden Kinder Katharina und Tim. Sie galten nach gängigem Verständnis als „geistig behindert“ bzw. „lernbehindert“. Um ihre Einschulung hatte es eine monatelange Auseinandersetzung der Schulgemeinde mit der Kultusbürokratie gegeben, denn die Grundschule wollte die Kinder dem Wunsch ihrer Eltern entsprechend aufnehmen.

Kultusminister *Dr. Christean Wagner* (CDU) wollte sie in eine Sonderschule einweisen lassen. „Es geht nicht“, so lautete sinngemäß sein zentrales Argument. Dabei liefen gar nicht weit von der Landeshauptstadt in Rüsselsheim und Eschborn wissenschaftlich begleitete Schulversuche, die längst den Nachweis erbracht hatten, dass es bei zusätzlichen Personal- und Zeitressourcen „sehr gut geht“.

Eltern und Schulgemeinde gaben sich mit der Entscheidung des Ministe-



riums nicht zufrieden, sondern machten Druck für die integrative Beschulung der Kinder. Ende Juni 1988 fuhren rund 50 Unterstützerinnen und Unterstützer aus Bad Sooden-Allendorf, darunter das gesamte Kollegium, in einem Reisebus nach Wiesbaden, wo sie von der Landesarbeitsgemeinschaft *Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen* und den bildungspolitischen Sprechern der Landtagsopposition *Fritz Hertle* (Grüne) und *Hartmut Holzapfel* (SPD) empfangen wurden. Der Minister spielte dagegen auf Zeit in der Hoffnung, die Sache sei mit dem Beginn des neuen Schuljahrs „erledigt“. Doch weit gefehlt: Die Lehrerinnen der ersten Klassen der Grundschule BSA weigerten sich in den ersten Wochen des neuen Schuljahrs konsequent, mit dem regulären Unterricht zu beginnen. Solidarisch unterstützt von der Schulelternschaft erklärten sie: „Wir warten auf Katharina und Tim.“ Schließlich wurde der öffentliche Druck auf das Ministerium so groß, dass es die Einschulung der beiden Kinder drei Wochen vor den Herbstferien endlich doch genehmigen musste.

Gut ein halbes Jahr später kam Ministerpräsident Wallmann zu dem ungewöhnlichen Unterrichtsbesuch und kehrte mit einem „absolut positiven Eindruck“ zurück (Frankfurter Rundschau vom 12.5.1988), die FAZ sprach am 1.6.1988 von einem „hymnischen Erfahrungsbericht“ Deutete sich hier gar „ein Umdenken in der Frage der schulischen Integration von Geistigbehinderten“ an, wie die FR meinte? Wer dies hoffte, wurde bitter enttäuscht. Wallmann schaffte das Paradox: Änderungen des Hessischen Schulpflichtgesetzes und des Schulverwaltungsgesetzes eröffneten zwar die Möglichkeit, dass behinderte Kinder unter äußerst eng definierten Bedingungen in Regelschulen eingeschult werden können, doch gleichzeitig boten die geänderten Rechtsvorschriften den Schulbehörden überhaupt erst die rechtssichere Möglichkeit, behinderte Kinder gegen den Willen der Eltern in Sonderschulen einzuweisen.

Katharina und Tim hätten unter diesen Bedingungen keine Chance auf Aufnahme in die Regelschule gehabt. Der kürzlich verstorbene spätere Kultusminister Hartmut Holzapfel höhnte denn auch, Wallmann sei wie „weiland Bagdads Kalif Harun al-Raschid überraschend zum Volk herabgestiegen“, habe vor Ort einen „Show-Auftritt“ inszeniert und dann als Abgeord-



Wiesbaden,  
29. Juni 1988

*Eltern und Lehrkräfte aus Bad Sooden-Allendorf demonstrieren vor dem Kultusministerium dafür, dass Katharina und Tim die Grundschule besuchen dürfen. (Foto: privat)*

neter einem Gesetzentwurf zugestimmt, der „den angeblichen Einsichten des Ministerpräsidenten“ diametral widersprach (SPD-Schulinfo 3/1989).

Zwei Jahr später, im Januar 1991, wurde die CDU-FDP-Koalition durch eine Koalition von SPD und Grünen abgelöst, die ihr Wahlkampfversprechen wahr machte und mit einem ihrer ersten Gesetzesvorhaben den „Gemeinsamen Unterricht“ (GU) behinderter und nicht behinderter Kinder begründete und hierfür in den ersten vier Jahren je 100 Stellen für Sonderschullehrkräfte in Grundschulen bereitstellte.

### Und was ist daraus geworden?

Seitdem sind über 30 Jahre vergangen. Die weitere Entwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Hessen können wir hier nicht differenziert nachzeichnen, doch schmerzt der Blick auf die heutige Situation gerade die Menschen, die die ersten Schulversuche und die Anfänge des GU erlebt haben. Fast 15 Jahre nach der Ratifizierung der UN-BRK fehlt es in Hessen an Förderschullehrkräften und Lehrkräften für Inklusion, an sozialpädagogischen Fachkräften für die Unterstützung der Regelschullehrkräfte im Unterricht und an Zeit für Kooperation und Teamteaching. Das Land Hessen missachtet sogar die eigenen - übrigens völlig unzureichenden - Vorgaben der „Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen“ (VOSB). Durch die Entscheidung, ausgerechnet die an den Förderschulen angesiedelten Beratungs- und Förder-

zentren (BFZ) mit der Steuerung und Umsetzung der Inklusion zu betrauen, fließen zu viele Mittel in den Erhalt von Doppelstrukturen. Noch immer ist die Hälfte der Förderschullehrkräfte im Unterricht der Förderschulen eingesetzt. Weiterhin fließen Personalressourcen in die Verwaltung der Inklusiven Schulbündnisse (ISB), die Standorte festlegen und Ressourcen verteilen. Hätte jede Schule die sonderpädagogische Grundausstattung, wie sie die GEW für gelingende Inklusion fordert, bräuchte es die ISB nicht und auch nicht die vielen diagnostischen Maßnahmen, für die die Förderschullehrkräfte viel Zeit benötigen, die im Unterricht besser eingesetzt wäre.

Katharina und Tim, „unsere damaligen Kinder“, würden im Jahre 2023, so ist 15 Jahre nach Ratifizierung der UN-BRK zu vermuten, nicht an ihrer Grundschule unterrichtet, sondern an einer Förderschule.

### Birgid Oertel (Teil 1), Johannes Batton und Sigi Gundlach (Teil 2)

*Birgid Oertel* war Gründungsmitglied der Elterninitiative *Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen* und von 1991 bis 2017 im Hessischen Kultusministerium u.a. für den Gemeinsamen Unterricht zuständig. Sie ist ehrenamtliches Mitglied im Vorstand des Elternbundes Hessen.

*Johannes Batton* und *Sigi Gundlach* arbeiteten als Förderschullehrer bzw. als Grundschullehrerin mehr als 20 Jahre im Gemeinsamen Unterricht an der Grundschule Bad Sooden-Allendorf.

*Zum Nachlesen: Johannes Batton und Sigi Gundlach: Katharina und Tim. Zwei behinderte Kinder, der Kampf um ihre schulische Integration und die Folgen. skript-Verlag 1990*





## Vor 90 Jahren

### Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933

In diesem Jahr jährt sich die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung durch die Nationalsozialisten zum 90. Mal. Aus diesem Anlass zeigt der DGB Hessen-Thüringen die von der Hans-Böckler-Stiftung konzipierte Ausstellung „... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir“ über den Nationalsozialismus und die freien Gewerkschaften im Mai 1933 (1). Die Ausstellung bereitet ein dunkles Kapitel deutscher Gewerkschaftsgeschichte auf, denn nicht nur die bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände entwickelten sich am Ende der Weimarer Republik zu Steigbügelhaltern der Nationalsozialisten, auch führende Gewerkschaftsvertreter glaubten anfänglich, mit dem NS-Regime kooperieren zu können. Die Ereignisse, die letztlich zur Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 führten, haben sich tief in die deutsche Gewerkschaftsgeschichte eingeschrieben und mahnen, sich stets des Auftrages zu vergewissern, für die Erhaltung der Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte zu kämpfen.

Die Ausstellung besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird in groben Zügen die Ereignisgeschichte rekonstruiert und durch Bild- und Textquellen illustriert. Den Schwerpunkt bildet die erste Hälfte des Jahres 1933: Auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler

und die Übertragung der politischen Macht an die NSDAP und ihren Koalitionspartner DNVP am 30. Januar 1933 reagierte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), der größte Verband der damals in Richtungsgewerkschaften gespaltenen Gewerkschaftsbewegung, mit einem Appell an Ruhe und Besonnenheit. „Organisation – nicht Demonstration“ sei „die Parole der Stunde“, mahnte der erste Vorsitzende des ADGB *Theodor Leipart*: Keine spontanen Aktionen, kein Aufruf zum Generalstreik, der noch im März 1920 zum frühen Ende des Lüttwitz-Kapp-Putsches geführt hatte. Stattdessen dienten sich die freien Gewerkschaften den neuen Machthabern an, erklärten ihre politische Neutralität und versuchten, ihre Organisation in das neue System hinüberzuretten, indem ihre Funktionäre unter anderem Verhandlungen mit der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation zur Zusammenlegung aufnahmen und empfahlen, die Gewerkschaften einem Reichskommissar zu unterstellen.

Diese nahezu selbstzerstörerische Anpassung an die neuen Verhältnisse geschah, als der Terror des NS-Regimes bereits eine beispiellose Dynamik entfaltet hatte, die viele politische Gegner, Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der KPD, in die Gefängnisse, die Folterkeller der SA oder die „wilden“ Konzentrationslager gebracht hatte. Die freien Gewerkschaften hielten an ihrer Politik des „kühlen Blutes“ auch dann noch fest, als es zu tätlichen Angriffen auf Gewerkschaftseinrichtungen kam und mit dem sogenannten „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933 die letzten Reste der Weimarer Demokratie beseitigt wurden. Ihren Höhepunkt erfuhr die Anpassungspolitik der Gewerkschaften, als sie ihre Mitglieder zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 1. Mai 1933 aufriefen, der von den Nationalsozialisten als „Tag der nationalen Arbeit“ zum gesetzlichen Feiertag erklärt und als Propagandaschauspiel erster Güte inszeniert wurde. Zentrum aller Feiern zum 1. Mai 1933 war Berlin, wo Hitler in der zentralen Rede das Ende des Klassenkampfes verkündete

und die „Volksgemeinschaft“ beschwor. Mit der Einrichtung eines Feiertages am 1. Mai setzten die neuen Machthaber eine jahrzehntelang erhobene Forderung der Arbeiterbewegung um. Der 1. Mai, den die Sozialistische Internationale im Jahr 1889 zum „Kampftag der Arbeit“ erklärt hatte, wurde nun von den Nationalsozialisten im Sinne der Volksgemeinschaftsideologie umgedeutet. Ab 1934 wurde er als „Nationaler Feiertag des deutschen Volkes“ ohne jeglichen Bezug zur Arbeit und zur Arbeiterbewegung begangen. Fortan nahm der 1. Mai unter den nationalsozialistischen Feiertagen mit inszenierten Massenveranstaltungen eine besondere Stellung ein. Der Usurpation des Kampftages der Arbeiterbewegung folgte dann ihre vollständige politische Entmachtung und Zerschlagung.

#### Selbsterstörerische Anpassung

Die Bereitschaft der Gewerkschaftsbewegung zur Anpassung beantwortete das NS-Regime am 2. Mai 1933 mit der Besetzung sämtlicher Häuser des ADGB und der Einzelgewerkschaften durch SA-Rollkommandos sowie der Beschlagnahmung des gesamten Gewerkschaftsvermögens. Die Vorsitzenden des ADGB, der Einzelgewerkschaften sowie Funktionäre der Gewerkschaftsorganisationen wurden in „Schutzhaft“ genommen. Einige wurden nach Tagen wieder entlassen, andere für Jahre in Konzentrationslagern eingesperrt. Die Aktionen im gesamten Reich waren durch das nationalsozialistische „Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit“ unter der Leitung von *Robert Ley*, dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, minutiös vorbereitet worden, denn man hatte erkannt, dass nur die vollständige Zerschlagung aller Organisationseinheiten der Arbeiterbewegung die neue politische Herrschaft langfristig sichern konnte. Dies war spätestens bei den Betriebsratswahlen im März und April 1933 deutlich geworden, bei denen sich die NSBO nicht behaupten konnten, denn die NSDAP besaß innerhalb der städtischen Industriearbeiterschaft kaum Rückhalt und die Bindekraft der freien Gewerk-



Die Ausstellung des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung ist noch bis zum 30. Mai im DGB-Haus in Frankfurt zu sehen (W.-Leuschner-Str. 69-77). Download: <https://bit.ly/3JUKGSv>

schaften war nicht gebrochen. Deshalb musste Ley am 2. Mai Folgendes verkünden:

„Wir treten heute in den zweiten Abschnitt der nationalsozialistischen Revolution ein. (...) Gewiss, wir haben die Macht, aber wir haben noch nicht das ganze Volk, dich, Arbeiter, haben wir noch nicht hundertprozentig, und gerade dich wollen wir, wir lassen dich nicht, bis du in aufrichtiger Erkenntnis restlos zu uns stehst.“ (2)

Am 3. Mai wurden die übrigen Richtungsgewerkschaften „gleichgeschaltet“, wie es im NS-Jargon hieß. Damit war das Ende der deutschen Gewerkschaftsbewegung besiegelt. Als Nachfolgeorganisation wurde noch im Mai 1933 die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) gegründet, die das Vermögen und die sozialen und genossenschaftlichen Einrichtungen der zerschlagenen Gewerkschaften übernahm. Ziel der DAF war die „Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft der Deutschen, die dem Klassenkampfgedanken abgeschworen hat“.

Bis 1940 wuchs die Zahl ihrer Mitglieder auf über 25 Millionen an und damit war die DAF die größte Massenorganisation der Welt. Durch ihre Aktivitäten ermöglichte sie es, die arbeitende Bevölkerung mit Urlaubsreisen, Betriebssport oder „Kraft durch Freude“ vollständig zu erfassen und zu indoktrinieren. Mit dem „Gesetz zur nationalen Ordnung“ (1934) wurde das Führerprinzip in den Betrieben umgesetzt, die Belegschaften wurden fortan als „Gefolgschaften“ bezeichnet und die betriebliche Mitbestimmung abgeschafft. Die Vertreter der Arbeiterbewegung verharrten in der Folgezeit „zwischen Widerstand und Wartestand“, wie es in der Ausstellung heißt, sofern sie nicht ins Exil gingen oder in den Gefängnissen und Konzentrationslagern landeten.

Der zweite Teil der Ausstellung widmet sich der Frage, wie es zur Zerschlagung der Gewerkschaften kommen konnte und weshalb die gemeinsame Gegenwehr der Arbeiterbewegung ausblieb, die 13 Jahre zuvor den Lüttwitz-Kapp-Putsch erfolgreich beenden konnte. Weshalb leistete die Arbeiterbewegung keinen Widerstand und ließ zu, dass mit der Zerstörung ihrer Organisationen zugleich die Demokratie zerstört wurde? Auf diese Fragen formuliert die Ausstellung vier Erklärungsansätze, die auch die wissenschaftliche und politische Diskussion widerspiegeln:



Diese Meldung erschien auf Seite 1 der Morgenausgabe des Wetzlarer Anzeigers vom 2. Mai 1933. Offensichtlich wusste die gleichgeschaltete Presse schon vorab von der reichsweiten Aktion. (Quelle: <https://wetzlar-erinnert.de/gedenken/gedenktafeln/dmv-haus/>)

- Der erste Erklärungsansatz verweist auf die Spaltung der Arbeiterbewegung bzw. das „politische Gegeneinander von KPD und SPD“, das hier allerdings deutlich verkürzt auf die unterschiedlichen Haltungen gegenüber der parlamentarischen Demokratie dargestellt wird. Illustriert wird dieser Erklärungsansatz mit einem KPD-Plakat, auf dem die ADGB-Führung als „Gewerkschaftsbonzen“ dargestellt wird, die „Arbeiterverrat“ begehen würden. Dass die „Aktionseinheit“ oder die „Einheitsfront“ der Arbeiterbewegung 1933 trotz aller Appelle letztlich nicht zustande kam, hat tiefer liegende Ursachen, die in den jahrelangen Konflikten der Arbeiterparteien und der Unvereinbarkeit ihrer Ziele zu suchen sind. In der Ausstellung erfährt man dazu leider wenig.

- Der zweite Erklärungsansatz fokussiert auf den Ausbau des Terrorapparates, der parallel zur Beseitigung der Demokratie erfolgte. Die neuen Machthaber gingen mit unvorstellbarer Brutalität und Entschlossenheit gegen ihre politischen Gegner vor, wodurch es ihnen gelang, die bereits vorhandenen Bruchlinien innerhalb der Arbeiterbewegung zu verstärken und die einzelnen Organisationen nach und nach zu zerschlagen.

- Die Rolle der deutschen Großindustrie beim Aufstieg der Nationalsozialisten und der Zerschlagung der Weimarer Demokratie ist der dritte Erklärungsansatz. Zur Unterstützung Hitlers und der NSDAP seitens der Industrie kam es vor allem deshalb, weil man sich die Schwächung der Arbeiterbewegung erhoffte. Dabei legt die Ausstellung Wert darauf, herauszustellen, dass insbesondere Teile der Exportindustrie einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten mit Skepsis begegneten.

- Der vierte Erklärungsansatz sind schließlich die sozioökonomischen Verhältnisse am Ende der Weimarer Republik. Die Verelendung weiter Teile der Bevölkerung aufgrund der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und mangelnden staatlichen Unterstützung auf der einen Seite und die von den Nationalsozialisten in Aussicht gestellten Arbeitsbeschaffungsprogramme auf der anderen Seite trugen zur Akzeptanz der neuen politischen Verhältnisse bei.

All diese Erklärungsansätze müssen in der Ausstellung drastisch verkürzt werden. Trotz der Schwierigkeiten, seitens der Arbeiterbewegung eine angemessene Gegenwehr zu organisieren, hätte man sich konkretere Hinweise auf ihre Versäumnisse gewünscht. Die Ausstellung endet mit dem Zitat einer Rede Hans Böcklers zur Neugründung der Gewerkschaften im August 1945:

„Geist und Hände müssen so kräftig wie nur immer möglich geregt werden, um die Schuld zu tilgen, die auch unsere Schuld sein mag.“

„Schuld“ am Aufstieg des Nationalsozialismus mag man der Arbeiterbewegung nicht zuweisen. Aber auch wenn von ihren Versäumnissen oder Fehleinschätzungen zu wenig die Rede ist, ist ein Besuch der Ausstellung zu empfehlen, weil es gelungen ist, die komplexe Ereignisgeschichte gut zu strukturieren und mit beeindruckendem Quellenmaterial anschaulich zu illustrieren.

Dr. Martina Tschirner

Die Autorin ist Akademische Oberärztin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt, Arbeitsbereich Didaktik der Sozialwissenschaften

(1) Download der Begleitbroschüre: <https://bit.ly/3JUKGSv>

(2) Michael Schneider (1999): Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933-1939, Bonn, S.102

# Streikrecht für verbeamtete Lehrkräfte?

## Anhörung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Sonnig und kalt ist es am Morgen des 1. März 2023 in Straßburg. Vor dem eher unscheinbaren Gebäude des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Sichtweite des ungleich imposanteren Sitzes des Europäischen Parlaments stehen mehrere große Gruppen, die darauf warten, durch die Sicherheitskontrollen geschleust zu werden. Zu ihnen gehört die Delegation der GEW und des DGB mit drei Lehrkräften aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, deren Beschwerden gegen das Streikverbot für Beamt:innen in Deutschland heute vor dem EGMR verhandelt werden. Der große Saal und der Presseraum sind bis auf den letzten Platz besetzt. Dass eine Menschenrechtsbeschwerde gegen die Bundesrepublik vor der Großen Kammer verhandelt wird und eine mündliche Anhörung durch die 17 Richter:innen des EGMR stattfindet, ist eher unüblich und verweist auf die große Bedeutung, die das Gericht den Beschwerden zumisst.

Nach dem schriftlichen Austausch der Argumente der beiden Seiten bietet die mündliche Anhörung die Möglichkeit, in jeweils 30 Minuten die

wichtigsten Argumente vorzubringen und im Anschluss letzte Fragen der Richter:innen zu beantworten, bevor diese ihr Urteil fällen. Kommen sie zu dem Ergebnis, dass die Europäische Menschenrechtskonvention durch das Streikverbot nicht verletzt wird, ist der Rechtsweg beendet. Im anderen Fall steht der Weg offen für eine gänzlich neue Regelung des Verhältnisses verbeamteter Beschäftigter.

Die beklagte Seite, die Bundesrepublik, wird durch *Professor Christian Walter* vertreten. Er betont, dass verbeamtete Lehrkräfte in vielfältiger Weise Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen könnten, eben nur nicht durch einen Streik. Dachorganisationen wie der DGB hätten die Möglichkeit, den Landesregierungen ihre Standpunkte im Rahmen von Anhörungen vorzubringen, auch im Gesetzgebungsverfahren sei es den Gewerkschaften möglich, Eingaben zu machen. Dass die Landesregierungen diese Eingaben in aller Regel ignorieren, erwähnt er nicht. Kern seiner Argumentation ist die Attraktivität des Beamtenstatus. Auch Lehrkräfte könnten sich entscheiden, ob sie verbeamtet werden wollen, wobei sich

die Mehrheit aufgrund der vielen Vorteile für den Beamtenstatus entscheide, wohl wissend, dass sie dann nicht streiken dürften. Die Forderung nach einem Streikrecht bezeichnet er als „cherry-picking“, was aus der Verhandlungssprache Englisch mit „Rosinenpicken“ übersetzt werden kann. Am Ende seines Plädoyers steht die Aussage, dass die Gewährung des Streikrechts niemandem nütze, weder den Lehrkräften noch den Eltern oder Schüler:innen.

*Rudolf Buschmann* vom *Centrum für Revision und Europäisches Recht der DGB Rechtsschutz GmbH* vertritt die Seite der Beschwerdeführer und verweist auf die Diskriminierung der verbeamteten Lehrkräfte gegenüber den streikfähigen Arbeitnehmer:innen, die dieselben Aufgaben erledigen. Den von Professor Walter hervorgehobenen Vorteilen des Beamtenstatus stellt er die Disziplinarmaßnahmen entgegen, die mit der Teilnahme an einem Streik verbunden sind. Da das Streikverbot für Beamt:innen nur im Saarland und in Rheinland-Pfalz gesetzlich normiert sei, könne vom allgemeinen Koalitionsrecht der Europäischen Menschenrechtskonvention keine Ausnahme gemacht wer-

## Streikrecht für Beamtinnen und Beamte: Was treibt die GEW eigentlich um?

Beamt:innen dürfen nach der Auffassung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Gerichte in Deutschland nicht streiken. Die GEW will das ändern und damit das Beamtenrecht modernisieren, um die Position der verbeamteten Lehrkräfte zu stärken und den Widerspruch zwischen internationalem Recht, das auch Deutschland bindet, und dem von der deutschen Rechtsprechung fortgeschriebenen tradierten Streikverbot für Beamt:innen aufzulösen. Die GEW fordert ein demokratisches Mitspracherecht aller Beschäftigten, ohne dass sie den Beamtenstatus als solchen in Frage stellt.

Oft werden wir gefragt, ob mit einem Streikrecht auch das Berufsbeamtentum für Lehrkräfte fällt. Nein! Der Beamtenstatus ist bei vielen Menschen gefragt, obwohl die Verhandlungsrechte eingeschränkt sind und viele Vorteile des Beamtenstatus gekippt wurden: Die Arbeitszeit hat sich erhöht, die Besoldung wurde von den durch Streiks der Angestellten erkämpften Tarifierhöhungen abgekoppelt, in vielen Ländern wurde das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen. Gerade weil Beamtinnen und Beamte sich nicht gegen das einseitige Diktat der Landesregierungen zur Wehr

setzen können, verschlechterten sich ihre Arbeitsbedingungen. Erst mit dem Recht auf Streik werden verbeamtete Lehrkräfte ihre Interessen stärker und besser vertreten können.

Das „besondere gegenseitige Dienst- und Treueverhältnis“ wird seit Jahren durch die öffentlichen Arbeitgeber ausgehöhlt: Beamt:innen arbeiten in börsennotierten Unternehmen, hoheitliche Aufgaben werden von privaten Sicherheitsfirmen erledigt, in Verwaltungen und Schulen machen im Arbeitsverhältnis beschäftigte und verbeamtete Kolleginnen und Kollegen die gleiche Arbeit. Die Arbeitgeber spalten die Belegschaft in Beamt:innen, die nicht streiken dürfen, und Arbeitnehmer:innen, für die das Streikrecht garantiert ist. Das schürt Missgunst zwischen den Beschäftigten und schwächt deren Durchsetzungskraft.

Die GEW macht sich dafür stark, die Spaltung zwischen Arbeitnehmer:innen und Beamt:innen aufzuheben, damit beide Beschäftigtengruppen ihre Interessen mit dem Mittel des Streiks durchsetzen können.

Und vor allem: In Frankreich, Spanien und vielen Ländern werden Lehrkräfte verbeamtet, ohne dass ihnen dadurch das Streikrecht vorenthalten wird.



den. Die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“, die immer wieder zur Rechtfertigung für ein Streikverbot herangezogen werden, stammen aus der preußischen Feudalordnung und ließen sich bis auf das Jahr 1794 zurückverfolgen. Buschmann verwies auf bisherige Entscheidungen des EGMR, wonach ein Streikverbot für Beamt:innen nicht pauschal, sondern nur aufgabenbezogen gelten könne. Da Lehrkräfte keine hoheitlichen Aufgaben erledigen, könne ihnen nicht pauschal das Streikrecht verwehrt werden.

Die Nachfragen der Richterinnen und Richter zielen besonders auf den Unterschied von Beamt:innen und Arbeitnehmer:innen. So will das Gericht wissen, ob eine Mindestzahl verbeamteter Lehrkräfte an Schulen festgelegt sei und ob es Lehrkräften möglich ist, ihren Status zu wechseln.

Professor Walter weist danach erneut auf die vor allem finanziellen Vorteile des Beamtenstatus hin, weshalb sich nur wenige für ein Angestelltenverhältnis entscheiden. Rudolf Buschmann bestreitet die freie Wahlmöglichkeit, da der Status einer Lehrkraft in der Regel durch die jeweiligen Landesgesetze festgelegt werde. Das gilt übrigens auch für Hessen, wo Lehrkräfte „in der Regel in das Beamtenverhältnis zu berufen“ sind (§ 86 Absatz 1 Hessisches Schulgesetz). Der Wechsel vom Beamtenstatus in ein Arbeitnehmerverhältnis bedeute den Verlust des Anrechtes auf den Arbeitsplatz und eine Rückkehr so-



Eberhard Grabs (1.v.l.) und Kerstin Wienrank (1.v.r.) kommen aus Niedersachsen, Monika Dahl (3.v.l) aus NRW. Die Klägerin Rudolf Buschmann vor (2.v.l.).

Foto: Daniel Merbitz | GEW



Foto: CherryX  
CC BY-SA 3.0

wie den Verlust erworbener Pensionsansprüche. Selbst wenn es eine Wahlfreiheit gäbe, könne das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit und dessen Kern, das Streikrecht, den Beamt:innen nicht „abgekauft“ werden, sofern diese keine hoheitlichen Aufgaben erledigen. Es gehe hierbei auch nicht nur um Lehrkräfte, sondern um die Verweigerung eines Menschenrechts für alle Beamt:innen. Schließlich gehe es bei den Arbeitsbedingungen nicht nur um die Einkommen, sondern auch um die Arbeitszeit und andere Faktoren. Diese können nur durch die beteiligten Seiten ausgehandelt werden, wobei das Streikrecht zur Beschleunigung von Verhandlungen unverzichtbar sei: Ohne Streikrecht seien Verhandlungen hierüber kollektives Betteln.

Höhepunkt der Anhörung ist Buschmanns Antwort auf die von Professor Walter aufgeworfene Frage nach dem Gewinner eines Streikrechts. Es seien die Menschenrechte, die in diesem Fall gewannen. Jetzt ist es still im großen Saal, zum ersten Mal sehen alle Richter:innen von ihren Papieren auf und richten ihren Blick auf den Vertreter der Beschwerdeführer:innen.

Ob das Menschenrecht tatsächlich als Gewinnerin hervorgehen wird, bleibt ungewiss. Anders als gehofft lässt der Verlauf der Verhandlung keinen eindeutigen Rückschluss auf ein mögliches Urteil zu – außer dass das Gericht sich eine Entscheidung nicht leicht machen und sich Zeit lassen wird. Ob es noch in diesem Jahr zur Verkündung des Urteils kommt, wird man abwarten müssen. Daher müssen sich auch die hessischen Lehrkräfte, die seit 2016 auf die Einstellung der Disziplinarverfahren warten, noch etwas gedulden.

### Wie geht es jetzt weiter?

Sollte der EGMR feststellen, dass das Streikverbot für Beamt:innen in der Bundesrepublik Deutschland die Europäische Menschenrechtskonvention nicht verletzt, ist der juristische Weg beendet. Der seit 50 Jahren als Beschlusslage der GEW bestehende politische Auftrag hat sich damit allerdings nicht erledigt. Sollte sich der EGMR jedoch für ein Beamtenstreikrecht aussprechen, wirkt sich dies unmittelbar auf die Rechtslage in der Bundesrepublik aus. Die Urteile des EGMR sind endgültig und entwickeln daher unmittelbar formelle Rechtskraft sowie für die Bundesrepublik auch materielle Rechtskraft, da Beschwerdegegner die Bundesrepublik Deutschland ist. Aufgabe wird hier immer sein, die Grundrechte in einen zeitgemäßen Einklang mit dem Völkerrecht zu bringen.

Das Urteil muss in die Urteilsfindung der Gerichte aller Instanzen auf dem Gebiet der Bundesrepublik einfließen. Für das in Hessen noch anhängige Verfahren gegen einen Verweis in Folge der Teilnahme am Beamtenstreik 2015 würde das bedeuten, dass bei der Urteilsfindung die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und die des EGMR abgewogen werden und ins Urteil einfließen müssen. Im besten Fall wird das Schulamt verpflichtet, den Verweis aufzuheben.

Sollte den Beamt:innen das Streikrecht verwehrt bleiben, wird sich die GEW Hessen weiter dafür einsetzen, dass alle „ruhenden“ Disziplinarverfahren in Folge des Beamtenstreiks 2015 endlich eingestellt werden.

**Thilo Hartmann**, Landesvorsitzender  
**Kathrin Kummer** und **Jens Zeiler**, Landesrechtsstelle der GEW Hessen

## Wir gratulieren im Mai...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Veronika Ackva, Idstein  
Erhard Buch, Wiesbaden  
Anita Engel, Wiesbaden  
Dorothea Grebe, Sontra  
Hüseyin Güzel, Bad Homburg  
Elke Hofmann, Homberg  
Josef Koch, Frankfurt  
Petra Kortmann, Langen  
Ulrike Lautenschläger, Weilburg  
Inge Leis, Marburg  
Angelika Lerch, Erbach  
Claudia Madjidian, Darmstadt  
Gisela Purbst, Griesheim  
Monika Schulz, Gelnhausen  
Alfons Siebert, Wangen  
Monika Strauch, Hattersheim  
Dorothee Walz, Gießen  
Wolfgang Weber, Hünstetten  
Ulrike Wurzer-Greven,  
Bad Homburg

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Peter Best, Berlin  
Hannelore Borkholder-Lehn,  
Riedstadt  
Hans-Jürgen Boxheimer, Frankfurt  
Helga Frieß, Offenbach  
Brigitte Görg-Kramß, Marburg  
Thomas Klaffke, Bammmental  
Jürgen Klausenitzer, Frankfurt  
Armin Lothwesen, Linden  
Ursula Meissner-Wischek, Langgöns  
Hans-Peter Rust, Pohlheim  
Gabriele Stursberg, Darmstadt  
Udo Tiefensee, Schlüchtern  
Inge Vey, Schlüchtern  
Edith Wolf, Frankfurt

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Ulrich Hans Herrmann Becker,  
Hofheim  
Rolf Heiliger, Riedstadt  
Hans-Günter Holzschuh,  
Heusenstamm  
Ingrid Nickel, Wächtersbach  
Karola Port, Mühlthal  
Udo Pürzer, Friedberg  
Hans-Karl Schäfer, Wildeck  
Christa Schwedes, Münzenberg  
Dr. Mechthild von Lutzau, Kassel

### ... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Prof. Dr. Herbert Wassmann, Homberg  
Rudolf Stelz, Gießen  
Ulrich Restat, Kassel  
Hans-Joachim Ochmann, Eschenburg



### Ruth Storn: Abschied aus dem Kreisvorstand der GEW Offenbach-Land

Nach 20 Jahren verabschiedete sich *Ruth Storn* (Foto: Mitte) aus der aktiven Kreisvorstandsarbeit der GEW Offenbach-Land. Am 8. März übergab sie nach der letzten Leitung einer Mitgliederversammlung das Staffelholz an die neuen Kreisvorsitzenden *Kirsten Schultheis-Schauer* (Foto: links) und *Alexander Pohlitz* (rechts). Bei der großen Abschiedsfeier wurde Ruth zur Ehrenvorsitzenden des Kreisverbands ernannt. Weit über ihre Pensionierung hinaus beteiligte sie sich an allen Gewerkschaftsaktionen, organisierte die Kreisvorstandssitzungen, vertrat die Inhalte des Kreisverbands in der Öffentlichkeit, stand den jungen Kolleginnen und Kollegen in Grundsatzfragen der hessischen Schulpolitik beratend zur Seite.

Der GEW-Landesvorsitzende *Thilo Hartmann*, der gemeinsam mit Ruth Vorsitzender des Kreisverbands war, erinnerte daran, dass er in den Anfängen seiner gewerkschaftlichen Arbeit viel von Ruths Ruhe, Sachlichkeit und Kontinuität gelernt hat.

Auch der ehemalige Landesvorsitzende *Jochen Nagel* lobte ihre absolute Loyalität, ihre wertvolle Arbeit im Hintergrund, aber auch ihren kritischen Blick auf ihre Gewerkschaft. So habe sie den Weg des GEW-Bildungswerks als Revisorin kritisch und prüfend begleitet.

Der Kreisvorstand bedankte sich bei seiner langjährigen Vorsitzenden mit einem Reisegutschein für ein gewerkschaftsgefördertes Ferienzentrum auf Sylt. Ihre Nachfolgerin *Kirsten Schultheis-Schauer* überreichte Ruth gemeinsam mit *Alexander Pohlitz* die Urkunde für den Ehrenvorsitz.

**Danke für alles, liebe Ruth!**  
für den GEW-Kreisvorstand  
*Kirsten Schultheis-Schauer*  
und *Alexander Pohlitz*

### GEW Kreisverband Melsungen – Fritzlar – Homberg: Ehrung für Fritz Strack

Auf einer Kreismitgliederversammlung ehrte *Bodo Hofmann-Thomschewski*, der Sprecher des GEW-Kreisverbands Melsungen-Fritzlar-Homberg, den ehemaligen Schulleiter der Gesamtschule Melsungen *Fritz Strack* für 60-jährige Mitgliedschaft in der GEW.

Im Beisein der Landesvorsitzenden *Heike Ackermann* und *Thilo Hartmann* ließ Hofmann-Thomschewski in einer berührenden Ansprache die Aktivitäten und Stationen Stracks in der GEW noch einmal Revue passieren, der den Kreisverband Melsungen als aktiver und engagierter GEW-Kollege in all den Jahren sehr lebendig gehalten habe. Auch in den 20 Jahren als Schulleiter der Gesamtschule Melsungen habe Strack alle Möglichkeiten genutzt, sich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen und der Schülerinnen und Schüler in der Schule einzusetzen. Er war lange Jahre Vorsitzender des Ortsvereins Felsberg der GEW und viele Jahre mit im Vorstandsteam auf Kreisverbandsebene. Er nahm an vielen Kundgebungen und GEW-Veranstaltungen teil und war als „Gewerkschafter aus Überzeugung“ für jüngere Kolleginnen und Kollegen ein ständiges Vorbild.

Nach der Auflösung des Kreisverbands Homberg stimmte die Kreismitgliederversammlung zudem dem Antrag zu, dass dieser in dem gemeinsamen Kreisverband Melsungen-Fritzlar-Homberg aufgeht.



*Bodo Hofmann-Thomschewski* überreicht die Ehrenurkunde an *Fritz Strack* (links).



## Die GEW trauert um Elmar Diegelmann 1936 – 2023

Elmar Diegelmann ist am 10. März 2023 im Alter von 86 Jahren gestorben. Er war 55 Jahre treues Mitglied der GEW. Auch über seine Dienstzeit im Hessischen Kultusministerium hinaus war er so lange ehrenamtlich für die hessischen Schulen tätig, wie es seine Kraft erlaubte. Sein Lebensziel, Schule gerechter zu gestalten, hat ihn bis zu seinem Tod nie losgelassen. Im Kultusministerium war Elmar Diegelmann ein Kollege und Berater auf Augenhöhe. Als Personalratsmitglied und weitsichtiger Zuhörer genoss er das Vertrauen der Kollegen und Kolleginnen. Bei der Entwicklung neuer Konzepte orientierte er sich in seinen Zuständigkeiten für die Förderstufe, die Hauptschule und die Schulprogrammarbeit immer an den Schwächsten. Auch bei der Lehrkräftezuweisung mischte er sich empathisch ein und vernetzte die einzelnen Fachbereiche. Er regte Diskussionen an und bewegte Kolleginnen und Kollegen, ihre pädagogischen Ideen aufzuschreiben und unter anderem in der Zeitung „Schulverwaltung“ zu veröffentlichen. Seine wissenschaftliche Expertise war beeindruckend. 2013 war er federführend an der Einführung eines Sozialindex beteiligt, um Schulen in sozial schwieriger Lage mit zusätzlichem Personal auszustatten. „Um ein Kind aufzuziehen, braucht es ein ganzes Dorf.“ Dieses bekannte afrikanische Sprichwort hat er gelebt, indem er alle an Bildung Beteiligten immer wieder ins Boot genommen hat. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lernbegleiterinnen und Wissenschaftler machten für ihn Schulgemeinschaft aus.

## 1. Mai: Ungebrochen solidarisch

Unter dem Motto „Ungebrochen solidarisch“ riefen die Gewerkschaften am 1. Mai 2023 zu Kundgebungen und Demonstrationen auf: „Gemeinsam setzen wir am Tag der Arbeit ein sichtbares Zeichen für eine gerechte und friedliche Zukunft, für einen starken Sozialstaat und eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge.“

Für die GEW sprach der Landesvorsitzende *Thilo Hartmann* bei der DGB-Kundgebung in Wiesbaden. Die stellvertretenden Vorsitzenden *Heike Ackermann* und *Simone Claar* sprachen in Treysa und Limburg.



### Jugendliteratur und Medien

*Angelika Schmitt-Röber, Dr. Karin Rinn, Ingmarie Flimm* und *Maren Bonacker* (auf dem Foto von links): Das ist das neue Leitungsteam der GEW-Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) in Hessen. Bei ihrem Treffen in der Phantastischen Bibliothek in Wetzlar dankten sie der bisherigen Leiterin *Hanne Verloh* für ihre langjährige Arbeit und ihr großes Engagement für die Kinder- und Jugendliteratur. Die AJuM-Datenbank bietet Anregungen für Bilder-, Kinder-, Jugendbücher für alle Altersgruppen. Die AJuM Hessen freut sich auf weitere pädagogische Fachkräfte, die Lust haben, die AJuM-Datenbank mit eigenen kurzen Rezensionen zu bereichern.

- Alle Infos: [www.ajum.de](http://www.ajum.de)
- AJuM Hessen: [ajum@phantastik.eu](mailto:ajum@phantastik.eu)

### Attac: Unterrichtsmaterial

Das rund 270 A4-Seiten umfassende Buch „Wirtschaft demokratisch gestalten lernen“ wurde im Wochenschau-Verlag veröffentlicht und kann für 32,90 Euro im Attac-Webshop bestellt werden.

Das Bildungsmaterial des globalisierungskritischen Netzwerks umfasst unter anderem Themen wie Arbeit und Kapital, globale Arbeitsverhältnisse, Gemeingüter, Finanzmärkte, Handelspolitik, Klimagerechtigkeit sowie Steuerpolitik und soziale Gerechtigkeit.

*Holger Oppenhäuser*, Attac-Bildungsreferent, wies bei der Vorstellung des Buchs auf die Notwendigkeit hin, „der Flut einseitiger Angebote von Konzernen und unternehmensnahen Lobbygruppen entgegenzutreten“. Attac möchte dagegen „Menschen mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen darin stärken, politisch-ökonomische Prozesse zu verstehen und sich an ihrer demokratischen Gestaltung zu beteiligen“.

- Attac-Webshop: <https://shop.attac.de/bildungsmaterial/>



### GEW-Kreisverband Odenwald

Die Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Odenwald bestätigte das Kreisvorstandsteam aus *Sebastian Breth*, *Angelika Lerch* (links) und *Julia Manlik* (rechts). Als Schatzmeister wurde Harald Klein bestätigt. Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden *Ralf Amann*, *Helene Gepp*, *Hidir Kaya*, *Roger Nisch* und *Mechtild Schneider* gewählt, womit alle Schulformen im Kreisvorstand repräsentiert sind.

Im Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandsteams nahmen die Arbeitsbedingungen in den Bildungseinrichtungen und das Thema Inklusion einen besonderen Raum ein, vor allem aber auch der erfolgreiche Kampf der GEW für die Besoldungsanhebung der Grundschullehrkräfte, der für die GEW im Odenwaldkreis, so Julia Manlik, immer einen hohen Bedeutung gehabt habe. Bedauerlich sei allerdings das „Schnecken tempo“ bei der Umsetzung.

Im Rahmen einer Feierstunde im Cafe Lustgarten in Erbach übernahmen *Sebastian Breth* (rechts) und *Angelika Lerch* (4.von rechts) die ehrenvolle Aufgabe der Ehrung langjähriger Mitglieder. Auf dem Erinnerungsfoto sind zu sehen (von links nach rechts): *Hidir Kaya* (40 Jahre GEW-Mitgliedschaft), *Karl-Heinz Kitschke* (50), *Norgard Wolf* (40), *Werner Traut* (60), *Susanne Paulus* (45), *Angelika Lerch*, *Jochen Löb* (25), *Wolfgang Engel* (50) und *Sebastian Breth*.





**Beamtendarlehen - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €**  
 ■ Vorteilszins für dem öffent. Dienst  
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken  
 ■ Baufinanzierungen echt günstig

Kostenfrei anrufen  
**0800 - 1000 500**  
 öD-Beratung seit 1976



**Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen**  
**AK-Finanz.de** Unser Tiefzins Echt sehr gut  
**Kredite umschulden!**  
 info@ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Planken, 68159 Mannheim, Tel: (0621) 178180-0



### Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Motivierte Mitarbeiter unterstützen Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem persönlichen Rahmen.  
**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen, Beihilfe



**Info-Telefon 02861/80000**

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken  
**www.schlossklinik.de**



### Von hieran geht es aufwärts!

Am Parkgürtel von Baden-Baden bieten wir Ihnen eine intensive, individuelle Psychotherapie, sicheres Auffangen von Krisen, kreative Stärkung Ihres Potentials und erlebnisintensive Aktivitäten.  
**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen, Beihilfe



**Info-Telefon 07221/393930**

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden  
**www.leisberg-klinik.de**



**Die nächste Ausgabe erscheint am 10. Juni 2023**  
**Anzeigenschluss hierfür ist am 20. Mai 2023**



**HEB** seit 1897

Hausratversicherung. Einfach. Besser.

### Elektronikversicherung für Arbeitsgeräte von Lehrkräften ...



#### ... als Zusatzbaustein zur Hausratversicherung.

- Notebook, Laptop, Powerbook, Tablet-PC (Sofern diese zu mehr als 50% zur Ausführung der Lehrtätigkeit genutzt werden.)
- Versichert sind Schäden durch Sturz, Bruch, Diebstahl, Bedienfehler, Brand etc.
- Bis zu einer maximalen Entschädigung von 1.000,- €
- Jahresbeitrag des Bausteins inkl. Versicherungssteuer 30,- €

**HEB-Hausratversicherung**  
 Tel. 06151 493 500-0 · kontakt@heb.de  
**www.heb.de**

**Für Ihre Werbung reserviert:**

**Mietpreis nur 430,- EUR!**

Für unsere  
Waldorf-Förderschule  
suchen wir ab sofort  
bzw. zum Start des neuen  
Schuljahres eine

## Schulleitung (w/m/d)

mit einem Stundeneinsatz von mindestens 30 Stunden pro Woche.

### Wer sind wir?

Die Lebensgemeinschaft Bingenheim ist ein inklusiver Lebensort in Hessen für etwa 140 Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderungen. Wir sind Anbieter bedarfsgerechter Wohnformen, Träger einer Waldorf-Förderschule und Betreiber anerkannter Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM).

### Das bringen Sie mit:

- Erstes und zweites Staatsexamen für Förder-, Grund- oder Realschule
- Zusatzausbildung in Waldorfpädagogik ist wünschenswert
- berufsbegleitende Weiterbildung ist möglich
- Erfahrung in Schulleitung
- Bereitschaft zu administrativen Abläufen und Tätigkeiten
- Operative Planung der Schulentwicklung

### Bewerbungen an:

Lebensgemeinschaft Bingenheim e. V., Sabine Moreno  
Schloßstraße 9, 61209 Echzell

bewerbung@lebensgemeinschaft-bingenheim.de  
www.lg-bingenheim.de



**HEB** seit 1897  
Hausratversicherung. Einfach. Besser.

**Premiumtarif 2021**  
(VHB 2021)

Hausratversicherung  
Gesamtwertung HEB sehr gut  
euro  
August 2021  
Teil: Privat- & Geschäftlich

### Unsere Premium-Highlights:

- 50 % Rabatt im 1. Jahr für Neumitglieder der Berufsgruppen Lehrer, Erzieher und Beschäftigte im öffentlichen Dienst
- Keine Selbstbeteiligung – auch nicht bei Elementar
- Verzicht auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bis zur Versicherungssumme
- Fahrraddiebstahl in Höhe von 1% der Versicherungssumme beitragsfrei mitversichert
- Innovative Bausteine für Ihren Versicherungsschutz

**HEB-Hausratversicherung**  
Tel. 06151 493 500-0 · kontakt@heb.de  
www.heb.de

## Dienst- und Schulrecht für Hessen



SO ?

ODER SO?



ODER SO ?

**DuS-Grundwerk in 2 Ordnern**  
regulär 39,90 EUR,  
für GEW-Mitglieder 29,80 EUR

**DuS-Grundwerk auf CD oder USB-Stick**  
regulär 38,00 EUR,  
für GEW-Mitglieder 28,00 EUR

Mensch & Leben Verlagsges.mBh, Postfach 1944, 61389 Bad Homburg, Tel.: 06172-95830, Fax: 06172-958321,  
E-mail: mlverlag@wsth.de  
[www.dienstundschulrecht.de](http://www.dienstundschulrecht.de)

